Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

25. Jahrgang, Nr. 296 September 2022

RotFuchs

Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke

Größenwahn und atomare Gefahr

Die Beseitigung der DDR und die ihr folgende Auflösung der Sowjetunion bestärkten die herrschende Klasse der BRD in der Auffassung, daß sie nach Spaltung Deutschlands und Wiederbewaffnung alles richtig gemacht hat, um wieder Großmacht zu werden. Den 24. Februar 2022 und den Krieg in der Ukraine nimmt sie zum Anlaß, einen weiteren großen Schritt zu machen. Das mit dem Wort „Zeitenwende“ bedachte Hochrüstungsprogramm, das am 27. Februar verkündet wurde, also längst in den Schubladen lag, und der Wirtschaftskrieg gegen Rußland stehen für eine neue Etappe auf ihrem Weg. Den Klartext dazu liefern diesmal SPD und Grüne, die einen fanatischen Russenhaß pflegen. Der SPD-Kovorsitzende Lars Klingbeil erläuterte am 21. Juni in Berlin die Weltsicht des deutschen Imperialismus: Die politische Ordnung auf der Erde werde „künftig nicht mehr in unterschiedlichen Polen“, sondern durch Machtzentren organisiert. Eines sei EU-Europa, an der Seite der USA, Japans und Australiens – gegen China und Rußland. Beide Staaten hätten andere an sich gebunden, es seien „Alternativen zum westlichen Entwicklungsmodell gewachsen“. Zu sehen sei das „aktuell, wenn viele Staaten unseren Weg der Sanktionen gegen Rußland ablehnen“. Die Abstimmungen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen hätten gezeigt, „daß die Hälfte der Weltbevölkerung nicht hinter unserer Politik steht“. Die Schlußfolgerung Klingbeils: „Deutschland muß den Anspruch einer Führungsmacht haben.“ Begründung: „Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem.“ Und weiter: Friedenspolitik bedeute, „auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen“.

Es ist zu hoffen, daß am 1. September, an dem die Menschheit an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 83 Jahren erinnert, möglichst viele Redner auf Friedenskundgebungen an Klingbeils Programm erinnern. Es enthält wie die Ideologie des deutschen Imperialismus, die im Faschismus kulminierte, eine Anweisung für Konfrontation und Krieg und schließt den Untergang der Menschheit in einem atomaren Inferno nicht aus. Denn zur „Zeitenwende“ gehört die Bestellung von US-Kampfflugzeugen vom Typ F-35, die im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ US-Atombomben abwerfen sollen. In Westeuropa sind etwa 100 stationiert und sie werden auf Beschluß der NATO „modernisiert“, d. h. erneuert, um mit ihnen atomare Kriege „führbar“ zu machen. Irreale Strategie und geistiger Irrationalismus gehören zusammen. Der deutsche Imperialismus zeigte das in zwei Weltkriegen, Klingbeils Rede ist eine Blaupause für den dritten, den letzten.

Das Streben nach der Atombombe begleitet die BRD von Anfang an. Vor 65 Jahren ging die Verblendung in Bonn so weit, daß laut über eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr nachgedacht wurde. Bundeskanzler Konrad Adenauer sprach es in einem Interview am 5. April 1957 aus: Die taktischen Atomwaffen seien „nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie“, und natürlich müsse die Bundesrepublik „auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen“. Sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß legte noch im selben Jahr Pläne dafür vor, denn die BRD hatte sich zwar 1954 verpflichtet, auf die Produktion, nicht aber auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten.

Das wird erneut aktuell. UN-Generalsekretär António Guterres sagte am 1. August in New York auf der Überprüfungskonferenz für den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, die Welt befinde sich in einer „Zeit nuklearer Gefahr, wie es sie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat“. Die Menschheit laufe „Gefahr, die Lehren zu vergessen, die in den schrecklichen Feuern von Hiroshima und Nagasaki geschmiedet wurden“. Die Welt sei „nur ein Mißverständnis oder eine Fehlkalkulation von der nuklearen Vernichtung entfernt“. Bei Außenministerin Annalena Baerbock und ihrem US-Amtskollegen Antony Blinken stieß er damit auf taube Ohren. Sie nutzten ihre Auftritte auf der Tagung in New York zu Hetze gegen Rußland, und speziell Baerbocks Ansprache mündete in politische Schizophrenie: „Der Einsatz für nukleare Nichtverbreitung und nukleare Abschreckung sind in diesen Zeiten kein Widerspruch.“

Mehr gefährliche Dummheit schien nach Adenauer nicht vorstellbar, Klingbeil und Baerbock übertreffen aber ihn und Strauß. Entsprechend größer ist die Gefahr, die von ihnen ausgeht.

Arnold Schölzel

9. August 2019, Gedenktag für Nagasaki: Transparent am Fliegerhorst Büchel

Aus dem Inhalt

NATO weltweit	2
Höchste Zeit für Kompromisse	4
Zur Lage im Südchinesischen Meer	7
Taiwan	9
Der Krieg und sein Wesen	12
Der Phoebus-Skandal	13
Weizen – strategisches Gut	16
BRD liefert Gas nach Polen	17
Antirussischer Ostblock	18
Sieg der Linken in Kolumbien	21
Weltforum marxistischer Parteien	22
Äquidistanz	23
Das große Spiel	24 ff.
Geschichtlich gerechtes Urteil	29
WWA: Wie entsteht Mehrwert?	32
Aufhebung des Kapitalismus	34
Leserbriefe	37

NATO – weltweit und „regelbasiert“

Annalena Baerbocks außenministerieller „Weitblick“ ist ein Engpaß, der fast ausschließlich nach Rußland und nach China führt. Den Versuch, die Steilwände links und rechts zu erklimmen, würde die ehemalige Trampolinspringerin kaum überleben. In ihrem Wortschatz nehmen die Begriff „regelbasiert“, „wertebewußt“ und „gemeinsames friedliches Leben“ einen vorderen Platz ein. Erstaunlich, daß es die agile Außenamtschefin mit ihren platten Worthülsen auf der Beliebtheitsskala so nach oben getragen hat. Ich kann es nicht oft genug sagen: Wenn schon das Mantra einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ unentwegt beschworen wird, sollte man sich an den 26. Juni 1945 erinnern. Damals wurde in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet. Der Text der Charta ist nichts weniger als ein Gründungsvertrag, der den universellen Zielen und Grundsätzen der Staatengemeinschaft eine Verfassung gegeben hat. Sie ist am 24. Oktober desselben Jahres in Kraft getreten.

Während der Kriege, die nach 1990 von der NATO unter dem Kommando der USA geführt wurden, wies der „Wertewesten“ dem Völkerrecht einen Platz zu, den man mit dem vergleichen kann, der den Hunden vor Ladentüren zugewiesen wird: „Wir müssen draußen bleiben.“ Aber mit Beginn der Militäraktionen in der Ukraine tauchte es wie Phönix aus der Asche auf, vornehmlich als Adjektiv „völkerrechtswidrig“, meistens in Verbindung mit „verbrecherisch“. Nahezu jeder Journalist, der einen Kommentar zum Krieg veröffentlichen will, muß ein entsprechend „regelbasiertes“ Verhalten an den Tag legen, ansonsten wird er als „Putinversteher“ ins Abseits gestellt. Kürzlich hat der französische Präsident Emmanuel Macron einen Blick in die Zeitgeschichte geworfen, als er sagte, daß der Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine die Grundsätze internationaler Regeln durcheinanderbringe, die seit 1945 gelten würden. Haben sie je gegolten bzw. wurden sie jemals ernst genommen? Blicken wir auf das Kriegsende zurück. Bereits zwei Jahre danach faßte der damalige US-Außenminister James Byrnes die Ziele seiner Regierung in die Worte: „Was wir jetzt tun müssen, ist, nicht die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen.“ Die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens, die ohnehin nur aufgrund des Einflusses der Siegermacht Sowjetunion und der ihr weltweit entgegengebrachten Sympathie zustande kamen, zerbröselten noch im Jahr des Sieges. Der Krieg nach dem Krieg begann – mit Harry Truman und Winston Churchill als Protagonisten.

Ein Zeitgenosse des US-Präsidenten Harry Truman, der Finanzgewaltige der Standard Oil of New Jersey, Leo D. Welch, war beseelt von dem Gedanken, eine gegen das sozialistische Gesellschaftssystem gerichtete Vernichtungsoption auszuarbeiten. Er schrieb: „Diese Verpflichtung besteht in positiver und energischer Führung in allen Weltangelegenheiten – politischen, sozialen und wirtschaftlichen –, und sie muß im weitesten Sinn des Worts

Poster zur Gründung der Vereinten Nationen 1945

erfüllt werden. Als der größte Produzent, die größte Kapitalquelle und als derjenige, der zum internationalen Mechanismus den größten Beitrag leistet, müssen wir das Tempo bestimmen und in dieser Firma, die unter dem Namen ‚Welt‘ bekannt ist, die Verantwortung des Mehrheitsaktionärs übernehmen … Und das gilt nicht nur für eine bestimmte Amtszeit. Es ist eine dauernde Verpflichtung.“ Alexander Haig, US-Außenminister in der Amtszeit Ronald Reagans, hat diesen Führungsanspruch später auf die prägnante Formel gebracht: „Die ganze Welt ist Sache der NATO.“

Auf diesen Anspruch will die imperialistische Führungsmacht auch auf die Gefahr ihres eigenen Untergangs nicht verzichten. In einem Interview mit dem US-Privatsender „Vox“ am 28. Mai sagte Barak Obama als US-Präsident: „Wir müssen gelegentlich den Arm von Ländern umdrehen, die nicht das tun, was wir von ihnen wollen. Wenn es nicht die verschiedenen wirtschaftlichen oder diplomatischen oder in einigen Fällen militärischen Druckmittel gäbe, die wir haben, wenn wir diese Dosis Realismus nicht hätten, würden wir auch nichts erledigt bekommen … die amerikanische Führung kommt teilweise aus unserer Anpackmentalität. Wir sind das größte, mächtigste Land der Erde … Wir haben niemanden Ebenbürtigen im Sinne von Staaten, die die Vereinigten Staaten angreifen oder provozieren könnten.“ Verkürzt formuliert: „Es steht ihnen frei, das zu tun, bevor wir sie sonst zwingen müssten.“ Von wem geht angesichts dieser egomanen Statements denn nun die wirkliche Bedrohung aus? „Die Angst reist mit“, so der Titel eines Krimi-Klassikers von Eric Ambler. Es ist die Angst als ständiger Begleiter, die sich hinter dem Allmachtsanspruch des kollektiven Westens verbirgt. Denn dieser Anspruch verblaßt zusehends und muß deshalb u. a. mit der gegenwärtig hoch im Kurs stehenden Phrase der „regelbasierten internationalen Ordnung“ kompensiert werden.

Unter dem Titel „Die Debakel der Neocons “ veröffentlichte die „Berliner Zeitung“ am 5. Juli einen Beitrag von Jeffrey David Sachs. Er ist US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der „Millennium Development Goals“ und u.a. auch Direktor des „Earth Institute“ an der Columbia University. Zwei Passagen aus seinem Beitrag sind erhellend: „Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30-jährigen Projekts der konservativen Bewegung (Neocons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Syrien (2011), Libyen (2011) starkgemacht und die den Einmarsch Rußlands in die Ukraine erst provoziert haben.“ Und weiter: „Die Hauptbotschaft der Neocons lautet, daß die USA in jeder Region der Welt die militärische Vormachtstellung innehaben und den aufstrebenden regionalen Mächten entgegentreten müssen, die eines Tages die globale oder regionale Vorherrschaft der USA herausfordern könnten, vor allem Rußland und China.“ Gibt es da noch Erklärungsbedarf zum Vorgehen der russischen Regierung in der Ukraine und zum imperialistischen Griff auf Taiwan?

Dabei geht es gar nicht um die Insel Taiwan. Es geht um den seit den Opiumkriegen nie wirklich beendeten Kolonialkrieg gegen China. Mit der Gründung der UNO 1945 wurde die nach der Revolution 1911 (Zusammenbruch des Kaiserreichs) ausgerufene Republik China zu einem der fünf Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Entscheidung ist auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen. Dieser begann nämlich bereits 1931, als japanische Soldaten in die Mandschurei einfielen, 30 Millionen (!) Menschen umbrachten und große Mengen der Naturschätze Chinas raubten. Nach der Gründung der Volksrepublik China 1949 nahm Tschiang Kai-shek, Führer der Guomindang, mit seiner „Firma“, der „Republik China“, Reißaus und fand auf der zu China gehörenden Insel Taiwan ein neues Zuhause. Dort hoffte er mit den USA und ihren Verbündeten auf bessere Tage, konkret: auf den baldigen Zusammenbruch der Volksrepublik. Der blieb aus. Trotzdem blieb die auf Taiwan

sitzende „Republik China“ mit 17 Millionen Einwohnern bis 1971 Mitglied im Sicherheitsrat der UNO, eben weil der Westen die „Republik China“ als das einzig legitime China anerkannte. Die Volksrepublik mit über 700 Millionen Einwohnern blieb draußen vor der Tür. Grotesk! 1971, also fast nach einem Vierteljahrhundert, wurde dieser absurde Zustand beendet. Die UNO verordnete einen Platztausch. Seitdem ist die VR China die alleinige Vertreterin Chinas im Sicherheitsrat. Besonders interessant dabei ist, daß beide Seiten, die VR China wie auch die „Republik China“ auf Taiwan, auf der Unteilbarkeit Chinas bestanden, mit dem Ziel, daß sich die VR China mit dem Regime auf Taiwan vollständig und endgültig wiedervereinigen würde. Die UNO-Entscheidung hat somit völkerrechtliche Gültigkeit. Doch der imperialistische Block hätte seinen Namen nicht verdient, wenn er sein Verständnis von „Wiedervereinigung“ nicht in seinem Sinn zu realisieren versucht hätte. Als er aber begriffen hatte, daß es die erhoffte Rückkehr Tschiang Kai-scheks in Peking, vergleichbar dem triumphalen Einzug Jesu Christi vormals in Jerusalem, nicht geben würde, setzte er auf Separation. Ganz aktuell zeigt sich – auch mit Blick auf Hongkong, Tibet, Xinjiang – daß der imperialistische „Wertewesten“ die Ein-China- Politik weder verstanden noch je wirklich akzeptiert hat. Also versucht man, in den Wunden herumzustochern. Jeder weiß, was in solchen Fällen passiert. Die Wunde verheilt nicht, sie fängt an zu eitern und weitet sich aus. Die Quacksalber in den Medien schütten obendrein Salz in Form antichinesischer Hetze und Lügen in die Wunden. Auf der UN-Konferenz in New York am 2. August erklärte Frau Baerbock, Deutschland werde „nicht akzeptieren, daß das Völkerrecht verletzt wird und daß ein größerer Nachbar seinen kleineren Nachbar unter Verletzung des Völkerrechts angreift – und das gilt natürlich auch für China.“ Deshalb hat sie Taiwan die volle Unterstützung Deutschlands zugesagt. Womit, weshalb und mit welchem Ziel? Sie hat doch erst kürzlich Taiwan gesalbt, als sie erklärte, daß dort „eine gefestigte Demokratie mit hohen Menschenrechtsstandards herrsche und die Insel deshalb ein „wichtiger Wertepartner Deutschlands sei“. Wo also ist das Problem? Obwohl vom Völkerrecht kommend erweist sich ihr Bekenntnis zur UNO-Entscheidung des Ein-China-Prinzips als bloßes Lippenbekenntnis. Hingegen wird die transatlantische Kriechspur Richtung Washington, auf die sich die Außenministerin gleich zu Beginn ihrer Amtszeit begeben hat, immer breiter.

Bringen wir es auf einen Punkt: Wer den Krieg nach dem Krieg, der Kalter Krieg genannt wird, nicht wirklich versteht bzw. verstehen will, mag sich moralisch entrüsten, läuft aber Gefahr, auf dem Sofa des „Zentrums Liberale Moderne“ zu landen, wo er oder sie von den „regelbasierten“ Faschistenverstehern um Ralf Fücks, Marieluise Beck, Rebecca Harms u. a. empfangen wird.

Hans Schoenefeldt

US-Außenminister Alexander Haig (1981–1982): „Die ganze Welt ist Sache der NATO.“

Mahnung gegen die Steinzeitmoderne – NATO –

Eine friedliche Kriegswoche allen,
Was nicht aber heißt den Vasallen,
Die mit dem Liefern von Waffen
Gefahr und Zerstörung erst schaffen!

Die Großteutschen nimmer haben gelernt,
Den Militarismus auch nie entfernt:
Profit aus jedem der Kriege
Legt der Tod in des Marktes Wiege.

Die Finnen und nun auch die Schweden
Zimmern sich selbst ihre Schäden.
Durch Stützpunkte, wohl auch für Bomben
Sind Keller bereits Katakomben.

Eine friedliche Kriegswoche denen,
Die nicht ruh'n, wahren Frieden ersehnen,
Sich mehrend gegen die Rüstung im Land
Und sie ächtend, brauchen wir Oberhand!

E. Rasmus

Putin: „Die frühere Weltordnung wird nicht wiederkehren“

Diejenigen, die glauben, daß die Dinge wieder so werden, wie sie vor dem Ausbruch des Konflikts in der Ukraine waren, liegen falsch, sagte der russische Präsident Wladimir Putin.

„Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Zeiten turbulenter Veränderungen abgewartet werden können und daß die Dinge wieder normal werden; daß alles so sein wird, wie es war. Das ist nicht der Fall“, betonte Putin in seiner Rede auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg (SPIEF), dem Jahrestreffen von Akteuren aus der Wirtschaft verschiedener Länder, am 17. Juni.

„Die Veränderungen, die die Welt derzeit durchläuft, sind grundlegend, radikal und unumkehrbar. Die herrschenden Eliten einiger westlicher Länder weigern sich jedoch, diesen offensichtlichen Wandel wahrzunehmen und klammern sich lieber an die Schatten der Vergangenheit“, fügte er hinzu. Sie glauben zum Beispiel, daß die Dominanz des Westens in der globalen Politik und Wirtschaft ein konstanter, ewiger Wert ist“, aber nichts ist ewig“, erinnerte er alle.

Seit ihrem Sieg im Kalten Krieg Anfang der 90er Jahre haben sich die USA „zum Boten Gottes auf Erden erklärt, der keine Verpflichtungen, sondern nur Interessen hat, und diese Interessen werden für heilig erklärt“, so der Präsident.

Die Idee einer unipolaren Welt sei jedoch im Kern fehlerhaft, da die Normen der internationalen Beziehungen nicht immer zugunsten einer einzigen Nation ausgelegt werden könnten, „selbst wenn es eine starke Nation ist“.

Es scheint, als weigere sich Washington, die neuen Machtzentren zu sehen, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind und die jedes Recht haben, „ihre Interessen zu schützen und ihre nationale Souveränität zu gewährleisten“, betonte der russische Präsident.

Harold Turner

Quelle: Antiilluminaten TV, 18. Juni 2022

Höchste Zeit für Kompromisse mit Moskau

Die roten Linien Rußlands wurden von den USA, ihrem Stellvertreter – Ukraine – und der NATO (ab 2014 bis 2022) so lange überschritten, bis die RF keine andere Wahl mehr hatte, als ihre Sicherheitsinteressen militärisch zu schützen.

Militärisches Ungleichgewicht

Oleksandr Danylyuk, ehemaliger hochrangiger Berater des Verteidigungsministeriums und der Geheimdienste der Ukraine, äußerte sich relativ realistisch. Der Optimismus der Ukraine, als Rußland „Phase eins" seiner Operation – die Einkreisung Kiews – aufgab und zu „Phase zwei" – der Befreiung des Donbass – überging, sei nicht begründet gewesen. Die Strategie und Taktik der Russen habe sich völlig verändert. „Sie sind viel erfolgreicher als wir, weil sie mehr Ressourcen und Zeit haben. In einem Krieg, der zunehmend von den Artilleriesystemen dominiert wird, verfügt Rußland einfach über mehr Feuerkraft als die Ukraine."

In den bisherigen Kämpfen haben die Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) bis Ende Juni 521 Raketenstartrampen und 1947 Artilleriegeschütze zerstört sowie hunderte Munitions- und Treibstofflager ausgeschaltet. Dazu Danylyuk: Die Ukraine hat in der ersten und zweiten Phase der russischen Spezialoperation (SO) genau die Waffensysteme verloren, die für die Abwehr der SK der RF am dringendsten gebraucht würden. Dazu kommt noch, daß die 122-mm- und 152-mm-Artilleriegeschütze der Ukraine aus der Sowjetzeit bald wegen Munitionsmangel ausfallen werden. Während die Ukraine täglich nur etwa 5000 Artilleriegeschosse zur Verfügung hat, kann Rußland das Mehrfache an Granaten einsetzen. Diese Überlegenheit an Feuerkraft erweist sich als einer der entscheidenden Faktoren in der Auseinandersetzung. Damit sind die SK der RF in der Lage, die nach NATO-Standard in acht Jahren ausgebauten Verteidigungsstellungen im Donbass mit minimalen personellen und materiellen Verlusten zu zerstören.

Das ist der Grund dafür, daß die Ukraine vom Westen immer hysterischer die Bereitstellung moderner Artilleriesysteme einfordert. Dazu gehören die französische Panzerfaust Caesar, die deutsche Panzer-Haubitze 2000 und die US-Haubitze M 777, die z.T. bereits vernichtet oder dem russischen MIK zur Auswertung zugeführt wurden, sowie die Lieferung von 1000 Artilleriegeschützen und 300 Mehrfachraketenwerfer (z.B. die BRD-Systeme Mars und das US-System „Himars"). Über diese Mengen verfügen nicht einmal die gesamten US-Streitkräfte. Übrigens hat Rußland nach anfänglichen Verlusten an Personal und Technik die Himars-Raketen (80 bis 150 km) mit den LV-Komplexen S-400 und Buk M3 abgeschossen (45 von 48). So wurde die Wiederherstellbarkeit der Dnepr-Brücke erhalten. Rußland hat am Dnepr alternative Brückentechnik eingesetzt und damit die ukrainischen Einkreisungsabsichten bei deren „Cherson-Offensive" durchkreuzt. Von den 12 gelieferten Himars-„Wunderwaffen" – wurden bereits 6, trotz US-Bedienungspersonal, vernichtet, was die USA aus Imagegründen leugnen. Weiterhin fordert die Ukraine 500 modernste Kampfpanzer – mehr als Deutschland und Großbritannien zusammen besitzen, aber auch LV-Systeme, Drohnen, Flugzeuge und Kriegs-Schiffe. Um gegen die SK der RF auf dem Schlachtfeld bestehen zu können, verlangen die Ukrainer von NATO-Mitgliedern, deren eigene Verteidigungsfähigkeit praktisch auf Null zu reduzieren. Noch besser fände es die Ukraine, wenn es ihr gelänge im Krieg mit Rußland die US- und NATO-SK hineinzuziehen, was Letztere der möglichen Verluste wegen noch nicht wollen. Es geht dem kollektiven Westen und der Ukraine darum, die Kampfhandlungen zu einem Krieg Ukraine/NATO – Rußland auszudehnen, den die RF verlieren soll.

Zur Erreichung dieses Ziels erwartet die Ukraine von den USA und der NATO schnellstmöglich (drei Monate) die Aufstellung einer Millionenarmee mit modernsten Waffen, damit noch im Herbst dieses Jahres die Großoffensive zur Rückeroberung der Krim und der Ostukraine beginnen kann. Tatsache ist jedoch: Selbst, wenn die NATO-Staaten wollten, könnten sie die unrealistische Anzahl modernster Waffen und finanzieller Mittel für ein solches Millionen-Heer nicht aufbringen. Aber niemand in der NATO hat den Ukrainern ihre surrealen Hirngespinste ausgeredet und empfohlen, schleunigst wieder mit den Russen Kontakt aufzunehmen, um eine Verhandlungslösung zu finden, um wenigstens eine Rumpf-Ukraine zu retten.

Die bisherigen Ergebnisse der SO lassen den Schluß zu, daß Rußland trotz immer intensiverer US- und NATO-Teilnahme die Ukraine besiegen wird und das völlig unabhängig davon, ob die USA und die NATO der Ukraine noch mehr Waffen liefern, Tausende ukrainische Soldaten bei sich ausbilden und eigene Spezialisten zur Bedienung der modernen Waffensysteme mit den ausgebildeten Truppen in die Ukraine schmuggeln und damit die NATO-Staaten zur Kriegspartei machen. Offen ist nur die Frage, wieviel Zeit sie damit auf Kosten des Lebens der Ukrainer gewinnen, bevor die Ukraine trotzdem bedingungslos kapitulieren muß. Was wird in den Köpfen der Militärstrategen im NATO-Hauptquartier vorgehen, wenn sie sich eingestehen müssen, daß ihr Bündnis nicht in der Lage ist, Rußland in einem groß angelegten konventionellen Landkrieg in Europa zu besiegen? (Scott Ritter)

In der EU muß man sich fragen, wie lange die USA und die NATO die Ukrainer noch bluten lassen wollen und zu welchem Preis? Die Vernunft gebietet es, daß der Westen angesichts der russischen Siege bei der Vertreibung der ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) aus Severodonezk, Lissitschansk, Sewersk und der sich bereits abzeichnenden strategischen Siege in Solidar, Bachmut und Avdijiwka sofort aufhören muß, die selbstmörderischen Fantasien der Ukrainer – sie könnten die Russen doch noch besiegen – noch länger zu nähren!

Ukraine bekennt Verluste

Russische Truppen versetzten den nach NATO-Standard befestigten Stellungen der ukr.-SK im Donbass im Rahmen der Spezialoperation vernichtende Schläge mit Langstreckenartillerie, was zu hohen personellen Verlusten der ukr.-SK führte.

Mykhaylo Podolyak, ein ranghoher Mitarbeiter des ukrainischen Präsidenten, hat kürzlich mitgeteilt, daß täglich zwischen 100 und 200 ukrainische Soldaten im Kampf gegen die SK der RF getötet und etwa 500 weitere verwundet werden. Auch verschiedene Geheimdienste gehen von bis zu 45 % Totalverlust an Soldaten und bis zu 39 % an Militärtechnik der ukr.-SK aus, obwohl Letztere über 700 000 Soldaten und Rußland nur über 200 000 verfügen. Das sind untragbare Verluste, die auf die anhaltende Diskrepanz zwischen der Kampfkraft Rußlands und der Ukraine zurückzuführen sind. Tausende Menschenleben wurden für den erfolglosen Versuch geopfert, den russischen Vormarsch mit kaum ausgebildeten unerfahrenen Soldaten aufzuhalten.

Wenn der jetzige Kurs beibehalten wird, werden noch Hunderttausende Ukrainer sinnlos geopfert. Die Ukraine könnte ihre staatliche Selbständigkeit und die NATO einen bedeutenden Teil ihrer Kampffähigkeit verlieren, daran ändern auch die auf der Krim von der Ukraine ausgelösten Einzeloperationen – Explosionen auf der russischen Air-Base Saki und im Munitionslager bei Genitschensk – nichts. Rußland wird einen großen strategischen Sieg erringen.

Vernichtung von militärischen Zielen in der Ukraine durch die SK der RF im Rahmen der SO (Juli, Anfang August 2022)

- Zerstörung einer Basis der ukr.-SK, mit Artillerie-Munition und Raketen für Mehrfachraketenwerfer Himars und für die Selbstfahrlafetten M777 in der Region Chmelnitsky;
- Vernichtung von 6 Himars-Komplexen direkt an ihren Einsatzorten, wodurch die Aktien der Firma Lockheed Martin fielen, was zu einem Negativimage des MIK der USA und zu einem Positivimage für russische Militärtechnik führte;
- Zermalmung der Befestigungs-Anlagen im gesamten Donbass, wodurch die politische Führungselite der Ukraine gezwungen wurde, die national und international hoch angebundene Offensive zur Rückeroberung von Cherson mit großem Imageverlust einzustellen;
- Die Zerstörung befestigter Stellungen im Norden der DVR bewirkten Massenkapitulationen ukrainischer Soldaten und die Gefangennahme einer großen Zahl von Kämpfern der Nazi-Bataillone.
- Vereitelung der Entführung von russischen Kampfflugzeugen u.a. Militärtechnik;
- Aufklärung, Eroberung oder Vernichtung von westlichen

Waffenlieferungen in der gesamten Ukraine.
- Vernichtung von ukrainischen Kriegsschiffen und der aus den USA gelieferten weitreichenden Schiffs-Schiffs-Raketen „Harpoon“, ohne dabei Getreidespeicher zu treffen;
- Sicherung des Atomkomplexes in Saporoshe durch russische LV-Komplexe, um eine internationale Kontrolle zu gewährleiten.

Die SK der RF sowie der LVR und der DVR werden nach der Befreiung des DVR-Gebiets eine neue Großoffensive beginnen, die sich zu einer entscheidenden Schlacht entwickeln wird. Dazu hat der Verteidigungsmister der RF angewiesen, die Operationen in allen operativen Richtungen intensiv auszubauen. Generalleutnant Rustam Muradow, Kommandeur des Ostens, erhielt die Aufgabe und die notwendigen personellen und technischen Ressourcen, um die westlichen Langstreckenraketen der Ukrainer mittels neu zugeführter Präzisionswaffen (Kinshal-, Iskander-, Kalibra-, und LV-Raketen, iranische Kampfdrohnen, RF-Mehrfach-Raketenwerfer des Typs „Tornado-S“ und „Sonnenbrand“ sowie Su-57) zu vernichten. Der Sprecher der DVR Bassurin verkündete, daß die Befreiung der Gebiete im Donbass in diesem Jahr vollständig abgeschlossen wird.

Kritische US-Wissenschaftler äußern sich zu einer vernünftigen Beendigung der russischen Spezialoperation in der Ukraine

Wie man bei Rainer Rupp nachlesen kann (Nur ein „schmutziges Abkommen“ mit Moskau könnte die Ukraine retten). Der sich ausführlich mit den Positionen von US-„Realpolitikern“ befaßte, hebt sich der bekannte geopolitische US-Experte und unabhängig agierende Dr. Gordon Hahn von der Masse der russophoben westlichen Hetz- und Propaganda-Experten dadurch ab, daß er, ohne zu moralisieren, die Lage in der Ukraine nüchtern analysiert und die von der US-Regierung gemachten Fehler aufzeigt. Für Dr. Hahn ist das „Institut für Kriegsstudien“ (ISW) eine US-Organisation mit reaktionärer Ausrichtung. In den Erklärungen des ISW über die Situation an der russisch-ukrainischen Front gewinnt immer die ukrainische Armee; die Russen haben extrem hohe personelle Verluste und schlecht funktionierende Waffen. Diese Art gezielter Desinformation wird von einer sehr großen Zahl der US- und anderer „westlicher Experten“ übernommen und dient als Basis für die Meinungsbildung vieler Politiker. Auf diese Weise soll vor dem Volk der USA, den Verbündeten sowie vor deren Entscheidungsträgern die Wahrheit vorsätzlich verborgen werden.

Eine weitere Hahn-Einschätzung, die sich grundsätzlich von den ISW-Analysten unterscheidet: „Die Ukraine gewinnt nicht und wird ihren Krieg mit Rußland verlieren. Damit Moskau den Frieden nicht verliert, ist es leider so, daß selbst eine Rumpfukraine in russischen Augen immer noch nicht die nötige Sicherheit vor der Bedrohung durch USA und NATO bieten würde. Die Zeit wird knapp (zwei Monate), um einen größeren, die ganze Ukraine umfassenden Krieg abzuwenden. Der könnte auch von Moskau in die antirussischen westlichen Regionen des Landes und nach Kiew getragen werden. Das wäre das Ende des ukrainischen Staates, und damit wäre auch der militärischen Intervention der NATO ein Ende gesetzt.“

Dr. Hahn zieht den US-Geo-Strategen Edward Luttwak heran, der kürzlich forderte, mit Rußland ein „schmutziges, verachtenswertes Abkommen“ über die Aufteilung der Ukraine abzuschließen.

Hahn sieht jedoch weder in Washington noch in den westlichen Hauptstädten politische Kräfte, die zu einem solchen Abkommen mit Rußland bereit wären.

Der opfer- und verlustreiche Krieg in der Ukraine hätte leicht vermieden werden können, meint Dr. Hahn. Alles, was dazu notwendig gewesen wäre, sei „die Zustimmung des Westens zu einer neutralen Ukraine – eine Option, die seit zwei Jahrzehnten zur Verfügung stand, aber die in Washington und Brüssel stets als nicht verhandelbar abgelehnt wurde“. Der Grund dafür ist, daß für den Westen die NATO-Erweiterung zu einem Muß geworden ist, und zwar auf der Ebene einer existentiellen Grundbedingung, die getrieben wird von mächtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen verschiedener Staaten, vor allem der krisengeschüttelten und zerfallenden USA.

Laut Dr. Hahn steckt Rußland trotz seiner Siege in einer Zwickmühle, denn es braucht einen Verhandlungsfrieden, um die Gefahr eines Krieges Ukraine/NATO – Rußland abzuwenden. Ein Diktatfrieden könnte das Ukraine-Problem nicht lösen, weil Terror, Sabotage und Aufstände, besonders in den Brutstätten des ukrainischen Faschismus im Westen des Landes, die Folge wären.

Hahn vertritt die These, daß Moskau, wenn es nach dem Sieg den Frieden in der Ukraine nicht verlieren will, vor der Frage steht, an welcher geographischen Linie es am besten seine militärische Spezialoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine beendet.

Die Befreiung des Donbass und weiterer Küstenterritorien durch die Streitkräfte der Russischen Föderation alleine sind nicht ausreichend für die Sicherung des Friedens, denn der Westen wird die Ukraine, solange noch ukrainische Soldaten und eine Rumpf-ukraine vorhanden sind, mit Waffen, militärischen Dienstleistungen und Geld zur Weiterführung der Kampfhandlungen bewegen. Auch eine Grenzlinie am Dnepr oder eine weiter entfernte bringt aus den angeführten Gründen keine Ruhe und keinen dauerhaften Frieden für Rußland. Die Ukraine und der Westen sind derzeit nur bereit, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, der für sie Vorteile bei der Nachrüstung bringen würde. Rußland sieht darin aber Nachteile und wird dem nicht zustimmen.

Ein Verhandlungsfrieden mit der Ukraine und dem Westen kann nur erreicht werden, wenn der Westen keine Waffen mehr liefert und kein Geld bereitstellt, sich befreite Gebiete (Donbass-Republiken, Cherson, Mariopol, Charkow, Odessa, u.a.) militärisch und politisch zu Rußland bekennen, und/oder wenn in Kiew und in den Kriegstreiberländern realistische Politiker an die Macht kämen, die aktiv für eine Friedenslösung mit einer Rumpfukraine eintreten (Lawrow). Moskau sieht diesen Ausgang in Verbindung mit weiteren hybriden Kampfformen – Kontersanktionen, prorussische Machtstrukturen, der Einsatz von ausländischen Freiwilligen – nicht als aussichtslos an.

Aus dieser Sicht formuliert Dr. Hahn: „Vor allem für die US-Politik ist es höchste Zeit, die seit den Istanbul-Verhandlungen bekannten Kompromisse mit Moskau einzugehen, sonst kann die Ukraine als unabhängiger Staat von der Weltbühne verschwinden.“

Aktuelle Situation zwischen USA/NATO und Rußland

Erklärung des russischen Verteidigungsministerium am 13. Juli, in der es heißt: „Wir befinden uns am Rande eines unmittelbaren bewaffneten Konflikts mit den Vereinigten Staaten, nachdem die Ukraine mit von den USA gelieferten HIMARS-Waffen einen russischen Stützpunkt angegriffen hat. Dabei wurden mindestens sieben russische Soldaten getötet und mindestens 40 verletzt.“

Dazu das russische Außenministerium: „Nachdem sie eine Eskalation der Ukraine-Krise provoziert und eine gewaltsame hybride Konfrontation mit Rußland entfesselt haben, stehen Washington und seine Verbündeten gefährlich nahe am Rande einer offenen militärischen Konfrontation mit unserem Land, was einen direkten bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Atommächten bedeuten würde. Eine solche Konfrontation wäre mit einer nuklearen Eskalation verbunden.“

Schlußfolgernde Feststellung

Der kollektive Westen ist in der Frage der Entfachung eines USA/NATO – RF-Krieges in Europa die bedrohendste Kraft, die durch die Neocons der USA (Bolton, Wolfowitz) und durch die Reaktionäre der NATO angetrieben wird. Letztere vertreten die Meinung, daß die jetzige militärische Situation für sie günstig ist, das „geschwächte Rußland“ anzugreifen, zu besiegen und dann aufzuteilen. Damit will man einen Konkurrenten um die Macht in der Welt loszuwerden und das vorhandene Energie- und Rohstoffproblem des Westens lösen. Diese Kräfte, die auch für Fehleinschätzungen von Vietnam bis Afghanistan bekannt sind, sind dabei, sich wieder einmal, und dieses Mal in der Stärke des heutigen Rußlands, mit seinen strategischen Partnern zu irren.

Die politische Führung der RF erklärte, daß sie beabsichtige, auf jede weitere Himars-Rakete, die auf russisches Territorium abgefeuert wird, zusätzlich ein POSEIDON-Atom-Torpedo mit Megatonnen-Gefechtskopf vor den Küsten der USA in Stellung zu bringen. Dennoch ist Rußland bereit, das ukrainische Problem zu seinen Bedingungen auf diplomatischem Wege zu lösen.

Oberst a. D. Gerhard Giese
Strausberg

Stand: 16.8.2022

Der Blick nach Osten

Der Blick nach Osten – schon seit Napoleon ist die westliche Welt von den sich bietenden „Aussichten“ fasziniert und lange vor der sogenannten Machtergreifung ist eine Aussage Hitlers dokumentiert: „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“

Thomas Kunze, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau: „Die Stiftung ist ein einzigartiges Instrument der Außenpolitik.“

Untertane Randstaaten – damals wie heute – auch die früheren Sowjetrepubliken stehen im Fokus von USA und NATO, nicht nur die Ukraine.

Das „Verpacken“ der Aussichten übernehmen heute die „Qualitätsmedien“ in enger Zusammenarbeit mit „Denkfabriken“ im Auftrag des Kapitals. Ziel ist es, die tatsächlichen Interessen der Herrschenden, zum einen zu verschleiern und zum anderen auch durchzusetzen. Wenn man die derzeit laufende westliche Propagandamaschinerie gegen Rußland betrachtet, kommt man nicht umhin, auf eine zentrale Steuerung der Meinungsmache in den NATO-Staaten zu schließen.

In der Ukraine wurde unter Selenski ein neues Gesetz über das Bildungswesen verabschiedet. Danach ist die russische Sprache aus den Schulen, aus allen öffentlichen Bereichen, bis hin zu den normalen Geschäften, verbannt worden. Das Gesetz über die sogenannte Lustration, die „Säuberung“ der Macht, hat es ermöglicht, unerwünschte Beamte auszuschalten und faschistische Elemente in den Machtapparat einzubinden. Die Rolle der amerikanischen und deutschen Geheimdienste bei der Gestaltung der Machtverhältnisse vor und nach dem Putsch von 2014 wurde in unterschiedlichen Publikationen schon mehrfach dokumentiert. Weniger bekannt ist aber die Rolle der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Diese Stiftung übt ihre Tätigkeit in Rußland, in den zentralasiatischen Staaten und der Ukraine offiziell seit etwa 1994 aus. Nahezu monatlich wurden in den letzten Jahren Online-Seminare und Veranstaltungen nicht nur in Kiew organisiert, um „westliche Werte“ und die westliche Denkweise an die ukrainischen Teilnehmer zu vermitteln. So sprach man z.B. über die „Menschenrechtssituation auf der Krim, über die „Entwicklungsdimension der östlichen Partnerschaft in der Ukraine und ihre Ausbaudimension“ und ähnliche Fragen. Es geht also darum, auf Führungskräfte und solche, die dazu entwickelt werden sollen, gezielt Einfluß zu nehmen. Dazu erklärte der damalige Leiter der KAS in Moskau, Thomas Kunze, daß die Stiftung ein „einzigartiges Instrument der Außenpolitik“ sei, denn „anders als die Botschaften erreichten sie nicht nur offizielle Ansprechpartner, sondern auch andere Zielgruppen, die unserer ideologischen Ausrichtung nahestehen. Uns ist wichtig, mit Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen“, erklärte Kunze. „Wir dürfen nicht von vornherein sagen, daß die Arbeit mit Politik und Parteien für uns nicht in Frage kommt. Wir besprechen hier Themen mit unseren Partnern. Ohne Austausch können wir keine gemeinsamen Visionen entwickeln.“ Wird hier ein geheimdienstlicher Hintergrund sichtbar, die Zersetzung eines Staates von innen durch langfristigen und zielgerichteten Aufbau von Führungskräften?

Nahezu gleichlautend wird in Zentralasiatischen Ländern der GUS agiert. In Usbekistan planten die KAS und die Europäische Kommission laut Projektbeschreibung, 1130 Journalisten, Studenten, Pressesprecher und Politiker innerhalb von drei Jahren auszubilden. Dafür standen 1,2 Mio. Euro bereit. Es war damit das teuerste Medienprojekt in einem Land in Zentralasien.

2021 fand ein Workshop für Journalisten und Blogger zum Thema „Professionalisierung der Medienarbeit“ in Usbekistan statt. Die Teilnehmer lernten Instrumente und Methoden zur Produktion und Vermarktung von „verschiedenen“ Inhalten in sozialen Netzwerken kennen. Ebenfalls 2021 befaßte sich eine virtuelle Veranstaltung für junge politische Führungskräfte mit der Aufarbeitung von sechs politischen Themen, u.a. mit der Einführung in die Politik, politischem Denken, Merkmalen eines demokratischen Führungsstils und ähnlichem. Ziel dieser Lehrgänge war es, jungen Politikern „Verantwortungsbewußtsein näher zu bringen“, hieß es im Konzept der KAS. Kürzlich sorgte Kasachstan, als es um den versuchten Umsturz ging, für Schlagzeilen in der Weltpresse. Bereits 2018 ging auf ARTE folgende Mitteilung über den Sender: „Kasachstan wendet sich in den letzten Jahren dem Westen zu. So soll das kyrillische Alphabet durch das lateinische ersetzt werden. In der Schule sollen Fächer in Englisch unterrichtet werden, damit Schüler motiviert werden, nicht in Rußland, sondern im westlichen Ausland zu studieren.“ Problem also erkannt. Im Internet sind weitere Themen und Aktivitäten der KAS abrufbar. Es wird deutlich, daß man sich auf jüngere Personen konzentriert, denen Aufstiegsmöglichkeiten in der Politik offeriert werden.

Warum diese kostspielige Investition von der Ukraine bis in die früheren mittelasiatischen Sowjetrepubliken? Anfang 2022 stellte man in gewissen Medien die Vermutung an, daß die westliche Unterstützung für die gewaltsamen Ausschreitungen in Kasachstan auch durch die Hoffnung genährt wurde, Rußland den Zugang zum Uran zu erschweren. Im Fall des Sieges einer proamerikanischen politischen Kraft in Kasachstan könnte diese die am Uranbergbau beteiligten russischen Staatsunternehmen enteignen und den Export dieses und anderer Rohstoffe nach Rußland untersagen.

Das Ziel ist stets das gleiche: Es geht gegen Rußland und um die Änderung der Machtverhältnisse zugunsten des Westens in den rohstoffreichen Regionen Mittelasiens. Den Aktivitäten der Vertreter westlicher Denkfabriken kommt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle zu.

Doch die Neue Seidenstraße und die von Rußland propagierte Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok sind bei allen noch vorhandenen Unwägbarkeiten eine Chance für Frieden und Zusammenarbeit. Für die USA, Deutschland, die EU und die NATO sind sie ein Verlust an Macht, Einfluß und Profit.

Dietmar Hänel
Flöha

Unser Mitstreiter

Rainer Behr

aus Berlin begeht am 25. September seinen 70. Geburtstag. Seit fünf Jahren bewältigt Rainer zuverlässig und engagiert die anspruchsvollen Aufgaben der Organisation und Koordinierung der Abonnentenregistratur und des Versands unserer Zeitschrift. Für diese aufwendige Arbeit bedanken wir uns bei Dir, lieber Rainer, von ganzem Herzen.

Wir gratulieren Dir zu Deinem Jubiläum und wünschen Dir für die nächsten Jahre eine gute, stabile Gesundheit.

Redaktion und Vorstand

Zur Lage im Südchinesischen Meer

Der Interessengegensatz China – USA

Das Südchinesische Meer nimmt einen großen Teil der asiatisch-pazifischen Region ein. Im Verlauf von nur einer Generation hat dieser Raum stetig an internationaler Bedeutung gewonnen. In den Anrainerstaaten leben über 60 Prozent der Weltbevölkerung, die jetzt schon etwa die Hälfte der Weltproduktion erzeugen.

Die USA, die selbst nicht Anrainer dieser Region sind, unterhalten dort jedoch eine Vielzahl militärischer Stützpunkte, so z.B. in Südkorea, auf Japan, auf Guam, in Thailand, auf den Philippinen, in Malaysia und Singapur, auf den Kokos-Inseln, in Australien und auf Neuseeland. Die meisten dieser Länder haben lange Küsten, und durch eine Reihe von Meerengen verlaufen wichtige Seeverbindungen, so z.B.

- die La Perouse-Straße zwischen Sachalin (Rußland) und Hokkaido (Japan),
- die Tsushima-Straße zwischen Südkorea und Japan,
- die Straße von Taiwan und
- die Straße von Malakka.

China selbst hat eine Küstenlänge von 18 000 Kilometern. Der größte Teil der Bevölkerung lebt in einem 500 bis 1000 km breiten Streifen entlang dieser Küste, und das Wirtschaftspotenzial des Landes ist dort konzentriert. Mindestens 80 Prozent der Importe und Exporte der Volksrepublik werden über Seehäfen abgewickelt. Verständlich also, wenn China eine „aktive Verteidigung auf See" betreibt. Im Weißbuch zur Militärstrategie Chinas von 2015 heißt es: „Die See- und Ozeangebiete spielen hinsichtlich eines stabilen Friedens, einer anhaltenden Stabilität und gesicherten Entwicklung Chinas eine besondere Rolle. Die traditionelle Auffassung, daß das Land wichtiger sei als die See, muß überwunden werden. China muß in Übereinstimmung mit seinen Sicherheits- und Entwicklungserfordernissen eine moderne maritime Militärstruktur entwickeln, um seine Souveränität, maritimen Rechte und Interessen zu gewährleisten. China muß die strategischen Bedingungen sicherstellen, um sich selbst zu einer Seemacht zu entwickeln."

Territoriale Streitfragen mit Nachbarstaaten existieren hauptsächlich um

- die Kurilen und einige kleinere Inseln (zwischen Rußland und Japan),
- weitere Inselgruppen im Ostchinesischen Meer wie die Senkaku-Inseln (China und Japan) u.a.,
- die Paracel- und Spratley-Inseln (China und Vietnam) und
- das Scarborough-Riff (China und Philippinen).

In diesem Zusammenhang spielt die sogenannte Neun-Striche-Linie eine besondere Rolle.

Danach erhebt China bereits seit dem 16. Jahrhundert Anspruch auf die Hoheit im gesamten Südchinesischen Meer. Tschiang Kai-shek hat in seiner Regierungszeit diese Linie als unveräußerlich betrachtet hat. Nach der Gründung der VR China hat die Regierung unter Mao Tse-tung diese Position übernommen.

Nachdem es bereits zu Beginn der 80er Jahre zu einem Streit um die Paracel- und Spratley-Inseln zwischen China und Vietnam gekommen war, blieb die Situation immer im Fokus der internationalen Öffentlichkeit.

Im Herbst 2012 eskalierte dann ein Streit um die von Japan beanspruchten Senkaku-Inseln, wodurch die ohnehin bestehenden antijapanischen Stimmungen in der chinesischen Bevölkerung angeheizt wurden. China beruft sich dabei auf das Potsdamer Abkommen, wonach alle von den besiegten Achsenmächten rechtswidrig im II. Weltkrieg okkupierten Territorien zurückzugeben waren. Die USA hatten die Senkaku-Inseln zusammen mit dem Okinawa-Archipel nach 1945 unter ihre Kontrolle genommen und nach dem Abzug ihrer Truppen Japan überlassen. Sie tragen somit eine Mitverantwortung für die entstandene Lage. Damit haben die USA in einer umstrittenen Territorialfrage völkerrechtswidrig Partei ergriffen.

Der Schutz der territorialen Einheit des Landes gilt als hohe Pflicht jeder chinesischen Regierung und ist ein wichtiges Kriterium für ihre Legitimation. Deshalb erklärte die chinesische Regierung, nachdem Japan die Senkaku-Inseln an einen Privatmann verkaufen wollte, eine Luftidentifikationszone über den Inseln. Prompt schickten die USA zwei Bomber B-52 von Guam auf einen Flug zu den Inseln, ohne sie anzumelden. In der chinesischen Öffentlichkeit wurden Forderungen laut, dagegen vorzugehen. Praktisch war und ist das für China kein Problem. Die Inseln liegen etwa 300 km vor der chinesischen Küste und sind somit durch Jagdflugzeuge ohne weiteres erreichbar. China wäre also in der Lage, jederzeit gegen unangemeldete Einflüge vorzugehen, während für die USA und Japan schon wegen der Entfernung ihrer Stützpunkte von den Senkaku-Inseln jeder Flug dahin problematisch ist. China dagegen könnte jedoch permanente Präsenz zeigen. Das wäre aber nur die eine Seite des Problems. Auf der anderen Seite würde ein militärischer Konflikt um ein paar Felsen im Meer dem Ansehen der Volksrepublik in der Region sehr schaden. China muß darauf achten, die Ängste nicht zu schüren, die angesichts seiner wachsenden Stärke in einigen Nachbarländern ohnehin aufkommen.

Was die chinesische und die russische Führung ernstnehmen müssen, ist der in jüngster Zeit eskalierende Konflikt zwischen Nordkorea und den USA. Natürlich ist es für China von essenzieller Bedeutung, daß an seiner 1400 km langen Grenze zu Korea kein potenzieller Gegner liegt. Zugleich hat die nur 17,3 km lange koreanische Grenze mit Rußland eine strategische Bedeutung. Offensichtlich ist es schwierig, von chinesischer und russischer Seite direkten Einfluß auf die Außenpolitik der KDVR zu nehmen. Kim Jong Un fühlt sich und sein Regime objektiv gleich mehrfach bedroht und versucht, dem zu begegnen. Zum einen wirkt das Beispiel Südkoreas mehr und mehr auf den Norden und zugleich stellt die Anwesenheit einer starken Gruppierung von US-Streitkräften eine unmittelbare Bedrohung dar. Nordkorea versucht, dagegen eine Abschreckung zu schaffen. Da das mit konventionellen Mitteln nicht möglich ist, setzt Nordkorea auf Kernwaffen. Allerdings könnte der Konflikt angesichts der beteiligten Akteure jederzeit eskalieren.

Die Pazifik-Doktrin der USA stellt objektiv eine Bedrohung fundamentaler chinesischer Interessen dar. Zu beachten ist dabei, daß die sogenannte Bedrohungsperzeption sowohl eine emotionale als auch eine rationale Wahrnehmung einer empfundenen bzw. tatsächlich vorhandenen Bedrohung umfaßt. Sie wird also von den Beteiligten höchst unterschiedlich wahrgenommen.

Was die chinesische Führung jedoch in jedem Fall rational wahrnehmen mußte, waren die Ausführungen von US-Präsident Barak Obama am 17. November 2011 in einer Rede vor dem australischen Parlament. Danach wolle man sich nunmehr auf Asien und die Pazifik-Region konzentrieren. Wörtlich erklärte Obama: „Meine Orientierung ist eindeutig. Vor dem Hintergrund unserer zukünftigen Pläne werden wir im Haushalt die erforderlichen Mittel bereitstellen, um unsere starke militärische Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten."

Während die Obama-Administration sich bemühte, es so darzustellen, als richte sich diese Politik nicht gegen China, sind die Folgen seit geraumer Zeit deutlich zu erkennen: Die amerikanische Militärstrategie richtet sich nicht mehr vorrangig auf den Nahen und Mittleren Osten und den Kampf gegen den Terrorismus. Sie ist auf die Eindämmung des Wirtschaftswunderlandes in Asien ausgerichtet – und zwar um jeden Preis und trotz der damit verbundenen Risiken. Das ist nach US-Verständnis nötig, weil diese Region nunmehr das „Schwerkraftzentrum" der Weltwirtschaft bildet. Wollten die USA ihren Status als unangefochtene Weltmacht Nummer Eins behalten, müßten sie ihre Vormachtstellung in der Region wiederherstellen und den chinesischen Einfluß zurückdrängen. Das sei in den kommenden zehn Jahren die wichtigste außenpolitische Herausforderung.

Die Pazifik-Doktrin als neues strategisches Konzept der USA mit ihrer deutlichen Konzentration auf den militärischen Faktor als Mittel erster Wahl hinterläßt einen gefährlichen und provozierenden Eindruck. Die angekündigten Schritte gehen in Richtung einer weiteren Verstärkung der Militärpräsenz in der Region. Dazu haben die USA das „Air-Sea-Battle-Konzept" entwickelt. Es setzt auf ein enges Zusammenwirken der Luft- und

Seestreitkräfte in der taktisch-operativen Ebene, die die Hauptlast möglicher Konflikte oder konventioneller Kriege im asiatisch-pazifischen Raum tragen sollen. Das Konzept zielt deshalb in erster Linie auf den asiatisch-pazifischen Raum, weil von China angeblich eine wachsende Bedrohung für die USA ausgeht. Chinas Strategie sei zwar defensiv angelegt, jedoch offensiv gegen die militärische Präsenz regionaler Staaten und der USA gerichtet. Es ist wie mit den zwei Nachbarn, von denen derjenige, der in den Vorgarten des anderen eindringen will, sich darüber aufregt, daß dieser sich zum Schutz seines Hauses einen wachsamen Hund hält.

Nicht chinesische Kriegsschiffe kreuzen vor der amerikanischen Küste, sondern amerikanische vor der chinesischen!

Parallel zur Sicherung seiner Seeverbindungen entwickelt China seit geraumer Zeit das Projekt einer neuen Seidenstraße. Auch wenn die Transporte auf dem Landweg nicht die Dimension der Seetransporte erreichen können, so haben sie doch eine wichtige ökonomische Funktion für China und die beteiligten Staaten.

Straße von Taiwan, 26. April 2022: Provokative Durchfahrt des US-Lenkwaffenzerstörers USS Sampson

Die neue Energiesituation und das amerikanische Kalkül

In den letzten Jahrzehnten waren die Vereinigten Staaten massiv von Erdölimporten aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika abhängig. In dieser Zeit war China durch seine eigene Erdölförderung noch weitgehend autark.

Inzwischen haben sich die Relationen gravierend verändert. 2008 verbrauchte das Land bereits 7,8 Mio. Barrel täglich. Jetzt ist China der größte Importeur von Erdöl und Erdgas weltweit.

Um bei der Energieerzeugung nicht in eine einseitige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu geraten, setzt die chinesische Führung verstärkt auf die Kernenergie. Gegenwärtig entstehen in China über 20 Atomkraftwerke neuester Technologie, die eine entschieden höhere Betriebssicherheit als die mit den alten Druckwasserreaktoren gewährleisten. Die dennoch anfallenden radioaktiv strahlenden Reststoffe können durch die Transmutation (Bestrahlung mit Ionen) in kurzlebige Elemente mit geringer Halbwertszeit umgewandelt werden und stellen nach einigen Jahren keine unzumutbare Belastung mehr für die Umwelt dar. Unabhängig davon wird die Energiesituation Chinas durch die rasante Entwicklung der Volkswirtschaft auch in Zukunft nicht unproblematisch sein. Zugleich wird in China intensiv an der Entwicklung und Nutzung sog. erneuerbarer Energien gearbeitet. Auf dem Gebiet der Solartechnik nimmt China sowohl in der Technologie als auch in der Produktion einen Spitzenplatz ein. Bei der Produktion von Wasser- und Windkraftgeneratoren liegt China seit Jahren auf Platz 1 in der Welt. Dennoch wird die Energiesituation Chinas durch die rasante Entwicklung der Volkswirtschaft auch in Zukunft schwierig bleiben.

Für China ergibt sich aus der veränderten Energiesituation der USA in der Perspektive eine relative strategische Schwächung, aus der eine zusätzliche Bedrohung erwächst. Zwar wird die Volksrepublik weiter Erdöl- und Erdgasimporte über Pipelines aus Kasachstan und Rußland erhalten, aber ein großer Teil wird weiterhin von Tankern aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika über Seewege herangeschafft werden müssen. Diese Seewege können von der US Navy behindert oder unterbrochen werden. Gegenwärtig versucht die US-Administration, eben diese Meeresregion unter die Kontrolle der amerikanischen Marine zu bringen. Eine deutliche Modernisierung und ein entsprechender Ausbau der chinesischen Seestreitkräfte sind deshalb unvermeidlich. Die enormen Anstrengungen, die China für den Bau der neuen Seidenstraße unternimmt, verdeutlichen den strategischen Weitblick der Führung in Beijing.

Darüber hinaus ist damit zu rechnen, daß China noch engere Beziehungen zu Rußland und den zentralasiatischen Mitgliedsländern der Schanghai-Organisation (Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan) entwickeln wird. Immer wieder aufkommenden Unkenrufen zum Trotz, das ökonomische Wachstum Chinas könne unmöglich anhalten, wuchs das Volumen und das Niveau der chinesischen Volkswirtschaft kontinuierlich.

Zur Strategie der VR China

China strebt erklärtermaßen keine Vorherrschaft an, will aber den ihm zustehenden Platz in der Welt wieder einnehmen, ohne eine militärische Expansion zu betreiben. Es sei hier nur daran erinnert, daß China im 15. und 16. Jahrhundert alleinige Großmacht war und bis 1820 mehr Güter produzierte als ganz Europa. Seine Vormachtposition hatte es nicht mit militärischer Stärke errungen, sondern vorrangig mit seiner Wirtschaftskraft, seiner Wissenschaft, Kultur und Bildung.

Eine heilsame Lehre erfUhr, die chinesische Führung im Februar/März 1979 als sie im Rahmen eines „Selbstverteidigungsgegenschlags“ mit etwa 20 Divisionen aus dem Raum Kunming in Nordvietnam eingefallen war und in Richtung Hanoi vordrang. Dem vorausgegangen war, daß die vietnamesische Volksarmee Ende 1978 das von China unterstützte Pol-Pot-Regime in Kambodscha in einem Handstreich besiegt hatte und mit 100 000 Mann im Land verblieben war. Die chinesische Führung befürchtete, das Gesicht zu verlieren, wenn man nichts dagegen unternahm. Sie entschied sich zum ersten und letzten Mal nach Gründung der Volksrepublik für den militärischen Faktor als Mittel erster Wahl. Das Ganze endete in einem Desaster. Obwohl den Verbänden der VBA nur Grenztruppen und Milizen gegenüberstanden, kamen sie nicht voran und hatten mindestens 30 000 Tote zu beklagen. Inzwischen bereiteten sich reguläre Truppen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte Vietnams auf einen Gegenschlag vor, der am 5. März 1979 mit dem Ziel erfolgen sollte „Kein Eindringling verläßt lebend unser Land.“ Als die sowjetische Aufklärung davon erfuhr, reagierte Moskau und vermochte quasi in letzter Minute die Führung in Hanoi davon zu überzeugen, auf den Angriff zu verzichten. Zu groß wäre die Gefahr einer Eskalation bis hin zum Einsatz von Kernwaffen gewesen. Den chinesischen Truppen wurde der freie Abzug zugesichert. Es waren bittere Lehren, die die chinesische Führung aus dieser Aktion ziehen mußte. Nahezu alle Kommandeure wurden abgelöst und von weiteren Abenteuern dieser Art wurde Abstand genommen.

Der militärische Faktor spielt angesichts der Konfrontation mit den USA neben einer weiteren erfolgreichen ökonomischen Entwicklung eine wichtige Rolle. China muß zur Sicherung seiner strategischen Interessen über eine glaubwürdige Abschreckung und adäquate Streitkräfte verfügen. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich die chinesische Führung auf einen Rüstungswettlauf einlassen wird. Mit seinem gegenwärtigen strategischen Potenzial ist China in der Lage, jedem potenziellen Gegner irreparable Verluste zuzufügen.

Die strategische Partnerschaft Chinas mit Rußland ist für beide Länder von essenzieller Bedeutung und besitzt einen hohen Stellenwert. Sie haben ein enges politisches Zusammenwirken gegen die Hegemoniebestrebungen der USA entwickelt, verfolgen aber strikt auch eigene Interessen. Identische oder ähnliche Positionen vertreten sie zum Thema einer multipolaren Welt, der Achtung des Völkerrechts, der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Rüstungskontrolle, einer neuen Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum sowie dem Kampf gegen Terrorismus und Drogen.

Die Kooperation in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der BRICS-Staaten gestaltet sich zunehmend enger. Zusammen mit den sogenannten Schwellenländern werden sie in absehbarer Zeit auch der EU und Japan ernsthafte Konkurrenten sein.

Die gegenwärtige Entwicklung deutet auf die Errichtung einer multipolaren Welt hin, in der es keine Supermacht mehr geben wird.

Oberst a.D. Bernd Biedermann
Berlin

Der Weg der USA nach China führt über Taiwan

Es ist schwer, sich einen rücksichtsloseren und provokativeren Akt vorzustellen", erklärte Paul Keating, der frühere Premierminister von Australien, Anfang August in Richtung Washington. Schon im Januar 2022 nahm er kein Blatt vor den Mund, als er die Äußerung der britischen Außenministerin Liz Truss, die im Namen Großbritanniens China vor einer „militärischen Aggression im Pazifik" warnte, als „nicht nur irrational, sondern wahnsinnig" einstufte. Wie Keating die Rede der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock vor der UN am 1. August kommentieren würde, wissen wir nicht, können es uns aber denken. „Wir akzeptieren nicht, wenn das internationale Recht gebrochen wird und ein größerer Nachbar völkerrechtswidrig seinen kleineren Nachbarn überfällt – und das gilt natürlich auch für China", so die Außenministerin. „Wir erarbeiten eine neue China-Politik", hieß es gegenüber Journalisten. Diese neue China-Politik wirft bereits ihre Schatten voraus: Am 5. August wurde bekannt, daß eine Bundestagsdelegation sich in der letzten Oktoberwoche nach Taiwan aufmachen wird. In einem Anfall von Größenwahn, dem Alleinstellungsmerkmal der neuen Chinapolitik, wendete sich der CDU-Politiker Michael Brand an die Adresse der 1,4 Mrd. Chinesen und schrieb vor, „etwas mehr asiatische Disziplin wäre angebracht". Außerhalb von Europäischer Union und NATO stieß der Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan auf heftige Kritik, mindestens aber auf Kopfschütteln. Die argentinische „La Nacion" kommentierte: „Ihre Reise (...) ist eine Gewissenlosigkeit von absoluter Verantwortungslosigkeit und enormer Gefahr." Die Verwunderung geht, ob gespielt, mit klammheimlicher Freude oder ernsthaft bis in die inneren Kreise der atlantikerfreundlichen Think Tanks. Bonnie Glaser, Direktorin des Asien-Programms beim „German Marshall Fund", und weit weg vom Verdacht, einer chinafreundlichen Politik anzuhängen, merkt zum Ansehensschaden für die Biden-Administration in der „Los Angeles Times" an: „Dieser Besuch von Nancy Pelosi wird es nur auf einen neuen Tiefpunkt bringen. Ich denke, daß es sehr schwierig sein wird, sich davon zu erholen." Offiziell geben US-Regierungskreise die Losung aus, es handele sich lediglich um den „Besuch einer Abgeordneten", doch glauben mag dies wer mag: Allen ist bewußt, daß mit der Visite ein provokativer Akt mit Blick auf die Reaktion Chinas vonstatten ging. Ergebene Figuren im NATO-Gefüge wie Baerbock nutzen eilfertig die Gelegenheit, ihre unverbrüchliche Freundschaft mit Taiwan als Teil der „Werte-Gemeinschaft" zum Ausdruck zu bringen. Die Reaktion der Volksrepublik China fiel heftig aus und entsprach dem Szenario, was schon seit langem für den Fall eines Besuchs von hochgestellten US-Politikern angekündigt worden war. Der chinesische Sender CCTV eröffnete am 4. August sein Programm mit der Meldung, daß großangelegte Übungen der chinesischen Volksmarine und Luftstreitkräfte an der Ostküste des Festlandes begonnen hätten. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian: „Diejenigen, die mit dem Feuer spielen, werden daran zugrunde gehen", er nehme an, „daß die US-Seite sich der starken und klaren Botschaft Chinas voll bewußt ist". Deutschland mischt eifrig mit, um den Konflikt am Brennen zu halten: Zwei Wochen vor Pelosi besuchte die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Nicola Beer (FDP), in offizieller Mission Taiwan.

Taipeh, 20. Juli 2022: EU-Parlamentsvizepräsidentin Nicola Beer (FDP) trifft Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen

Um nachzuvollziehen, weshalb Besuche führender westlicher Politiker in Taiwan ein enormes geopolitisches Konfrontationspotential für diese Weltregion aufweisen, ist zum einen auf die Rolle der USA im indopazifischen Raum hinzuweisen, wie es Bernd Biedermann in der aktuellen Ausgabe des „RotFuchs" analysiert. Hinzu kommt das durch die Provokationen des Westens auf seinen Tiefstpunkt gebrachte spezifische Verhältnis zwischen China und Taiwan. Nimmt man sich die UN-Resolution 2758 vom 25. Oktober 1971 vor, ist dort zu lesen: „Die Vollversammlung der Vereinten Nationen [...] beschließt, all die Rechte der Volksrepublik China instandzusetzen und die Vertreter ihrer Regierung als die einzigen legitimierten Vertreter Chinas in den Vereinten Nationen anzuerkennen und von nun ab die Vertreter Chiang Kai-sheks von dem Platz zu entfernen, den sie zu Unrecht in den Vereinten Nationen und all ihren Organisationen einnehmen". Die USA stimmten gegen die Resolution, was nichts an ihrem Inkrafttreten und ihrer völkerrechtlichen Gültigkeit bis heute änderte. Taiwan war nicht nur aus den Vereinten Nationen exkommuniziert, sondern der Alleinvertretungsanspruch der VR China wurde zum Bestandteil internationalen Rechts. Jede Einflußnahme Dritter auf das Verhältnis von China zu Taiwan galt ab diesem Zeitpunkt als Eingriff in die innerstaatliche Souveränität der Volksrepublik. Zunächst vermittelte die USA den Eindruck, dieser Doktrin folgen zu wollen. In mehreren zwischenstaatlichen Communiques mit den USA fand sich die Klausel, daß die USA die „Regierung der Volksrepublik China als einzige legale Regierung Chinas" anerkenne. Schon im Juli 1982 änderte sich das: Die USA verkündeten die „Six Assurances" (Sechs Zusicherungen), in der weitere Waffenlieferungen an die Insel angekündigt wurden, die USA sich für „nicht neutral" erklärten und bekräftigten, daß eine staatliche Hoheit der Volksrepublik über Taiwan nicht zu billigen sei. Gleichwohl zerriß das Band zwischen China und Taiwan über viele Jahre nicht, wie u.a. aus dem „Konsens 1992" ersichtlich ist, in dem sich die taiwanesische „Stiftung für den Austausch über die Taiwanstraße" und die auf dem Festland ansässige „Vereinigung für die Beziehungen über die Taiwanstraße" auf das „Ein China"-Prinzip verständigten. Es vollzog sich eine Phase der vorsichtigen Annäherung und zweiseitigen Gespräche. Am 11. Februar 2014 titelte die WELT: „Taiwan und China wagen den politischen Dialog". Nach Jahren des zunehmenden Wirtschaftsaustauschs und der gegenseitigen Entsendung von Studenten, aber auch der Zunahme des Individualtourismus (allein im Jahre 2013 besuchten 5,2 Millionen Touristen das Festland), trafen sich 2014 zwei offizielle Delegationen in Nanjing. Grundlage der Unterredungen war der „Konsens 1992". Mit der Abwahl der über Jahrzehnte regierenden Koumintang-Partei in 2016 und der Übernahme der Regierung durch die DPP unter der bis heute amtierenden Präsidentin Tsai Ing-wen gingen sämtliche Gesprächsinitiativen der Volksrepublik ins Leere. Als strikte Gegnerin des „Ein-China"-Prinzips zeigte sich Taiwans Präsidentin hochzufrieden, als jüngst die angeblich privat reisende Pelosi versicherte, die „USA stehen an der Seite Taiwans". Das Weiße Haus reagierte mit Genugtuung. Faktisch haben inzwischen NATO und EU – trotz anderslautendem Wortegeklingel – vom „Ein-China-Prinzip" Abstand genommen. Taiwan ist als „Werte-Partner" ausgerufen und gehört (wie man den militärischen Beistandsbekundungen der USA schon lange entnehmen konnte) nicht mehr zu China. Nach der Einkreisung Rußlands verfolgt Washington fortan die wirtschaftliche, politische und militärische Einhegung der Volksrepublik. Taiwan ist nur ein Baustein in dieser Strategie. Eine Abkopplung Taiwans vom Warenaustausch mit dem Festland hat dabei wenig Aussichten: Taiwan wickelt mehr als ein Drittel seiner Exporte mit China ab. Angesichts der gutnachbarlichen Beziehungen der Volksrepublik zu den Ländern des asiatischen Raums, stehen die Karten der NATO auch hier schlecht, ganz zu schweigen davon, daß 181 Länder der Erde diplomatische Beziehungen zu China auf der Basis der „Ein China"-Doktrin unterhalten. Der Ausrichtung der US-Taiwan-Politik wird dies keinen Abbruch tun, die Durchsetzung begegnet allerdings erheblichen Schwierigkeiten. „Taiwan war nie Teil der 1949 gegründeten Volksrepublik", erklärte die TAGESSCHAU am 2. August ihrem Publikum. Gemeint ist, es gäbe zwei Chinas. Ein Blick in die Geschichtsbücher belegt indes, daß Taiwan seit dem 17. Jahrhundert Teil eines einheitlichen, seit der Qing-Dynasie historisch gewachsenen, Staatsgebiets war. Daß die europäischen Kolonialmächte und Japan stets versucht haben, sich die Insel einzuverleiben, ändert daran nichts. Genauso wie die Flucht Chiang Kai-sheks und der nationalistischen Kuomintang Ende der 40er Jahre auf die Insel, welche die 1912 von Sun Yat-sen auf dem Festland für das gesamte Staatsgebiet ausgerufene Republik beseitigt hat. Historische Fakten und völkerrechtlich bindende Erklärungen, die die Atlantiker gerne vergessen machen möchten.

Dr. Ralf Hohmann

Deutschland als Führungsmacht

Bundeskanzler Olaf Scholz will die EU als „geopolitischen Akteur“ in der Weltpolitik positionieren. SPD-Vorsitzender sieht Deutschland als „Führungsmacht“.

Die Sprache der Macht

Mit der Forderung, die EU müsse „zum geopolitischen Akteur werden“ [1], schließt Kanzler Olaf Scholz an ähnliche Äußerungen führender Berliner Politiker in den vergangenen Jahren an. So hatte etwa der damalige Außenminister Sigmar Gabriel im Dezember 2017 beklagt, die EU sei noch „kein echter Faktor in der Welt“: Es mangele ihr „an der Machtentfaltung“. Umso „dringender“ sei es deshalb nun, „daß Europa sich auf seine Interessen besinnt und Gestaltungsmacht erarbeitet“. Halte in Zukunft „politisch-strategisches Denken“ Einzug in Berlin und Brüssel, „dann stellen sich Machtfragen“, erklärte Gabriel: „Das wird nicht angenehm“. Im Februar 2018 bekräftigte der Minister, die EU benötige „eine gemeinsame Machtprojektion in der Welt“ – und zwar auch militärisch: „Als einziger Vegetarier werden wir es in der Welt der Fleischfresser verdammt schwer haben.“ Im November 2019 schloß sich die designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an. Für die EU gelte es, einerseits „eigene Muskeln … in der Sicherheitspolitik“ aufzubauen, andererseits mit Blick auf „die äußeren Interessen Europas strategischer“ zu werden: „Europa muß auch die ‘Sprache der Macht lernen’“, erklärte von der Leyen.

SPD-Kovorsitzender Lars Klingbeil bei seiner Rede in Berlin am 21. Juni

Innere Geschlossenheit

Um die EU jetzt endlich als „geopolitischen Akteur“ zu positionieren, fordert Kanzler Scholz politische „Geschlossenheit“: „Permanente Uneinigkeit, permanenter Dissens zwischen den Mitgliedstaaten schwächt uns.“ Deshalb müsse „Schluß sein mit den egoistischen Blockaden europäischer Beschlüsse durch einzelne Mitgliedstaaten“. Auf Rußlands Überfall auf die Ukraine habe die EU „mit bisher nie dagewesener Entschlossenheit und Geschlossenheit“ reagiert; dies solle man nun fortsetzen. Es gelte jetzt, endlich auf lange umstrittenen „Feldern unsere Reihen zu schließen“, so etwa „beim Aufbau einer europäischen Verteidigung“ oder „bei technologischer Souveränität“. Scholz kündigt an: „Deutschland wird dazu in den nächsten Monaten konkrete Vorschläge machen.“ In einem ersten Schritt greift der Kanzler eine Forderung auf, die schon seit Jahren von deutschen Außenpolitikern wiederholt wird: Es müsse Schluß sein mit dem Vetorecht in der Außenpolitik, das EU-Mitgliedern heute zur Verfügung steht, damit auch kleinere Staaten gegebenenfalls zentrale Interessen gegen Druck der mächtigen Mitgliedstaaten schützen können. „Nationale Vetos … können wir uns schlicht nicht mehr leisten“, schreibt Scholz, „wenn wir weiter gehört werden wollen in einer Welt konkurrierender Großmächte“.

Die Bundesrepublik „im Mittelpunkt“

Die Forderung, das Vetorecht aufzuheben, hatte erst kürzlich der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil bekräftigt und in einer Rede am 21. Juni geäußert, weil die EU „in der Lage sein“ müsse, „schnell zu handeln“, müsse sie „das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, etwa in der Außenpolitik oder in der Finanz- und Fiskalpolitik“.[2] Aus Berliner Sicht sei das zentral: „Deutschland kann nur stark sein, wenn Europa stark ist.“ Die Bundesrepublik müsse daher „als Führungsmacht … ein souveränes Europa massiv vorantreiben“. Deutschland habe „nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung … eine Rolle im internationalen Koordinatensystem“; die Bundesrepublik stehe heute „immer mehr im Mittelpunkt“: „Wir sollten diese Erwartungen erfüllen.“ „Deutschland muß den Anspruch einer Führungsmacht haben“, forderte der SPD-Vorsitzende. Diese „neue Rolle als Führungsmacht“ werde der Bundesrepublik jedoch „harte Entscheidungen abverlangen – finanzielle als auch politische“: „Wir müssen Strukturen verändern, auch Budgets neu verhandeln.“ Gestärkt werden müsse insbesondere das Militär, etwa mit dem 100 Milliarden Euro schweren „Sondervermögen“ der Regierung Scholz. Es gelte „auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen“, behauptet Klingbeil, der die beschleunigte Militarisierung zur „Friedenspolitik“ erklärt.

Die Doppelstandards des Westens

Erhebliche Sorgen bereitet Klingbeil und Scholz die Tatsache, daß die Entwicklungs- und Schwellenländer jenseits des alten Westens diesem zunehmend die Gefolgschaft verweigern. Zur Zeit ist dies vor allem im Machtkampf zwischen dem Westen und Moskau der Fall, in dem sich die Staaten Afrikas, Lateinamerikas sowie beinahe ganz Asiens trotz extremen westlichen Drucks weigern, die Sanktionspolitik gegen Rußland zu übernehmen. Scholz dringt darauf, den „Globalen Süden“ eng an den Westen zu binden; dazu müsse man „unsere Zusagen gegenüber diesen Ländern einlösen“ und „Doppelstandards vermeiden“. Freilich basiert bereits die Forderung, Strafmaßnahmen gegen Rußland zu verhängen, auf doppelten Standards – schließlich war, wenn der Westen Angriffskriege führte (Jugoslawien 1999, Irak 2003, Libyen 2011), von Sanktionen gegen die damaligen Aggressoren in Westeuropa und Nordamerika nie die Rede. Um den Globalen Süden wieder enger an den Westen zu binden, schlägt Scholz konkret „eine neue globale Kooperation der Demokratien“ vor – „und zwar über den klassischen Westen hinaus“. Scholz‘ Vorhaben ähnelt dem Summit for Democracy, den US-Präsident Joe Biden im Dezember vergangenen Jahres abhielt. Greifbare Resultate brachte der „Demokratiegipfel“ nicht.

Mit langem Atem

Die Forderung, die EU mit der „Führungsmacht“ Deutschland zum „geopolitischen Akteur“ zu machen, erfolgt zu einer Zeit, zu der die westliche Sanktionspolitik im Machtkampf gegen Rußland die Energie- und Lebensmittelpreise dramatisch in die Höhe treibt und zu massiver Verarmung zu führen droht. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat erst kürzlich gewarnt, die eskalierende Krise werde „Deutschland vor eine Zerreißprobe stellen“ sowie die „gesellschaftliche Solidarität bis an die Grenze“ strapazieren – „und wahrscheinlich darüber hinaus“. Auswege böte lediglich das Umschwenken von einer fortdauernden Eskalation des Machtkampfs gegen Rußland hin zur Deeskalation und zu einer Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg. Dazu ist die Bundesregierung nicht bereit. Kanzler Scholz erklärt: „Wir werden einen langen Atem brauchen.“[3]

Quelle: german-foreign-policy, 19.7.22

[1] Zitate hier und im Folgenden: Olaf Scholz: Nach der Zeitenwende. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.07.2022.

[2] „Der Westen hat sich zu lange sicher gefühlt“. ipg-journal.de 22.6.2022.

[3] Olaf Scholz: Nach der Zeitenwende. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.7.2022.

Bundeswehr stellt „Heimatschutzregimenter“ für den Inlandseinsatz auf

Angesichts der vielen geopolitischen Krisen baut die Bundesregierung das Inlandskommando der Bundeswehr weiter aus. Es entstehen fünf Heimatschutzkompanien. Die Reservisten sollen die Soldaten künftig nicht nur bei Naturkatastrophen, sondern auch bei Aufständen unterstützen – und zwar schwer bewaffnet.

„Der russische Einmarsch in der Ukraine hat die Notwendigkeit unterstrichen, die Führungsorganisation der Streitkräfte verstärkt auf die Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten“, hieß es in einer Erklärung von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). „Hierzu haben wir entschieden, zum 1. Oktober 2022 ein ‚Territoriales Führungskommando der Bundeswehr (TerrFüKdoBw)‘ in Berlin aufzustellen.“

Das neue Kommando soll künftig unter anderem für die operative Führung nationaler Kräfte im Rahmen des „Heimatschutzes“ zuständig sein. Neben der Amts- und Katastrophenhilfe beinhaltet dies dann eben auch die zivil-militärische Zusammenarbeit von Reservisten, Polizei und Bundeswehr beim Einsatz gegen Bürgerproteste, die in Deutschland wegen der verfehlten Corona- sowie Energiepolitik erwartet werden.

Die Bundesregierung geht also davon aus, künftig mehr Kräfte als nur jene der Bundeswehr und Polizei zu benötigen und treibt deshalb ihre Militärreformen im Bereich des Innern voran. Das unterstreicht auch eine Äußerung Annalena Baerbocks, die die Grünen-Politikerin gegenüber dem *RedaktionsNetzwerk Deutschland* (*RND*) machte: „Die Kanadier haben gesagt: ‚Wir haben viele Fragen.‘ Da haben wir gesagt: Das können wir verstehen. Aber wenn wir die Gasturbine nicht bekommen, dann bekommen wir kein Gas mehr, und dann können wir überhaupt keine Unterstützung für die Ukraine mehr leisten, weil wir dann mit Volksaufständen beschäftigt sind.“

Auf die Nachfrage, ob sie wirklich mit Volksaufständen rechne, erwiderte die Außenministerin zwar, das sei „vielleicht etwas überspitzt“ ausgedrückt gewesen. Sie betonte aber auch, daß ein solches Szenario tatsächlich drohe, „wenn wir kein Gas mehr hätten“.

Ähnliche Äußerungen tätigte in diesem Zusammenhang auch Deutschlands ranghöchster Soldat, General Eberhard Zorn. „Ich kann Ihnen aktuell keine Beruhigung der Lage versprechen; eher im Gegenteil, alles nimmt zu, die Krisen werden mehr.“ „Es müssen viel mehr Truppenteile in der Lage sein, innerhalb kürzester Zeit mit Gerät und Personal präsent zu sein“, forderte der General.

Quelle: RT DE, 8. August 2022

FIT FOR KILLING?

WEAPONS BETTER FIT FOR DEMOLITION!*

(Bundesregierung Deutschland veröffentlichte im Juni 2022 Liste zu den an die Ukraine gelieferten Waffen)

Hunderttausend Handgranaten.
Sechzehn Millionen Schuß.
Fit zum Töten von Soldaten
Sowie andrem Feindverdruß.

Fit heißt tauglich, leistungsfähig
Sozusagen “gut im Strumpf“.
Alles andre als behäbig.
Waffen scharf und niemals stumpf.

Auch dreitausend Feldfernsprecher,
Kabeldraht, gut aufgerollt,
Sprengschnüre und Kapselbecher,
Stahlhelme, auch ungewollt.

Fast zweihundert Lastkraftwagen,
Kleinbusse und vieles mehr.
Rüstung hat das große Sagen,
Räumt gern die Regale leer.

Alles für die Ukraine?
Krieg hat selten was genützt.
Liefert Tafeln: „Vorsicht, Mine!“
Und nur das, was Leben stützt.

Deutschland, wie in alten Tagen,
Gegen Rußland Seit an Seit?
Putin liegt das schwer im Magen,
Kennt nicht nur vom Hörensagen
Alten Kampfsatz: „Seid bereit!“

*Deutschfassung der englischen Überschrift:

Bereit zum Töten? Es wäre besser, das Wettrüsten abzubrechen!

Papst Franziskus hat in den vergangenen Wochen mehrfach die angekündigten Erhöhungen der Rüstungsausgaben des Westens angeprangert.
Zum gegenwärtigen Elend sagte er: „Möglicherweise hat das Bellen der NATO vor Rußlands Tür zum Krieg geführt.“

Lutz Jahoda • (22. Juni 2022)

Der Krieg und sein Wesen

Das Wesen des ukrainisch-russischen Krieges muß ergründet werden. Das bedeutet nicht, an der Oberfläche der scheinbaren oder tatsächlichen Anlässe zu verbleiben, sondern nach den wirklichen Ursachen zu suchen. Diese einfache und wissenschaftlich solide Methode scheint jedoch angesichts der Propagandawelle, die sich täglich über uns ergießt, für Teile sich links empfindender Menschen nicht mehr tauglich zu sein. Dafür spricht, daß sich einige der rein moralisierenden Geschichtsbetrachtung á la Baerbock und Co. angeschlossen haben und den neuen Dämonen des Krieges im russischen Präsidenten Putin sehen, der entweder so grausam wie Hitler oder Stalin bzw. wie beide zusammen sei. Einige Kirchenmänner überboten das noch mit der Behauptung, er sei schlimmer als der Teufel, halleluja! Da könnte man Sorge haben, daß diesen Experten die Superlative ausgehen. Vielleicht kann ihnen der Antipode helfen, denn wo es das Böse gibt, braucht es das Gute als Gegenstück. Das kann im gegebenen Fall nur jener NATO-olivgrüngewandete Schauspielerpräsident sein, der sein Volk aus einem Bunker in Kiew und über eine weltweite, tägliche Medienpräsenz regiert. Jener eifert offensichtlich seinerseits dem Schauspielerpräsidenten aus Übersee Ronald Reagan nach, der in einem Radiointerview am 11. August 1984 folgende Worte ins Mikrofon sprach: „Liebe Landsleute, ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, daß ich ein Gesetz unterzeichnet habe, das Rußland für vogelfrei erklärt. Wir beginnen in fünf Minuten mit der Bombardierung.“ Zu seiner „Ehrenrettung“ sei gesagt, er meinte das als Scherz und wähnte die Mikrofone ausgeschaltet.[1] Jetzt, 38 Jahre später, sind wir da weiter. Andere wiederum haben das Nationale in sich entdeckt.

Eigentlich sollte klar sein, daß sich das Wesen des Krieges aus den verfolgten ökonomischen und den daraus resultierenden politischen Interessen der handelnden Subjekte erklärt. Hinzu kommt das Klasseninteresse derer, welche die kriegerische Auseinandersetzung als Mittel zu ihrer Durchsetzung einsetzen. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine gibt es nun verschiedene Erklärungsversuche von linken Kräften. Ausgangspunkt dabei ist wohl immer die Frage: Wie halte ich es mit Rußland? Neben der Tatsache, daß uns diese Frage von den Medien unter dem Motto „Putinversteher oder nicht“ aufgedrängt wird, beinhaltet sie schon einen interessanten Kern, nämlich den nach dem Charakter des heutigen Rußlands. Klar ist offensichtlich, daß der heute russische Staat weder sozialistisch noch eine historische Fortsetzung der Sowjetunion darstellt. Die Ökonomie ist eindeutig kapitalistisch. Ist Rußland aber eine imperialistische Macht? Der sich herausbildende Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts/Anfang des 20. Jahrhunderts hat diese Entwicklung genommen, weil in den wirtschaftsstärksten kapitalistischen Ländern die Ökonomie die nationalen Grenzen sprengte und die Finanzoligarchie längst international agierte. Es ging um die Erschließung neuer Märkte und den Zugang zu Bodenschätzen in aller Welt. Also alles Dinge, die heute noch eine Rolle spielen in der Politik der USA. Diese (noch) größte Ökonomie der Welt kämpft mit allen Mitteln um die Märkte und „ihren“ freien

Zugang zu den Schätzen dieser Welt. Sie nennen das wahlweise Kampf gegen den Terror oder auch Kampf um Freiheits- und Menschenrechte. Die USA sind mit Fug und Recht eine imperialistische Großmacht. Das trifft, wenn auch in etwas anderer Form auf solche Länder wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien zu. Als ehemalige Kolonialmächte haben sie in vielen früheren Kolonien ein System der ökonomischen, finanziellen und persönlichen Abhängigkeiten aufgebaut, welches sie unter allen Umständen absichern wollen. Dazu benötigen sie die USA als ökonomische und militärische Führungsmacht und bescheiden sich im Ergebnis mit dem, was die übermächtigen USA übriglassen. Großbritannien hat dafür sogar das Projekt EU platzen lassen. Die EU ist ja nichts weiter als der Versuch der wirtschaftlich starken westeuropäischen Staaten, den übermächtigen USA gemeinsam etwas entgegenzusetzen, um den Brosamenanteil an der Beute zu erhöhen. Die kleinen EU-Länder, wie Griechenland, Irland usw., sind nur ökonomische und politische Spielmasse. Wie paßt die BRD da hinein? Die Bundesrepublik wurde von den USA, die den Zweiten Weltkrieg mit, aber vor allem den Nachkrieg gewonnen hatten, in Europa zu einem Land aufgebaut, welches für sie die anderen an der Kandare hält. So wurde die BRD als kapitalistisches Vorzeigeobjekt gegenüber dem zaghaften sozialistischen Versuch in Osteuropa und als starker Partner in Westeuropa restauriert. Das man sich dabei alter Nazis bediente, hat die USA zu keinem Zeitpunkt gestört. Im Gegensatz zu den Europäern, die zwischen den 30er Jahren und 1945 eine große Leidensgeschichte mit dem Faschismus aufzuweisen hatten, fanden die Verantwortlichen in den USA die Nazis zwar unangenehm und waren auch angemessen entsetzt über deren Gräueltaten, setzten sie aber nach 1945 ohne Scheu für ihre Zwecke ein. Zu berücksichtigen hatten sie nur den wirtschaftlich nicht unbedeutenden Teil an jüdischen US-Bürgern. Deswegen mußte das alles diskret ablaufen, die Hilfe für die geflohenen Nazis in Südamerika, die dort als eine Art fünfter Kolonne agierten, bis hin zur Unterstützung der Restauration italienischer Faschisten oder der Verwendung alter Kameraden in allen Gliederungen der Bundesrepublik. Und die Deutschen erwiesen sich als äußerst dankbar. Bis heute. Sie sind sogar bereit, die Stabilität des eigenen Landes aufs Spiel zu setzen, um den US-Interessen zu dienen. Schließlich will man ja Lead-Nation in Europa bleiben. Treffen aber die imperialistischen Merkmale auch auf das heutige Rußland zu? Ist also der Krieg in der Ukraine nichts weiter als ein Hauen und Stechen unter imperialistischen Mächten, wie auch einige Linke meinen? Und wenn nicht, welchen Charakter trägt jener Krieg dann? Daß Rußland keine Finanzoligarchie hat, macht ja schon Hudson deutlich. Rußland hat eher damit zu kämpfen, die wirklich großen Finanzoligarchen draußen zu halten, um, zumindest seit Putin, eine halbwegs eigene Politik zu verfolgen. Dazu ist festzuhalten, daß Rußland kaum Zugriff auf Bodenschätze anderer Länder benötigt und daß es als große Landmacht auch einen großen, sehr entwicklungsfähigen Binnenmarkt hat. Darüber hinaus könnte man auch sagen, daß eine etwas irrationale Sicht der USA und Westeuropas auf Rußland, die in diesem Land immer noch so eine Art Sowjetunion im Schafspelz sehen, Rußland mit dazu gebracht hat, eine eigenständige Politik zu betreiben. Was Rußland braucht, sind verläßliche Abnehmer seiner Rohstoffe und Partner bei der Entwicklung einer verarbeitenden Industrie. Und es braucht Ruhe rings um sich herum an den Grenzen. Diese Ruhe war aber spätestens mit dem Beginn des Bürgerkrieges im Nachbarland Ukraine nicht mehr gegeben. Die USA nutzten den Konflikt, der tausende Tote kostete, immer mehr als bewaffnete Provokation Rußlands, denn es galt, sich Rußlands zu entledigen, um sich dann dem ökonomischen Hauptkonkurrenten China zuzuwenden. Dafür müssen täglich Ukrainer und auch Russen sterben. Es handelt sich also um einen imperialistischen Krieg, den die USA und ihre Verbündeten gegen Rußland führen, auch wenn Rußland den ersten Schritt gemacht hat. Auch der Erste Weltkrieg hatte seine Vorgeschichte auf dem Balkan und der Zweite mit der Besetzung Österreichs und der Sudetengebiete, wenn wir uns erinnern. Es muß alles dafür getan werden, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Die NATO-Staaten müssen zurückkehren zu diplomatischem Handeln. Dafür braucht es Druck der Arbeitenden, der ganzen Bevölkerung in den westlichen Ländern auf die eigenen Regierungen und keine Aufrüstungsprogramme und Waffen ohne Ende für die Ukraine. Alles andere schürt nur die Gefahr einer weiteren Eskalation und dann sind wir schneller als wir glauben plötzlich nicht mehr nur Waffenlieferant, sondern Kriegspartei. Das wäre der Anfang vom Ende!

Uli Jeschke

1 *Siehe Focus-online vom 13. 11. 2013, https://www.focus.de/politik/ausland/in-fuenf-minuten-beginnen-wir-mit-der-bombardierung-politiker-unplugged_id_1789414.html*

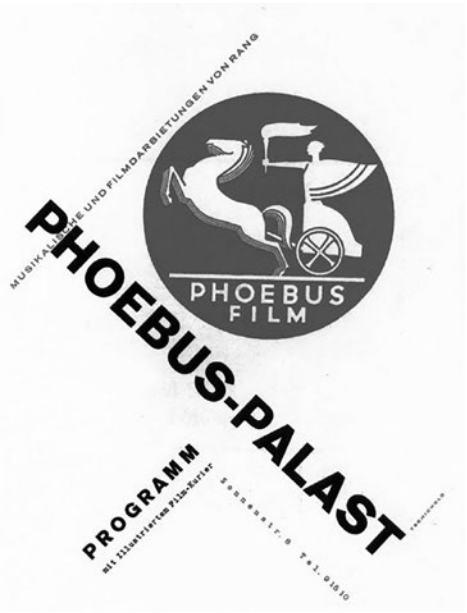
Der Phoebus-Skandal – geheime Aufrüstung durch Filmfirma kaschiert

„Ich habe im Mai von der Liebe geträumt", - so warb die Phoebus-Film AG im August 1927 in großen Lettern für ihren neuen Film. „Schon der Titel kündet vom Kitsch", schrieb „Die Rote Fahne" am 21. August. „Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über den Mut, so etwas zu bieten, oder über das bürgerliche Publikum, das sogar Beifall klatscht. Mit hübschen Landschaftsaufnahmen kann man die schlecht gespielte Liebesgeschichte, die natürlich glücklich endet, nicht retten."

Die Phoebus-Film AG hatte 1922 ihren ersten Film veröffentlicht. Im Dezember 1925 brachte sie den ersten Teil eines von der Deutschen Film GmbH hergestellten Bismarck-Films im Primus-Palast in Berlin zur Aufführung. Da mit einem solchen Film weder im In- noch im Ausland ein Geschäft zu machen war, wurde zur Unterstützung ein Ehrenausschuß gebildet, dessen Vorsitz Reichspräsident Hindenburg übernahm. Über den Film urteilte „Die Rote Fahne", er propagiere die Militärdiktatur, die absolute Herrschaft eines einzelnen, er verkläre vor allem die Hohenzollern. „Wir gestatten uns, ganz höflichst zu bemerken", schrieb die Zeitung, „daß die Ereignisse des Jahres 1848 im Film völlig falsch dargestellt sind, und wir anerkennen, daß die Filmhersteller bei ihren Bismarckstudien offenbar vortrefflich gelernt haben, wie man historische Vorgänge im Interesse eines bestimmten Zweckes fälscht." Natürlich war in den Theatern der Phoebus die Aufführung des Films „Panzerkreuzer Potemkin" verboten.

1927 war die AG drittgrößte Filmproduktionsgesellschaft in Deutschland. Mit ihren überwiegend künstlerisch wertlosen Filmen – von dem 1927 entstandenen witzigen Streifen „Die Hose" nach der Komödie von Carl Sternheim einmal abgesehen – wäre die Phoebus-Film AG aber wohl kaum in die Schlagzeilen geraten. Doch der Name Phoebus stand 1927 und 1928 im Mittelpunkt einer auch damals nicht seltenen aufsehenerregenden Korruptionsaffäre, die im Reichstag enthüllt wurde. Sie schlug so hohe Wellen, daß Reichswehrminister Otto Geßler schließlich im Januar 1928 seinen Hut nehmen mußte.

Anfang August 1927 brachten es Berichte des „Berliner Tageblattes" und anderer Zeitungen ans Tageslicht: Die Marineabteilung des Reichswehrministeriums hatte jahrelang aus dem Geheimfonds des Marineamtes über eine Tarnfirma, die Lignose AG, mindestens 6 ½ bis 8 Millionen RM für die Filmpropaganda abgezweigt. Über die Verwendung dieses Fonds wurde der Reichstag nicht informiert. Heinrich von Schotter von der Lignose AG war 1927 auch Mitglied des Aufsichtsrates der Ufa. Dem mit der Führung der Geschäfte beauftragten Mitarbeiter der Marineabteilung Kapitänleutnant zur See Walther Lohmann standen Millionenbeträge aus der Staatskasse zur Verfügung. Die Zahlungen erfolgten über die Deutsche Girozentrale aufgrund einer Bürgschaftserklärung des Reichs. Lohmann sorgte jedoch nicht nur für die Finanzierung der vor dem Bankrott stehenden Phoebus-Film AG, sondern hatte zugleich entscheidenden Einfluß auf die Filmproduktion der Gesellschaft. Er dachte aber auch an seinen



persönlichen Vorteil und unterschlug beträchtliche Summen. Von den Nettoeinnahmen des Berliner Filmtheaters Marmorhaus steckte er regelmäßig zehn Prozent in die eigene Tasche. Eine Untergesellschaft des Reichsmarineamtes, die Navis GmbH, kaufte das Haus am Lützowufer 3 in Berlin für 900 000 RM. Seiner Freundin, einer ehemaligen „zaristischen Exzellenz" Elke Ekimoff, richtete Lohmann hier eine 12-Zimmer-Wohnung ein. Frau Ekimoff, die außerdem von der Phoebus über einen längeren Zeitraum 1000 RM im Monat für „Repräsentationszwecke" erhielt, stellte der Navis drei Zimmer der Wohnung zur Verfügung.

Die in Berlin, Friedrichstraße 225, ansässige Phoebus-Film AG hatte Filialen in Leipzig, Hamburg, Frankfurt am Main, Düsseldorf, München und Königsberg in Preußen, im Ausland in Paris, London, Rom und Bukarest. Die Gesellschaft besaß eigene Ateliers in der Berliner Hasenheide und verfügte in Berlin, Dresden, Köln, Kiel, München, Dortmund und Nürnberg immerhin über elf Kinos mit insgesamt 15 186 Plätzen.

Doch es ging bei der Phoebus nicht nur um die Filmpropaganda. Durch die Filmfirma getarnt, gab es illegale Zahlungen des Reichswehrministeriums für die geheime Aufrüstung im In- und Ausland, die Deutschland aufgrund des Versailler Vertrages nicht gestattet waren. Das Reichswehrministerium mußte zugeben, eine Verbindung zu dieser Filmgesellschaft zu haben. In einer Erklärung vom 9. August 1927 konnte man lesen, das Ministerium habe lediglich eine „Überfremdung" der Phoebus verhindern wollen, sonst aber nur beratend und vermittelnd mitgewirkt.

Anfang 1923 wurde Lohmann, der sich seit 1920 als Leiter der Seetransportabteilung der Marine Erfahrungen in internationalen Geschäften und das volle Vertrauen von Marinechef Admiral Paul Behnke erworben hatte, die Verwaltung „schwarzer Kassen" der Marine übertragen. Es handelte sich dabei zunächst um Summen in Höhe von ca. 100 Millionen Goldmark aus dem illegalen Verkauf von Schiffen, die nach dem Versailler Vertrag eigentlich hätten verschrottet werden müssen. Der Marineanteil betrug 12 Millionen Goldmark. Dazu kam ein von der Regierung ohne Kenntnis des Parlaments aufgelegter sogenannter Ruhrfonds. Er sollte zur Unterstützung des militärischen Widerstandes gegen die französische Ruhr-Besetzung 1923 dienen. Lohmann hatte für Geheimhaltung zu sorgen. Die Ruhrfondsgelder wurden überwiegend zum illegalen Waffenkauf vor allem in Italien und zum Aufbau einer Tankerdampfflotte verwendet. Außerdem wurde ein modernes U-Boot entwickelt, dessen Bau nach dem Versailler Vertrag ebenfalls verboten war. Es wurde ab 1926 in Cadiz in Spanien gebaut. Unterstützt wurden die Ernst Heinkel Flugzeugwerke, die Dornier-Werke und die Rohrbach Metallflugzeugbau GmbH beim illegalen Flugzeugbau. Lohmann kaufte die Kaspar-Werke, die Zivil-Flugzeuge entwickelten, deren Leistungsdaten allerdings denen von Militärflugzeugen anderer Länder ähnelten. Gekauft wurden weiter die *Severa* (Seeflugzeug-Versuchsabteilung) zur Entwicklung von der Marine benötigter Flugzeugtypen und zum Training von Piloten auf der Insel Norderney und in Kiel-Holtenau. Hinzu kam die Travemünder Yachthafen AG, die Schnellboote baute. Lohmann war beteiligt an der Gründung der Neustädter Slip GmbH, einem Reparatur- und Ausbildungsbetrieb für Sport- und Schnellboote. Er gründete auch den Deutschen Hochseesportverband HANSA zur Förderung des Offiziersnachwuchses für die geheime Wiederaufrüstung der Reichsmarine.

Im Reichstag kam es zu mehrwöchigen Debatten, bei denen die Machenschaften des Reichswehrministeriums aufgedeckt wurden, was in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte. Weder die militaristischen Schinken, noch dilettantisch gemachte historische Filme, welche die Vergangenheit Deutschlands verherrlichen sollten, oder solche belanglosen Streifen aus der eigenen Produktion wie „Die weiße Schwester", „Weibsteufel", „Der Mann ohne Nerven" oder „Schneller als der Tod" konnten den Zusammenbruch der Firma aufhalten. Das Reichswehrministerium verlor mehr als 20 Millionen RM. Lohmann mußte abdanken, und die Phoebus ging schließlich in den Besitz der gleichfalls mit Reichsbeteiligung arbeitenden Münchner Lichtspielkunst AG (Emelka) über.

Dr. Kurt Laser

Von deutschem Boden ...

„Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepaßt werden."

(„Über ein vermeintes Recht aus Menschenliebe zu lügen", Aufsatz von Immanuel Kant, 1797)

Seit langem schon wird die deutsche Bevölkerung, und ganz sicher nicht nur diese, auf Krieg vorbereitet. Angst, Verunsicherung, Sorge sind ein gutes Fundament, auf dem nun aufgebaut wird. Mit der Art der Berichterstattung im Blätterwald, in Radio, TV sowie im Internet, bei facebook, twitter u.ä. mit der überaus geschickt manipulierenden Wahl von Wörtern, mit der Auswahl der Bilder, mit permanenter Wiederholung werden wir überflutet, sollen abgestumpft und gleichgültig werden.

Jahrzehnte zuvor trafen die Vereinten Nationen diese Aussage; damals unter dem Eindruck des barbarischsten Krieges der Menschheitsgeschichte, in dessen Folge 60 Millionen Menschen ums Leben kamen. Mehr als zwei Drittel waren Sowjetbürger, von denen fünf Millionen Soldaten und Offiziere der Roten Armee z.T. in Konzentrationslagern verhungerten, gefoltert und ermordet wurden.

Was interessierte die Herrenmenschen das „Genfer Abkommen"? Auch für sie galt kein Völkerrecht. Noch nie mordeten Menschen eines kriegführenden Landes industriell und verwerteten das mitgeführte Eigentum deportierter Menschen so restlos wie Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Eine Wiederholung dieses Grauens darf niemals mehr zugelassen werden! Die Vereinten Nationen beschlossen „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen" (Kap. VII der UN-Charta). In 13 Artikeln regelten sie Verfahrensweisen bei wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Staaten durch die internationale Gemeinschaft. Da heißt es z.B. in Art. 39, der Sicherheitsrat der UN leitet bei einer möglichen Bedrohung des Weltfriedens Maßnahmen ein.

Art. 40 räumt dem Sicherheitsrat das Recht ein, beteiligte Parteien zu Handlungen aufzufordern und bei Nichtbeachtung erweiterte Maßnahmen zu treffen. Art. 41 regelt gewaltlose Maßnahmen, zu denen aufgefordert werden kann. Papier ist geduldig! Maßnahmen zur Umsetzung dieser Artikel der UN-Charta im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine sind nicht getroffen worden. Diese wären, mindestens seit 2014, primär gegen die Ukraine, aber auch gegen die USA und die NATO-Staaten längst überfällig. Die BRD nahm die Artikel der UN-Charta inhaltlich im Art. 26 GG auf. Dort heißt es, Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Abs. 2 bestimmt sogar, zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Wann handelte die Bundesregierung jemals in diesem Sinne? Erschreckend ist, wie leicht, in welcher Häufigkeit die Medien inzwischen das Wort „Krieg" verwenden, wie vielen Menschen es leicht über die Lippen geht ... Dieses Deutschland, von dessen Boden nie wieder Krieg ausgehen sollte, ist als Mitglied der NATO an vielen Kriegen auf der Erde beteiligt, direkt mit Soldaten oder durch finanzielle und/oder militärische Unterstützung in Milliardenhöhe. Kontingente der Bundeswehr mischten in Syrien, Libyen, Afghanistan, Mali, im Jemen, jetzt in der Ukraine und andern Ländern mit.

Zu viele Menschen stimmen der Unterstützung der Ukrainer in jeder Hinsicht zu. Sie sammeln, spenden, transportieren ... Sehen sie die Gefahr der militärischen Ausdehnung nicht? Erkennen sie nicht, daß es ein Stellvertreterkrieg ist, den USA und NATO gegen Rußland führen? Wissen Sie nicht, daß der Präsident der Ukraine eine Marionette der USA ist? Ist Ihnen nicht bekannt, daß dieser seine Bevölkerung bereits auf dem Maidan verriet und sie jetzt bis auf den letzten Ukrainer verheizen wird – im Interesse der USA? Warum tragen die Bürger den seit Jahren geschürten Russenhaß mit? Welche Erfahrungen haben sie persönlich mit Menschen aus der Sowjetunion oder Rußland, die einen solchen Haß begründen? Sind sie wirklich davon überzeugt, daß ein Land, welches noch immer in der Tradition des Großen Vaterländischen Krieges steht, das an Frieden und Zusammenarbeit mit allen Völkern interessiert ist, Krieg will? Erkennen sie nicht, daß der Feind im eigenen Land steht? Es ist das Kapital, welches die Macht hat, Menschenleben für den eigenen Profit aufs Spiel zu setzen.

Wir alle werden die Verlierer sein, werden nicht nur um ein friedliches Leben betrogen sein, sondern es wird uns genommen werden.

Fragen sie sich nicht, warum Stimmen, die andere Meinungen verkünden, zum Schweigen gebracht werden? Auch das ist nicht neu in Deutschland. Interessiert es sie nicht, weshalb beispielsweise RT.de oder SNA im Internet gesperrt sind? Es sind jene Sender, die etwas anderes berichten als deutsche Medien, die tagein, tagaus den Haß gegen die Russen in unsere Köpfe hämmern.

Berührt es die eigene Bevölkerung nicht, wenn andere Völker in Not und Elend gestürzt werden, ihrer Rohstoffe und Territorien beraubt werden, wenn Kinder dafür, daß es uns an nichts mangelt, in Bergwerken unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten? Obwohl sich die BRD im „2+4-Vertrag" (12. 9.1990) dazu verpflichtete, „daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen" und „Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seinem Grundgesetz und der Charta der Vereinten Nationen", beteiligte sie sich 1999 am Luftkrieg gegen die BR Jugoslawien, nachdem der Öffentlichkeit das Märchen von der sogenannten humanitären Katastrophe im Kosovo und dem berühmt-berüchtigten „Hufeisenplan" aufgetischt wurde, dann erneut 2001 an der Invasion Afghanistans, die ohne Mandat durch den Sicherheitsrat der UN erfolgte, und unterstützte 2003 das völkerrechtliche Verbrechen der USA und ihrer Vasallen gegen den Irak. Jetzt geht es gegen Rußland und China ist bereits ins Visier genommen.

Aufrüstung und Kriegspolitik sind Deutschlands Marschroute. Sie muß durchkreuzt werden!

Beate Wesenberg-Schlosser
Berlin

Zum WELTFRIEDENSTAG
Soldatenlied

Marschier, Soldat, marschier.
Parier, Soldat, parier.
Schalte aus deinen Verstand,
steck den Kopf nur in den Sand,
kämpfe für das Vaterland –
marschier, Soldat, marschier.

Sei brav, Soldat, sei brav,
so folgsam wie ein Schaf.
Freiheit und Gerechtigkeit
war'n Vorwand schon zu jeder Zeit:
‚Zu Befehl!' und ‚Seid bereit!'.
Sei brav, Soldat, sei brav.

Soldat, Spielball der Macht,
hast du jemals bedacht:
Egal welch Staat, welches Regime behauptet,
es sei legitim,
einfach in den Krieg zu zieh'n,
ob Zar, ob Kaiser, Präsident,
wie immer sich die Macht auch nennt,
braucht DICH, SOLDAT, im Kampf als Knecht
DOCH: UM PROFIT UND NICHT FÜR'S RECHT!
Soldat, Spielball der Macht.

Gib acht, Soldat, gib acht.
Wer hätte einst gedacht:
daß George Bush uns hat angelogen,
er hat die ganze Welt betrogen!
DOCH DU BIST IN DEN KRIEG GEZOGEN!
Gib acht, Soldat, gib acht.

Wach auf, Soldat, wach auf!
Komm endlich selbst darauf:
KRIEGE SIND DER FALSCHE WEG,
WENN'S IN DER WELT UM FRIEDEN GEHT,
DIE ZUKUNFT AUF DEM SPIELE STEHT!
Wach auf, Soldat, wach auf!

Sabine Zimmerhäkel
Magdeburg

3. Januar 2021

Dieses Land braucht Frieden mit Rußland

Die Ukraine erhält von Deutschland seit Jahren Milliarden Euro. Da wäre es doch möglich gewesen, Kiew spätesten im Dezember letzten Jahres zu sagen, macht endlich Frieden im Donbass, sonst überlegen wir uns, ob wir Euch weiter Geld schicken.
Das macht die Bundesregierung doch auch mit anderen Ländern so. Das geht sogar sehr leicht. Denken wir nur daran, wie Deutschland den griechischen Rentnern die Renten zusammengestrichen hat. Bei Griechenland war das kein Problem. Warum ging das bei der Ukraine nicht? Ganz einfach. Weil auch die Bundesregierung das nicht wollte.
Noch Mitte November letzten Jahres, als Rosneft den größten Teil dieser Raffinerie in Schwedt übernahm, hat Ministerpräsident Woidke erklärt: „Die stärkere Beteiligung von Rosneft an der PCK Raffinerie ist eine gute Nachricht für das Unternehmen, die Stadt Schwedt und die gesamte Region. Das Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Schwedt ist zugleich ein Vertrauensbeweis gegenüber dem Land Brandenburg als Industriestandort. Damit sind der Standort und auch viele Arbeitsplätze langfristig gesichert.“ Aber im Dezember, nur einen Monat nach diesen Sätzen, fast drei Monate, ehe der erste russische Soldat überhaupt in der Ukraine war, hat die Bundesregierung daran gebastelt, was sie ohne russisches Öl oder Gas machen würde.
Nach außen hin haben sie sich versöhnlich präsentiert, sind viel herumgeflogen, nach Kiew, nach Moskau, nach Washington, und haben so getan, als wollten sie Frieden. In Wirklichkeit waren die Würfel längst gefallen. Und nun sollen wir die Folgen dieser Sanktionen tragen, die sie ohne Not verhängt haben. Ich bin Krankenpflegerin und versuche jeden Tag, alten und kranken Menschen so gut wie möglich zu helfen. Deshalb frage ich mich immer mehr, ob in der Ampel der totale Irrsinn eingezogen ist. Hat dort noch niemand daran gedacht, wie viele alte Menschen aufgrund der hohen Inflation für Lebensmittel sich nicht länger gesund ernähren und wegen exorbitanter Energiepreise nicht mehr ausreichend heizen können und deshalb im kommenden Winter wegen Unterkühlung schwer erkranken und viele sterben werden?
Zur Erinnerung: Unter dem Corona-Regime hatten die Herrschenden ihren Lockdown damit begründet, daß der Schutz der alten Menschen höchste Priorität hätte. Und jetzt werden die Alten dem Hungern und Frieren überlassen, und nicht nur die Alten, sondern alle, die nicht zum gehobenen Mittelstand gehören, der mehrheitlich grün wählt. Den verbohrten grünen Ideologen kommt diese künstlich herbeigeführte Energiekrise gerade recht. Denn sie sind fest entschlossen, den deutschen Industriestaat auf ihrem Altar der „Klima-Rettung“ zu opfern, egal wie viele Millionen Menschen unseres Landes dabei arbeitslos und in Hunger und Elend gestürzt werden. Nord Stream 1 und Nord Stream 2 müssen aufgemacht werden und auch die Pipeline nach Schwedt muß offenbleiben, damit die arbeitenden Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen können. Wir haben damals diese Pipeline nach Schwedt gebaut und diese Raffinerie, und wir haben nicht beschlossen, Rußland zu einem Krieg zu provozieren. Das ist doch nicht unser Krieg.
Wir haben seit 2014 keine Raketen auf die Städte im Donbass geschossen. Trotzdem haben die Bundesregierungen die Ukraine all die Jahre unterstützt, zuerst politisch und mit viel Geld, zuletzt mit Waffen aller Art und die ganze Zeit mit faustdicken Lügen. So haben sie die Wahrheit auf den Kopf gestellt, indem sie immer erzählt haben, Rußland sei schuld, daß die Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt wurden.
Wenn den Herrschenden in Berlin das Wohl der Menschen in Deutschland schon egal ist, dann sind ihnen die Menschen im Donbass erst recht egal. Es ist schon absurd, daß wir jetzt alle frieren und hungern sollen, nur weil der Versuch der westlichen Eliten, Rußland zu ruinieren, nach hinten losgegangen ist. So wurde und wird eine nur noch schwer zu kontrollierende Dynamik entfesselt, die jetzt ihre eigenen Länder ruiniert. Sie könnten das stoppen, indem sie ihre Fehler eingestehen und von allen ihren Ämtern zurücktreten und den Weg freimachen würden für einen kooperativen Neuanfang mit Rußland. Stattdessen beharren sie auf ihrem Kurs als den einzig richtigen, den sie auch noch dem Rest der Menschheit aufzwingen wollen, gegen deren Willen.
Wir sind mit einer anderen Haltung aufgewachsen. Mit Achtung vor dem, was Menschen geschaffen haben. Mit Achtung vor der Arbeit und auch der Produktion. So eine Raffinerie wie hier in Schwedt ist ein Monument menschlicher Schöpfungskraft. Das gilt auch für die Industrie in Deutschland, die die Ampel-Koalitionäre abschaffen werden, wenn sie in Berlin so weitermachen. Die Druschba-Pipeline ist eine Lebensader, die viele Länder verbindet wie einen einzigen Körper.
Damit ist sie ein Symbol, wie wir eigentlich leben sollten. Miteinander, nicht gegeneinander. Nicht nur im Kleinen, auch im Großen. Wenn man sich ansieht, welche Folgen es hat, wenn in der Industrie bestimmte Materialien fehlen oder daß ganze Automobilwerke stillstehen, wenn ein kleiner Chip aus Asien nicht geliefert wird.
Die moderne Industriegesellschaft umspannt Länder und Kontinente. Um darin zu bestehen, müssen wir alle zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten, wie Rußland und China das vorschlagen. Und sie haben das nicht nur vorgeschlagen, sondern sie sind seit einigen Jahren dabei, Länder und Kontinente übergreifende Projekte in die Praxis umzusetzen, politisch z.B. im Rahmen der BRICS-Gruppe, ökonomisch im Rahmen der „neuen Seidenstraße“ und sicherheitspolitisch im Rahmen der Schanghai-Kooperationsorganisation, alles auf der Basis von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung. Im westlichen Gegenstück, in der von Berlin hochgepriesenen „regelbasierten Weltordnung“, geht es ganz anders zu; von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung der Staaten keine Spur. Washington bestimmt willkürlich nicht nur die Regeln seiner Weltordnung, sondern verändert diese auch ständig zur optimalen Unterdrückung und Ausbeutung, nicht nur der Bevölkerung fremder Länder, sondern zunehmend auch der Menschen in den US-Vasallenstaaten wie in der Europäischen Union. Das Resultat dieser jahrzehntelangen Entwicklung ist für jeden klar ersichtlich: Während eine kleine Minderheit der Eliten in den USA und in Europa immer reicher geworden ist, ist die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der USA und der Menschen in der EU immer ärmer geworden.
Das trifft vor allem auch auf Deutschland zu, dessen Führungsspitzen tief in den Taschen Washingtons stecken. Sie haben zwar ihnen Eid geschworen, Unheil vom deutschen Volk fernzuhalten, aber ihre politische Existenz, Kariere und ihr Wohlstand hängt an einem seidenen Faden, nämlich der unverbrüchlichen Loyalität mit Washington und nicht dem Wohl des deutschen Volkes. Von diesen Leuten in der Regierung in Berlin kann das deutsche Volk in der aktuellen Krise keine Hilfe erwarten.
Aber dieses Land braucht Frieden mit Rußland und eine Zukunft, die besser ist als die Gegenwart und nicht ein endloses Elend, nur damit die Grünen glücklich sind.

Liane Kilinc
Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.

Auszug aus einer Rede, gehalten am 1. August in Schwedt

Kein Sparbeitrag für Krieg!

Auch nun die privaten Haushalte soll'n
Ihren Beitrag leisten – wofür?
Grünschnäbel seh ich, die sich toll'n,
Daß unter ander'm Panzer roll'n
Vor Rußlands Haus- und Wohnungstür.

Ich selber führe keinen Krieg.
Kriegsabsicht ist mir fern.
Ein Kanzler mythisch schwört auf Sieg
Für Kleinrußlands Faschistenleague -
Geschichte zu entehr'n.

Ich leiste meinen Beitrag nicht
Den Russophobgeschwüren.
Das NATO-EU-Kriegsgesicht
Gehört vors Völkerkriegsgericht,
Nicht Ränke mehr zu schüren!

Aus Rußland Gas, heut so wie eh,
Zu fairen Preisen eben
Das brauchen wir, daß nicht gescheh'
Mehr eine Zeit mit Zyklon-B
Deutsch-russisch heißt das Leben.

E. Rasmus

Weizen – ein strategisches Gut

In 2020 wurden weltweit ca. 2996,1 Mio. t Getreide produziert[1], wozu Mais, Reis, Gerste und vor allem Weizen gehören. Der größte Getreideproduzent 2020 war die Volksrepublik China mit 615,5 Mio. Tonnen, gefolgt von den USA (434,8 Mio. t) und Indien (335 Mio. t). Rußland belegte Platz vier (130 Mio. t). Brasilien lag auf Platz fünf (125,6 Mio. t). Die Ukraine mit 64,3 Mio. Tonnen hatte Platz 9 nach Kanada inne.[2]

Der bedeutendste Weizenexporteur 2020/21 war Rußland mit 19,67 % Marktanteil, gefolgt von der Europäischen Union, 14,96 %. Auf den dritten Platz kam Kanada mit 13,95 %; den vierten Platz nahmen die USA mit 13,43 % ein. Australien (9,92 %) lag auf Platz 5 und die Ukraine (8,48 %) kam nur auf Platz 6.[3] Das widerspricht dem westlichen Narrativ, nach dem dieses Land der größte „Produzent und Exporteur" von dieser Getreideart sei und der „Welthunger" von der Ukraine abhänge.

Nicht weniger absurd war die verlogene Kritik an Exporteinschränkungen Indiens, das im genannten Zeitraum nur einen Anteil am Weizen-Weltexport in Höhe von 1,81 % (Platz 11) unter den Exporteuren einnahm. Die Ausfuhreinschränkungen für Weizen wurden wegen der außerordentlichen Frühjahrstrockenheit und möglicher Ernteausfälle verhängt. Indien, ein Land mit 1,4 Mrd. Menschen, subventioniert die Getreideproduktion im Interesse der wirtschaftlichen Existenz der Bauern und der Ernährungssicherheit des Landes.

Die Situation bezüglich der Versorgung der gesamten Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln ist besorgniserregend. „Ende 2020 litten, gemäß der Welthungerhilfe, bis zu 811 Millionen Menschen unter chronischem Hunger, weitere 155 Millionen waren von einer akuten Ernährungskrise betroffen," schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 17.5.22. [4] Mit anderen Worten: Die Ernährungskrise bestand bereits lange vor der sogenannten Ukraine-Krise. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen. Die Hauptursache besteht in der kapitalistischen Weltwirtschaft, welche die Produktion und die Vermarktung von Lebensmitteln der Profitwirtschaft unterordnet.

Nach wie vor sind die Volkswirtschaften vieler Entwicklungsländer auf den Bedarf der kapitalistischen Industrienationen ausgerichtet. Das widerspiegelt sich sowohl in den Handelsströmen als auch in der starken Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von kapitalistischen Märkten. Monokulturen und Sektoralwirtschaften sind Ergebnis der kolonialen Vergangenheit und des Neokolonialismus. Diese Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt verhindert u.a. eine eigenständige landwirtschaftliche Entwicklung vieler Entwicklungsländer. Eine üble Rolle spielen dabei sowohl subventionierte Lebensmittelexporte (z.B. aus der EU) als auch die marktbeherrschende Rolle großer Monopole im internationalen Handel mit Agrarprodukten. Dadurch wurden und werden Abhängigkeiten geschaffen. (agrarheute, 28.2.2022)[5]

Istanbul, 22. Juli 2022: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan (r.) und UN-Generalsekretär António Guterres bei der Besiegelung des Abkommens über Getreideexporte aus Rußland und der Ukraine

Die Mitteldeutsche Zeitung wies in einem Beitrag vom 24. Mai 2022 darauf hin, daß die Getreidepreise bereits vor dem Ukraine-Konflikt deutlich gestiegen waren. Dafür macht der Wissenschaftler Alfons Balmann, Direktor des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in der Transformationsökonomie in Halle, zwei Faktoren verantwortlich. Dazu zählen der Ausbau der Tierhaltung im letzten Jahrzehnt und die weltweit gestiegene Produktion von Biokraftstoffen auf Basis von Getreide und Ölsaaten. „Die Folge war, daß sich weltweit die Getreidelager leerten und die Sorgen vor Engpässen stiegen."[6] Erst an dritter Stelle schätzt Balmann ein, daß es zu Lieferausfällen aus der Ukraine und Rußland kommen kann. Bedeutender ist jedoch, daß Düngemittel weltweit knapp geworden sind, weniger gedüngt wird und somit die Erträge sinken können.

Im Mai 2019 lag der Preis pro Tonne Weizen noch bei ca. 180 Dollar. Im September 2020 wurden mehr als 200 Dollar pro Tonne erreicht. Im Mai 2021 stieg der Preis je Tonne auf über 240 Dollar. Im Januar 2022 wurde die 300-Dollar-Marke durchbrochen. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keinen militärischen Konflikt in der Ukraine. Im April dieses Jahres stieg der Preis auf über 400 Dollar pro Tonne. Der enorme Preissprung läßt sich nicht durch den militärischen Konflikt in der Ukraine erklären, da im Juli der Weizenpreis wieder auf ca. 330 € pro Tonne fiel. (agrarheute, 6.7.2022)[7] Während Italien, Spanien, Frankreich und die Bundesrepublik mit witterungsbedingten Ernteverlusten rechnen, melden Kanada und Rußland hohe Ernteprognosen für Weizen.

Die Ursachen für die starken Weizenpreisschwankungen liegen offensichtlich woanders. Agrarprodukte werden an kapitalistischen Warenbörsen und auch außerbörslich gehandelt. Sie unterliegen immer einem hohen Spekulationsdruck. Man unterscheidet bei Börsengeschäften zwischen Kassa- und Warentermingeschäften sowie deren Derivaten. Insbesondere die letzteren Geschäftsarten bieten für Spekulation, Preisdrückerei und Preistreiberei ein weites Feld. Die wichtigsten internationalen Warenbörsenplätze für landwirtschaftliche Erzeugnisse befinden sich nicht zufällig in den USA und Westeuropa (z.B. Börse in Chicago, Warenterminbörse in Paris).[8]

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die wichtigen Getreidearten, insbesondere Weizen, strategische Waren sind, die dem kapitalistischen Verwertungsprozeß unterliegen. Sie sind wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse für die Ernährung der Weltbevölkerung. Der Preis pro Tonne Getreide unterliegt dem Spiel der kapitalistischen Marktmechanismen. „Und wie hoch der Preis des Weizens ist, hängt vielfach von Stimmungen in Politik und Wirtschaft ab. Von den Getreide-Sorten steht dabei Weizen besonders im Fokus." (agrarheute)[9]

Die Ursachen für Unterernährung und Hunger in der Welt liegen nicht in der Getreideproduktion an sich, sondern in der kolonialen Vergangenheit und der neokolonialen Politik des Imperialismus. Sie behindern eine eigenständige wirtschaftliche und insbesondere landwirtschaftliche Entwicklung armer Länder für eine Selbstversorgung. Überdies verschärfen klimatische Veränderungen und gewaltsame Konflikte die Situation.

Hunger und Unterernährung sind politische Waffen des westlichen Imperiums, um Völker zu unterdrücken und wirtschaftliche sowie politische Interessen durchzusetzen. Am deutlichsten sichtbar wird dies u. a. in Ländern wie Afghanistan, Jemen, Sudan, Somalia und Haiti.

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_gr%C3%B6%C3%9Ften_Getreideproduzenten

2 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_gr%C3%B6%C3%9Ften_Getreideproduzenten

3 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1293852/umfrage/groesste-weizenexporteure-weltweit-marktanteil/

4 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weizen-thomas-glauben-vom-leibniz-institut-ueber-indiens-exportstopp-18035316.html

5 https://www.agrarheute.com/pflanze/getreide/tv-tipp-wahnsinn-weizen-542981

6 https://www.iamo.de/fileadmin/user_upload/MZONL-24.05.2022-_-Agrarwissenschaftler_Balma-2270493154-Artikel.pdf

7 https://www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/getreidepreise-abwaertsstrudel-panik-ausverkauf-boersen-595390

8 http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/warenb%C3%B6rse/warenb%C3%B6rse.htm

9 https://www.agrarheute.com/tag/weizenpreise

Wirtschaftskrise und Frieren für Polen

Die polnische Regierung hatte geplant, auf russische Gasimporte ab Ende 2022 zu verzichten und sich mit Gas aus Norwegen einzudecken. Dafür befindet sich die Baltic Pipe aus Norwegen nach Polen im Bau. Sie ist jedoch erst frühestens im Oktober 2022 fertiggestellt.

Die polnische Herrschaftselite plante, die Gaslieferverträge mit Gazprom nicht weiterzuführen. Polen bezieht jedoch nach wie vor russisches Erdgas über die Jamal-Pipeline. Sie wurde 1999 fertiggestellt und lieferte bisher zuverlässig Gas von der Jamal-Halbinsel in Sibirien durch Rußland, Belarus und Polen in die Bundesrepublik und nach Österreich.

Der freie Journalist Jens Berger wies nach, daß die Ursachen für steigende Gaspreise und nicht ausreichende Auffüllung deutscher Gasspeicher nicht bei Putin bzw. Rußland liegen.

„Anstatt russisches Gas nach Deutschland zu transportieren, wird die zwischen Deutschland und Polen in beide Richtungen betreibbare Jamal dafür genutzt, russisches Gas, das zuvor über die Nord-Stream-1-Pipeline von Deutschland importiert wurde, direkt nach Polen weiterzuleiten. Damit keine Mißverständnisse auftreten: Wir reden hier über das Gas, das Teil des russischen Transportvolumens für Deutschland ist, das von deutschen Importeuren bezahlt wurde und das eigentlich in die deutschen Speicher fließen sollte ... Und um ein zweites mögliches Mißverständnis auszuschließen: Diese Entwicklung ist keine direkte Folge der russischen Invasion in der Ukraine ... Seit Weihnachten 2021 läuft Jamal – mit kurzen Unterbrechungen – im umgekehrten Betrieb und transportiert deutsches Gas nach Polen. Hintergrund dafür ist, daß Polen ohnehin fest eingeplant hatte, seine Gasimporte aus Rußland in diesem Jahr zu beenden. Der Ende 2022 auslaufende Liefervertrag mit Gazprom sollte nicht verlängert werden.“[1] Um es nochmals deutlich zu sagen: Mit den russischen Gaslieferungen über Nord Stream 1, die für den deutschen Markt bestimmt waren und sind, wurden die polnischen Gasspeicher randvoll gefüllt. Gleichzeitig wird der laufende polnische Gasbedarf über die Jamal gedeckt. Polen blockiert vorsätzlich den Gastransport von Rußland in Richtung Westen. Die Gaslieferungen der BRD an Polen verhindern, daß deutsche Speicher den notwenigen Füllstand erreichen, um gut über den Winter zu kommen und tragen erheblich zu den stetig steigenden Preisen für Gas bei. Oskar Lafontaine fand dazu klare Worte: „Ich kann das Gejammere von Steinmeier, Scholz und anderen über die sozialen Verwerfungen, die entstehen werden, wenn der Gaspreis sich verdreifacht, nicht mehr hören. Wenn man nur von Staaten wie den USA, Saudi-Arabien oder Katar und Rußland, denen man völkerrechtswidrige Kriege vorwirft, Energie beziehen kann, dann sollte man den Lieferanten bevorzugen, der die beste und günstigste Ware hat. Das ist Rußland. (...)

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn man wegen Menschenrechtsverletzungen die Verbindungen zu einem Land abbricht, dann darf man mit den USA, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen in der Welt verantwortlich sind, keinen Handel treiben.“[2]

Polen blockiert seit Mai 2022 die Jamal-Gasleitung Richtung Deutschland

Er forderte zudem die Bundesregierung auf, Nord Stream 2 in Betrieb zu setzen, um das Gasproblem schnell zu lösen.

Auf der Jahrespressekonferenz im Dezember 2021 erklärte Putin, daß an Deutschland auf Grundlage langfristiger Verträge billiges Erdgas geliefert wird. Das Gas, das nach Deutschland fließt, wird nach Polen gepumpt und auch in die Ukraine weitergeleitet. „Wir liefern Gas an Deutschland unter langfristigen Verträgen, und der Preis ist drei bis vier, sogar sechs bis sieben Mal billiger als am Spotmarkt“. Auf diese Art werden riesige Profite erwirtschaftet. „Putin fragte in dem Zusammenhang, ob es nicht besser wäre, das Gas lieber nach Europa weiter zu liefern und so den Spotpreis für Gas zu beeinflussen.“[3]

Rückblickend wird klar, daß eine riesige wirtschaftliche und politische Intrige gestartet wurde, an der die Bundesrepublik, Frankreich und Polen beteiligt sind. Sowohl deutsche als auch französische Unternehmen haben offensichtlich bewußt keine Gaslieferungen über die Jamal-Erdgas-Trasse gebucht, um den Polen freie Hand zu lassen. Nun „wundern“ sich Frankreich und die Bundesrepublik über fehlendes Gas für den Winter.

Kanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck dürften über die wirklichen Sachverhalte genau informiert sein, dennoch schreiten sie zum Nachteil der Verbraucher nicht ein. Möglicherweise gibt es Absprachen mit den Polen, die selbstverschuldete Gasknappheit auf Kosten der deutschen Verbraucher und der Industrie zu regeln.

Jeder, der sich mit diesen Fragen befaßt, kann erkennen, daß Westeuropa bei Beibehaltung der Embargos in eine umfassende Wirtschaftskrise schlittert. Und genau das ist das Ziel der amerikanischen Politik. George Friedman, ein einflußreicher „Falke“, sagte 2015 voraus, daß die USA einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine vorbereiten, der sich sowohl gegen Rußland als auch gegen Deutschland und die Europäische Union richten wird. „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann, und unser Interesse war es, sicherzustellen, daß das nicht geschieht ...“

(YouTube, US-Hauptziel war es immer, Bündnis Deutschland + Rußland zu verhindern, The Chicago Council, 2015)

Die deutsche transatlantische Politikerkaste hat sich für die USA und den militärischen Stellvertreterkonflikt in der Ukraine entschieden, was sowohl zur Schwächung der eigenen Volkswirtschaft als auch der Europäischen Union führt. Sie opfert deutsche Wirtschaftsinteressen und die der eigenen Bevölkerung und trägt so objektiv dazu bei, die Vormachtstellung des US-Imperiums und dessen Alleinherrschaft in der Welt zu stützen.

Dr. U. S.

Oskar Lafontaine erklärt:

Habeck macht die Deutschen ärmer und schwächt die Wirtschaft

Robert Habeck ist Wirtschaftsminister im Land der Dichter und Denker. Diese fälschlicherweise Madame de Staël zugeschriebene Adelung der Deutschen gerät stark ins Wanken, wenn man die Politik des grünen Wirtschaftsministers erlebt.

Land der Dichter paßt vielleicht noch, weil Robert uns das Märchen erzählt, der Anstieg der Energiepreise sei eine böse Tat des Schurken Putin.

Land der Denker paßt schon weniger, weil Habeck nach kurzem Nachdenken zu dem Ergebnis kommen müßte, daß er mit seiner Politik die Deutschen ärmer macht und die Wirtschaft schwächt. (...) Wie lange findet sich die Bevölkerung noch damit ab, daß die Bundesregierung durch eine törichte Politik Millionen Menschen in Deutschland verarmen läßt und die deutsche Wirtschaft ruiniert? Und in Afrika sterben Menschen an Hunger, nicht zuletzt, weil die „Menschenrechtspartei“ der Grünen ihre Mitverantwortung für dieses Elend nicht sehen will.

Quelle: https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/heikler-vorschlag-von-oskar-lafontaine-oeffnet-nord-stream-2-li.243599

1 https://www.nachdenkseiten.de/?p=85534

2 https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/heikler-vorschlag-von-oskar-lafontaine-oeffnet-nord-stream-2-li.243599

3 https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/putin-deutschland-ursache-preisanstieg-gas100.html

Der neue aggressive antirussische Ostblock

Aktuelle Entwicklungen deuten darauf hin, daß sich aus Deutschland, Polen, Litauen, Lettland und Estland ein neuer „Ostblock“ innerhalb der EU und NATO formiert.

Obwohl alle EU-Staaten Sanktionen gegen Rußland beschlossen haben, ist die Stimmung in den meisten europäischen Ländern keineswegs so aggressiv wie im neuen „Ostblock“, was rund um den Tag der Befreiung durch aggressive Handlungen gegen sowjetische Kriegsgräber und Denkmäler besonders deutlich zutage trat. Für sie ist der Sieg über den deutschen Faschismus eine historische Niederlage.

Das ist er für die Westeuropäer nicht, denn sie haben gegen die Nazis gekämpft und gesiegt. Gleiches trifft auch für die meisten osteuropäischen Staaten zu. Die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland waren Mitglieder der Antihitlerkoalition und mit der Sowjetunion verbündet. Sogar die Satellitenstaaten Deutschlands Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie das verbündete Italien hatten 1943/44 den Nazis den Krieg erklärt und in unterschiedlichem Maße an der Seite der UdSSR und anderer Alliierten in die Kämpfe eingegriffen. Es war demnach auch ihr Sieg.

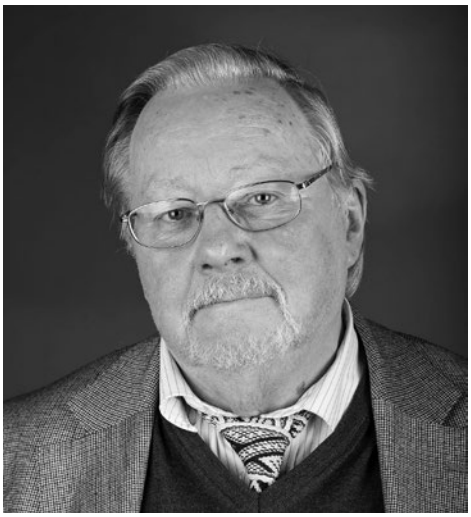
Für die faschistischen Balten hingegen, in deren Tradition die heutigen Machthaber in Vilnius, Riga und Tallin stehen, war der Sieg der Roten Armee eine militärische Niederlage: Nach dem Überfall auf die UdSSR hatten die Balten kurzzeitig faschistische Regierungen, die aber von den Nazis aufgelöst wurden. Daraufhin schufen sie kollaborierende „Selbstverwaltungen“, die zu zehntausenden den Nazis Polizisten und Soldaten zuführten. Letten und Esten verfügten sogar über eigene SS-Verbände und reguläre Truppen, die an der Seite der Wehrmacht auf sowjetischem Gebiet kämpften. Lettland und Estland waren dadurch faktisch kriegsführende Länder. Für Litauen traf das nur bedingt zu. Dafür wurden die Litauer gegen polnische und sowjetische Partisanen und zu Polizeidiensten in Belorußland, Polen und in der Judenvernichtung eingesetzt.

Nach der Befreiung gingen die baltischen Faschisten, denen der Absprung nach Westen nicht gelungen war, zu Zehntausenden in die Wälder („Waldbrüder“) und bekämpften die Sowjets bis in die 50er Jahre.

Dabei wurden sie bis 1945 über See von den Nazis, später vom Westen unterstützt. Unter der wiedererrichteten Sowjetmacht nahmen die Balten dann eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die sie zum höchsten Lebensstandard in der UdSSR führte. Doch das war auch der massiven Unterstützung durch Moskau zu verdanken, das viel in diese Region mit der höchsten Arbeitsproduktivität investiert hatte. Der baltische Nationalismus konnte zurückgedrängt werden. Dazu trugen auch die Massenflucht der Kollaborateure in den Westen und Deportationen nach Sowjetrußland bei.

Im Bestreben, hier gedeihliche Verhältnisse zu schaffen, gingen die sowjetischen Organe relativ kulant mit den „Waldbrüdern“ um. Entgegen heutiger Behauptungen gab es für diese Mörderbanden kaum Todesurteile. Unter Chruschtschow konnten die meisten Deportierten wieder ins Baltikum zurückkehren, darunter ehemalige Spitzenpolitiker des faschistischen Vorkriegsregimes. Selbst der Vater des späteren litauischen Nationalistenführers Landsbergis, Minister in der 1941 kurzzeitigen faschistischen Regierung, durfte aus westlicher Emigration zurückkehren. Sein Sohn konnte sich bis zum Professor qualifizieren.

Auch diese Toleranz begünstigte ein politisches Klima, das zum Ausbruch der Balten aus



Vytautas Landsbergis: Sohn eines faschistischen Kollaborateurs, 1990 erstes Staatsoberhaupt nach dem Austritt aus der Sowjetunion

der UdSSR und dadurch wesentlich zu ihrem Untergang beitrug.

Im Gegensatz zu den vollmundigen Versprechen über neue und gute Beziehungen zu Rußland, gingen die neuen baltischen Machthaber, die alle die faschistischen Vorkriegsverfassungen reaktivierten, sofort auf antirussischen Konfrontationskurs, der offiziell auf einer Bedrohungslüge basierte. Hierbei übertrumpften sie sogar die Polen, die erst viel später und zurückhaltender in deren Kerbe einschlagen sollten.

Die wirklichen Gründe für diese Propagandalüge sind wie zumeist wirtschaftlicher Natur. Diese werden vor den Westeuropäern, die sich ohnehin in der komplizierten Gemengelage nicht auskennen, geschickt verschleiert. So kommt es, daß bis in die Reihen der Linken (Gregor Gysi) der baltischen Sichtweise undifferenziert Verständnis entgegengebracht wird.

Die Abspaltung konnte nur durch die Schwäche Gorbatschows und die ihn erpressende westliche Politik durchgesetzt werden. Dieses Zeitfenster ermöglichte den Balten, die Sezession schnell und relativ verlustlos durchzuziehen, wobei auch Jelzin dies zur Stärkung seiner Position gegen die sowjetische Führung nutzte. Die baltischen Nationalisten hatten die Gunst der Stunde seit Jahren erwartet und geglaubt, sie mit der Kraft des Rechts durchsetzen zu können. Das Verlassen der Sowjetunion sollte daher in Übereinstimmung mit geltendem sowjetischen Recht erfolgen. Darauf beruft man sich sogar noch heute.

Doch das ist eine Legende! Der gesamte Sezessionsprozeß war rechtlich nicht gedeckt. Allein die Zulassung antisowjetischer Organisationen war entsprechend der baltischen Sowjetverfassungen und Gesetze verboten. Man hätte durchaus gegen die Erfolge der Nationalisten vorgehen und sie annullieren können. Auch die Unabhängigkeitsdokumente waren vom juristischen Standpunkt aus nicht stimmig und hätten durch sowjetbaltische Verfassungsgerichte abgelehnt werden können. Zudem hätten langwierige Verhandlungen, die allerdings hierfür rechtlich vorgesehen waren, erfolgen müssen. Hierbei hätte Moskau sehr gute Karten gehabt. Die Balten hätten enorme Entschädigungen für zentralsowjetisches Eigentum und jahrzehntelange Investitionen zahlen müssen. Allein das hätte die Balten erheblich belastet und ihren Lebensstandard stark absinken lassen. Dabei wäre es zu neuen Abhängigkeiten von Moskau gekommen, die auf keinen Fall gewollt waren. Aus juristischer Sicht gibt es noch viele offene Fragen, vor denen sich, sollten sie durch Rußland aufgeworfen werden, die Balten fürchten. Das um so mehr, als die Träume baltischer Nationalisten von paradiesischen postsowjetischen Wirtschaftsverhältnissen nicht aufgegangen waren. Die Industriegüter, die man vorher für das ganze Sowjetland produzierte, sind für den westlichen Markt untauglich. Die folgende Deindustrialisierung ließ das Baltikum fast auf den Stand von 1940 schrumpfen. Allein die russischen Transitkosten, billige Rohstoffe aus Rußland und die finanziellen Unterstützungen aus dem Westen sorgten für das wirtschaftliche Überleben. Diese enormen Einnahmen, die bis zu einem Drittel des Staatshaushaltes ausmachten, sind inzwischen auch ausgefallen. Die Balten befinden sich in einer wirtschaftlichen Dauerkrise, die vor allem in Lettland und Litauen von massenhaften Ausreisen nach Westeuropa begleitet werden. Einzig Estland kann einigermaßen gesicherte wirtschaftliche Positionen behaupten. In diesem Zusammenhang sind auch die litauischen, weniger lettischen, Versuche zu werten, den Umsturz in Belarus aktiv zu unterstützen. Hier bildete man sich ein, angeblich EU-geübt, sich an belorussischen Staatseigentum bereichern zu können. Um diesen labilen sozialen und wirtschaftlichen Zustand politisch durchzuhalten, wird auf die politisch-moralische Einheit auf extremer nationalistischer Basis gesetzt. Das kann aber nur funktionieren, wenn eine geradezu rassistische Propaganda und staatliche Repressionen gegen die russischsprachige bzw. anderen slawischen Minderheiten (Russen, Ukrainer, Belorussen, Polen usw.) betrieben werden.

Auch den Schutz der nichtbaltischen, vor allem russischen, Minderheit hätte die UdSSR bzw. Rußland mit den Balten noch vereinbaren müssen. Hierzu wäre Zeit und Gelegenheit gewesen und die sowjetische Seite hätte

angesichts ihrer historischen Erfahrungen mit den baltischen Nationalisten keinerlei Illusionen haben dürfen. Hieran trägt auch Gorbatschow erhebliche Schuld. Den verzweifelten Hilferufen baltischer Genossen, die selbst noch zu faktischen Sowjetzeiten verfolgt und inhaftiert worden waren, stand er teilnahmslos gegenüber. Für Jelzin, der sich eigentlich für die Russen hätte einsetzen müssen, waren jene Landsleute sowjettreu und daher nicht schützenswert. Auch Putin hat es unterlassen, sich wirksam für die Rechte seiner Landsleute, zumal sie noch nicht einmal baltische Staatsbürger waren, einzusetzen und die massiven Menschenrechtsverletzungen international zu thematisieren. Allein daraus ist zu sehen, daß Rußland keinerlei Absichten besitzt, das Baltikum „zurückzuholen". Rußland hat hierzu Lehren aus seiner Geschichte gezogen. Die massiven Mißerfolge und Niederlagen bei der sogenannten Sowjetisierung 1920, 1941 bis 1952 und seit 1987 lassen derartige Wünsche nur in der Phantasie baltischer Nationalisten und inkompetenter westlicher Politiker gedeihen.

Nichtsdestotrotz wird die Existenz slawischer Minderheiten vor allem für Estland und Lettland als enormes destabilisierendes Element empfunden. Zu unrecht, denn sie bilden beileibe keine politisch homogene prorussische Gesellschaft. Dennoch werden ihnen verfassungsmäßige Grundrechte verweigert, der Erwerb der Staatsbürgerschaft verwehrt oder stark behindert. In Estland bilden sie knapp 30 % (in Ostestland über die Hälfte) und in Lettland über 35 %, die zudem um die baltischen Hauptstädte (bei Riga 40 %) konzentriert sind. Politisch könnten sie bei Parlamentswahlen erheblich Sand ins Getriebe der Nationalisten streuen. Zudem gibt es in Lettland die einzige kommunistische Partei (Sozialistische Partei) des Baltikums mit vielen Russen.

Obwohl die Slawen faktisch unter Apartheid-Bedingungen leben, haben sie sich weitgehend angepaßt und die Region nicht verlassen. In Litauen, dem wirtschaftlich schwächsten baltischen Land, liegen die Dinge etwas anders. Hier sind es nur 14 % Slawen, von denen aber die Polen am aktivsten für ihre Rechte kämpfen. Die Polen waren es auch, die zum Leidwesen Warschaus bis zum Schluß auf sowjetischen Positionen gestanden haben, denn sie kannten den litauischen Nationalismus seit 1939. In Litauen hingegen, wo es eine starke, aus der KPdSU kommende Sozialdemokratie gibt, konnte die Faschisierung erheblich abgebremst werden. Nicht zuletzt wegen der Arbeitslosigkeit bis zu 20 % hielt man es für angeraten, auch den Slawen die Staatsbürgerschaft zu geben.

Von all diesen fundamentalen Problemen glauben die Balten durch verstärkten Nationalismus und Faschisierung von Propaganda- und Bildungsinhalten und erdachten antirussischen Bedrohungslügen abzulenken. Allen, vor allem deutschen Besuchern, präsentieren sie sich als höchst gefährdet und zugleich am zuverlässigsten. Hierbei sehen sie im antirussischen Kampf übereinstimmend Deutschland in einer Führungsrolle, die beim letzten Kanzlerbesuch der BRD offiziell angetragen wurde. Davon erhoffen sie sich zusätzlich Sicherheit durch mehr militärische Stationierungen und Geld für den Staatshaushalt, der durch russische, chinesische und belorussische Transitboykotte auf einen Großteil der Einnahmen verzichten mußte.

Doch diese aufgedrängte Führungsrolle, die auch die CDU möchte, wird nicht nur von Franzosen („deutsch-französisches Tandem" in der EU) in Frage gestellt werden, sondern auch von Polen, das sich als osteuropäische antirussische Führungskraft nach über 100 Jahren wieder empfiehlt.

Dieses Land hat sich in den letzten 30 Jahren von einem bürgerlich-rechtsliberalen zu einem rechtsextrem-nationalistischen Regime entwickelt. Dadurch war es möglich, sich schrittweise vom ersten Staat der Antihitlerkoalition, Sieger im Zweiten Weltkrieg und UN-Gründungsmitglied zu einem Staat zu deklarieren, der behauptet, daß die deutsche Okkupation durch eine angeblich sowjetische ersetzt worden wäre. Mit dem eindeutigen Bekenntnis zum reaktionärsten Teil des polnischen Widerstandes und den polnischen Faschisten (NSZ, NOW) ist Polen mit den Balten kompatibel und, wie erklärt wird, besonders kompetent, die Balten gegen Rußland führen zu können. Hierzu bringen sie ihr Gewicht als größter Staat EU-Osteuropas ein, wie das schon bei den Auseinandersetzungen um Belarus zu sehen war. In Belarus wie in der Ukraine bilden sie sich ein, alte und untaugliche halbkoloniale Konzeptionen doch noch realisieren zu können.

Doch die Balten setzen lieber auf Deutschland und die Litauer haben ohnehin gegenüber Polen, zu dem nicht die besten Beziehungen bestehen, erhebliche Vorbehalte. Man erinnert sich der fruchtlosen Versuche der Polen, die Balten in den 20er Jahren gegen die UdSSR führen zu wollen. Da begeben sich die Balten lieber in deutsche Abhängigkeit.

Die Ukraine gehört faktisch schon heute zu diesem „Ostblock", in der in naher Zukunft wirtschaftlich die USA, die BRD und nicht die Balten und Polen, politisch aber Nationalisten und Faschisten wie im Baltikum das Sagen haben werden.

Dr. Holger Michael

Woher droht die größte Gefahr?

Der deutsche Blätterwald ist voll im Dienst der Panik um die bevorstehende Energie- und Gasversorgung.

Und natürlich wird, wie in anderen Fällen auch, die Ursache mittels Lügen, Vermutung und Unterstellung bei Rußland und Putin als den Auslösern und den Verantwortlichen für diese Situation ausgemacht.

Auch über den Krieg in der Ukraine wird mit objektivistischer Neutralität über gegenseitigen Artilleriebeschuß und den zunehmenden Einsatz schwerer Waffen berichtet. Dabei läßt man auch die präzise treffenden US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfer nicht aus, die der russischen Seite herbe Verluste beibringen.

Was ausgespart bleibt sind Informationen über das Wirken der Stabsquartiere der NATO, mehr noch, die Aktivität des Pentagons bei der Lenkung des US-Krieges in der Ukraine. Alle entsprechenden Treffen der NATO, der EU, der G7-Gipfel, der NATO-Gipfel in Madrid fanden zwischen dem 15. und 30. Juni 2022 mit einer ausgesprochenen gegen Rußland gerichteten Orientierung statt. Die kürzlich angenommene neue NATO-Strategie bis zum Jahre 2030 enthält folgende Feststellung: „Die russische Föderation stellt die bedeutendste und direkteste Gefahr für die Sicherheit der Verbündeten sowie für den Frieden und die Stabilität in der EURO-atlantischen Region dar." Sie sei deshalb auch nicht mehr als Partner der Allianz anzusehen.

Um das mehr als Siebenfache wird die Truppenstärke für das „Schnelle Reagieren" ausgebaut. Gleiches gilt auch für die Einsatzkräfte der NATO in den Ländern Osteuropas. Darüber hinaus geht es um die schrittweise Bildung einer antirussischen Koalition aus mehr als 50 Staaten der Welt, d. h. um eine Art NATO-Plus-Koalition.

Ein Höhepunkt in den Aktivitäten des Westens stellt das das vertrauliche Briefing dar, auf dem US-Verteidigungsminister Lloyd Austin alle Länder Europas (!) über die bevorstehende mittelfristig vorgesehene militärische Konfrontation mit Rußland, darunter auch über die Anwendung Taktischer Kernwaffen (!) informiert hat. (Russisches TV-Portal russtrat.ru vom 4. Juli 2022)

Die Maßnahmen Litauens vom 18. Juni im Gebiet Kaliningrad sowie das Einschreiten Norwegens am 28. Juni in Spitzbergen gehören zu flankierenden Demonstrationen der eskalierenden Situation.

Die Zuspitzung der Spannungen ist somit offenkundig.

Dahinter steht eine menschenfeindliche Strategie „Krieg bis zum letzten Ukrainer". Diese schließt ein Unentschieden aus und orientiert auf die Niederschlagung oder Kapitulation der russischen Seite.

Das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten läßt die Gefahr eines mit Nuklearwaffen geführten Krieges in Europa wachsen.

Bruno Mahlow
Berlin

Warum Lateinamerika eine neue Weltordnung will

Die NATO-Staaten erklären, ihr Ziel sei es, „Rußland zu schwächen“. Die USA haben bereits 13,6 Milliarden Dollar für die Aufrüstung der Ukraine bereitgestellt. Biden hat gerade erst weitere 33 Milliarden Dollar beantragt. Zum Vergleich: Die Beseitigung des Hungers in der Welt bis 2030 würde eine Investition von 45 Milliarden Dollar pro Jahr erfordern.

Selbst wenn es zu Verhandlungen kommt und dieser Krieg beendet wird, deutet nichts darauf hin, daß die geopolitischen Spannungen nachlassen werden, denn hinter dem Konflikt um die Ukraine steckt das Bestreben des Westens, Chinas Entwicklung zu stoppen, seine Beziehungen zu Rußland zu kappen und die strategischen Partnerschaften des asiatischen Landes mit dem globalen Süden zu beenden. Diese Politik ist Teil der Nationalen Sicherheitsdoktrin der USA von 2018, die China und Rußland als ihre „zentralen Herausforderungen” bezeichnet.

Nein zum Kalten Krieg

Lateinamerika will keinen neuen Kalten Krieg. Die Region hat bereits unter jahrzehntelangen Militärregierungen und der Austeritätspolitik gelitten, die mit der „kommunistischen Bedrohung“ begründet wurden. Zehntausende Menschen verloren ihr Leben, und viele Zehntausende mehr wurden inhaftiert, gefoltert und ins Exil getrieben, nur, weil sie wollten, daß ihre Länder souverän und ihre Gesellschaften menschenwürdig sind. Diese Gewalt war ein Produkt des Kalten Krieges, der Lateinamerika von den USA aufgezwungen wurde.

Lateinamerika will Frieden. Der Frieden kann jedoch nur auf der Basis regionaler Einheit geschaffen werden. Dieser Prozeß begann vor 20 Jahren, nachdem ein Zyklus von Volksaufständen – angetrieben durch den Tsunami der neoliberalen Austerität – zur Wahl fortschrittlicher Regierungen geführt hatte: Venezuela (1999), Brasilien (2002), Argentinien (2003), Uruguay (2005), Bolivien (2005), Ecuador (2007) und Paraguay (2008). Diese Länder, denen sich Kuba und Nicaragua anschlossen, gründeten eine Reihe regionaler Organisationen: die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerika (Alba-TCP) im Jahr 2004, die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) 2008 und die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) 2011. Diese Plattformen sollten den regionalen Handel und die politische Integration stärken. Ihre Errungenschaften stießen auf eine zunehmende Aggression von Seiten Washingtons, das bestrebt war, den Prozeß zu untergraben, indem es versuchte, die Regierungen vieler Mitgliedsländer zu stürzen und die regionalen Blöcke zu spalten, um sie seinen Interessen anzupassen.

Brasilien

Aufgrund seiner Größe und seiner politischen Bedeutung war Brasilien ein Schlüsselakteur in diesen Organisationen. Im Jahr 2009 schloß sich Brasilien mit Rußland, Indien, China und Südafrika zum Staatenbund BRICS zusammen, einem neuen Bündnis mit dem Ziel, die Machtverhältnisse im globalen Handel und in der Weltpolitik neu zu ordnen.

Die Rolle Brasiliens gefiel dem Weißen Haus nicht, das – die Grobheit eines Militärputsches vermeidend – im Bündnis mit Teilen der brasilianischen Elite eine erfolgreiche Operation organisierte. Sie benutzten das brasilianische Parlament, die Justiz und die Medien und stürzten 2016 die Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff und führten 2018 die Verhaftung von Ex-Präsident Lula da Silva herbei (der zu diesem Zeitpunkt die Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen anführte). Beide wurden beschuldigt, Teil einer Korruptionskette zu sein, an der die staatliche brasilianische Ölgesellschaft beteiligt war. Die brasilianische Justiz führte eine Untersuchung durch, die als „Operation Lava Jato“ (Operation Waschanlage) bekannt wurde.

Die Beteiligung des US-Justizministeriums und des FBI an den Ermittlungen wurde durch einen massiven Leak der Telegram-Chats des leitenden Staatsanwalts der Operation aufgedeckt. Doch bevor die US-amerikanische Einmischung ans Tageslicht kam, brachte die politische Absetzung von Lula und Dilma die Rechte in Brasilien zurück an die Macht. Damit hörte Brasilien auf, eine führende Rolle bei regionalen oder globalen Projekten zu spielen, die die Macht der USA schwächen könnten. Das Land verließ UNASUR und CELAC, bleibt nur formal BRICS-Mitglied und schwächt die Perspektive strategischer Allianzen des Globalen Südens.

Kurswechsel

In den letzten Jahren hat Lateinamerika eine neue Welle fortschrittlicher Regierungen erlebt. Die Idee der regionalen Integration ist wieder auf dem Tisch. Nach vier Jahren ohne Gipfeltreffen traf die CELAC im September 2021 unter der Leitung der Präsidenten von Mexiko, Andrés Manuel López Obrador, und Argentinien, Alberto Fernández, wieder zusammen. Im Juni konnte der linke Präsidentschaftskandidat Gustavo Petro die Wahlen in Kolumbien gewinnen. Wenn Lula die Wiederwahl ins brasilianischen Präsidentenamt im Oktober 2022 schafft, würden die vier größten Volkswirtschaften Lateinamerikas (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien) zum ersten Mal seit Jahrzehnten von der linken Mitte regiert werden, insbesondere von Befürwortern der lateinamerikanischen und karibischen Integration. Lula hat erklärt, daß Brasilien im Falle seines Wahlsiegs in die CELAC zurückkehren und erneut eine aktive Position im BRICS-Bündnis einnehmen werde. Der Globale Süden könnte noch zum Ende dieses Jahres bereit sein, wiederaufzuerstehen und sich einen neuen Platz in der Weltordnung zu schaffen.

Ein Beleg dafür ist die fehlende Einmütigkeit bezüglich des Versuches der NATO, eine größere Koalition zu bilden, um Rußland zu sanktionieren. Dieses NATO-Projekt hat im gesamten Globalen Süden eine heftige Gegenreaktion hervorgerufen. Selbst Regierungen, die den Krieg verurteilen, wie Argentinien, Brasilien, Indien und Südafrika, sind mit der einseitigen Sanktionspolitik der NATO nicht einverstanden und ziehen es vor, Verhandlungen über eine friedliche Lösung zu unterstützen. Die Idee einer Wiederbelebung der Bewegung der Blockfreien, inspiriert von der Initiative, die 1955 auf der Konferenz von Bandung in Indonesien ins Leben gerufen wurde ist in vielen Kreisen aufgegriffen worden.

Ihre Absicht ist richtig. Sie zielen darauf ab, die weltweiten politischen Spannungen abzubauen, die eine Bedrohung für die Souveränität der Länder darstellen und in der Regel negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Der Geist der Nichtkonfrontation und des Friedens der Konferenz von Bandung ist heute dringend nötig.

Aber die Bewegung der Blockfreien Staaten entstand aus der Ablehnung der Länder der Dritten Welt, in der Polarisierung zwischen den USA und der UdSSR während des Kalten Krieges eine Seite zu wählen. Sie kämpften für ihre Souveränität und das Recht, Beziehungen zu den Ländern beider Systeme zu haben, ohne daß ihre Außenpolitik in Washington oder Moskau entschieden würde.

Dies ist nicht das aktuelle Szenario. Nur die Achse Washington-Brüssel und ihre Verbündeten fordern die Anpassung an ihre sogenannte regelbasierte internationale Ordnung. Diejenigen, die sich nicht anpassen, leiden unter den Sanktionen gegen Dutzende von Ländern (die ganze Volkswirtschaften verwüsten, wie die von Venezuela und Kuba), der illegalen Beschlagnahmung von Vermögenswerten in Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar (wie im Falle von Venezuela, Iran, Afghanistan und Rußland), den Invasionen und Einmischungen, die zu völkermörderischen Kriegen führen (wie im Irak, in Syrien, Libyen und Afghanistan), und der ausländischen Unterstützung für „Farbrevolutionen“ (von der Ukraine 2014 bis Brasilien 2016).

Die Forderung nach Anpassung kommt nur vom Westen, nicht von China oder Rußland. Die Menschheit ist mit großen Herausforderungen konfrontiert, wie der Ungleichheit, dem Hunger, der Klimakrise und der Gefahr neuer Pandemien. Um diese zu überwinden, müssen die regionalen Bündnisse des Globalen Südens in der Lage sein, eine neue Multipolarität in der Weltpolitik einzuführen. Aber die üblichen Verdächtigen haben möglicherweise andere Pläne für die Menschheit.

Marco Fernandes

Quelle: amerika21, 22.6.22

Kolumbien: Eine Regierung des Lebens und des Friedens

Am 7. August 2022 feierten Tausende Kolumbianerinnen und Kolumbianer auf der „Plaza de Bolivar“ in Bogota ihren neuen Präsidenten und ihre neue Vizepräsidentin. Unter stürmischen Ovationen legten Gustavo Petro und Francia Márquez vom „Historischen Pakt” den Amtseid ab. Sie hatten in der zweiten Runde am 19. Juni 2022 die Stimmen von über elf Millionen Wählerinnen und Wähler erhalten. Dem Linksbündnis war es gelungen, die sozialen Grundfragen, die alternativen Ideen und die Philosophie der Linken in die Berge und Ebenen, in die Barrios und Dörfer zu tragen. Ihre Landsleute besiegten die Lügen und die Angst.

Die Amtseinführung glich einem Festival. Die Bogotá Philharmonica spielte auf und Musiker aus dem ganzen Land gaben Konzerte. Drei Schmetterlinge in den Landesfarben rot, blau und gelb flogen als Symbole der Friedens, der Freiheit und des Wandels. Unter den Ehrengästen auf der Tribüne saßen der Fischer, die Jugendhelferin, die Straßenverkäuferin, die Fahrerin einer Straßenkehrmaschine, der Bauer und der Tischler. In Zukunft soll das einfache Volk mitregieren.

Spaniens König Felipe VI. war gekommen. Die Präsidenten des progressiven Blocks Gabriel Boric aus Chile, Alberto Fernández aus Argentinien, Luis Arce aus Bolivien und Xiomara Castro aus Honduras, aber auch aus dem konservativen Lager wie Mario Abdo aus Paraguay, Luis Abinader aus der Dominikanischen Republik, Rodrigo Chaves aus Costa Rica und Guillermo Lasso aus Ecuador nahmen teil. Anwesend waren der Präsident Panamas Laurentino Cortizo und die Vizepräsidentin Uruguays Beatriz Argimón. Der peruanische Kongress hatte die Reise des Präsidenten Pedro Castillo nicht genehmigt. Washington entsandte eine Delegation unter der Leitung von Samantha Power, Chefin des USAID.

Die scheidende konservative Regierung verweigerte die Übergabe des Degens des Nationalhelden Simón Bolívar, einer Insignie der Macht. Der neue Präsident befahl der Garde, ihn zu bringen. Er erklärte, dass er Kolumbien vereinen werde: „Wir müssen der Spaltung, mit der unser Volk konfrontiert ist, überwinden. Ich will keine zwei Länder… keine zwei Gesellschaften. Ich will ein starkes, faires und geeintes Kolumbien… Dies ist die Regierung des Lebens und des Friedens, so soll sie in Erinnerung bleiben.“

In seiner denkwürdigen Rede nannte er zehn Gebote: Einhaltung des Friedensabkommens und der Empfehlungen der Wahrheitskommission; Schutz der Alten, Kinder und Menschen mit Behinderungen; Einheits-Regierung und Einrichtung des Ministeriums für Gleichstellung; Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Sektoren; Verbindung zu den Regionen; Friedens- und Gewaltbekämpfungspolitik; Gewährleistung des Widerspruchsrechts ohne Verfolgung; Schutz der Luft und des Bodens; Produktion und Arbeit; Einhaltung der Verfassung.

Präsident Petro kündigte an, das 2016 in Havanna unterzeichnete Friedensabkommen wieder aufzunehmen und den Konflikt mit den Revolutionären Streitkräften (FARC-EP) beizulegen. Die Nationale Befreiungsarmee (ELN) signalisierte Bereitschaft, sich an den Friedensverhandlungen zu beteiligen.

Petro ging auf den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen ein und schlug eine neue internationale Konvention vor, die anerkennt, dass der Krieg gegen die Drogen gescheitert ist. „Er ermordete Millionen Lateinamerikaner. Jedes Jahr sterben 70.000 Nordamerikaner an Überdosen. Der Krieg gegen die Drogen hat die Mafia gestärkt und Staaten dazu gebracht, Verbrechen zu begehen.“

Der Präsident rief die Bürgerinnen und Bürger auf, am nationalen Entwicklungsplan 2022-2026 mitzuarbeiten. Er forderte alle sozialen Schichten des Landes auf, mit fairen Steuern dazu beizutragen, dass seine Regierung in Bildung, Gesundheit, Renten- und Ernährungsprogramme investieren kann.

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador lud Gustavo Petro ein, Mexiko zu besuchen. Aus dem benachbarten Venezuela gratulierte Präsident Nicolás Maduro. Ex-Präsident Iván Duque hatte ihn nicht zur Amtseinführung eingeladen. Deshalb trafen sich wenige Tage vor der Amtseinführung der Außenminister Venezuelas Carlos Faría und der designierte Außenminister Kolumbiens Alvaro Leyva in San Cristóbal und vereinbarten eine Agenda für die schrittweise Normalisierung der bi-nationalen Beziehungen.

Vor der Regierung des „Historischen Pakts” liegt die gewaltige Aufgabe, die Gewalt, die Ungleichheit, den Rassismus und die Ausgrenzung zu überwinden. Kolumbien hat eine Arbeitslosenquote von 11,3 Prozent; eine Armutsquote von 39 Prozent und ein „Koka-Meer“ von 245.000 Hektar. Am 26. Juni 2022 legte die „Wahrheitskommission“ ihren Abschlussbericht vor. Auf 5000 Seiten ist die Grausamkeit der letzten Dekaden erfasst. Insgesamt sind 300.000 Tote und Millionen Vertriebene des Krieges zu beklagen. Bemerkenswert war, dass der designierte Präsident Gustavo Petro und nicht der noch amtierende Präsident Iván Duque den Bericht entgegennahm. Das Institut für Entwicklung und Frieden (InDePaz) warnte vor irregulären bewaffneten Gruppen. In diesem Jahr wurden 110 soziale Anführer und 28 ehemalige Guerilleros ermordet. Seit 2016 mussten 333 Unterzeichner des Friedensabkommens ihr Leben lassen.

Die Bereitschaft zum Wandel ist groß. Am 20. Juli 2022 trat der neue Kongress zusammen. Präsident Gustavo Petro wird dort die Mehrheit haben, denn die U-Partei trat der Koalition des „Historischen Pakts“ bei. Am 25. Juli legten die fünf Abgeordneten der Partei Comunes, sie gehören dem „Historischen Pakt“ an, 28 Gesetzentwürfe vor. Am gleichen Tag teilte die Fraktion mit, dass sie dieses Paket innerhalb von fünf Tagen umsetzen werde, um der Regierung Petros gesetzliche Grundlagen zu geben, damit sie sofort mit der Arbeit beginnen kann.

Am 27. Juli kamen aus den Regionen des Landes 200 Persönlichkeiten sozialer Organisationen nach Bogota, um eine Agenda zur Entspannung und Beilegung der Konflikte vorzuschlagen. Am 6. August 2022 endete der Gipfel der indigenen Gemeinschaften, der in Silvia tagte. Die 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer riefen dazu auf, sich den Veränderungsplänen der neuen Regierung anschließen.

Der Sieg des „Historischen Pakts“ sowie die große Unterstützung der Bevölkerung für sein Programm haben die alten Eliten erschüttert. Die Massaker der letzten Wochen zeigen jedoch, dass sie nicht ins Koma gefallen sind. Der „Historische Pakt” wird die ständige Wachsamkeit verdoppeln müssen, um zu verhindern, dass die mächtige Rechte Kolumbiens ihm den Sieg raubt. Noch kontrolliert sie die Rohstoffe, die Justizorgane und die großen Medien. Ihre Sponsoren sitzen in Washington. Das Land trägt die Erblast der „Drogenregierungen“, die eine feste Allianz zwischen den Paramilitärs, den Drogendealern und den Sicherheitsapparaten schmiedeten. Kolumbien verwandelte sich in den letzten Jahren in ein USA-Protektorat mit neun gigantischen US-Militärbasen. Es ist NATO-Partner. Am 7. August tranken die US-Offiziere in ihren Casinos bestimmt nicht auf den Erfolg von Gustavo und Francia.

Am 7. August 1819 fand 150 km von Bogota entfernt die Schlacht von Boyacá statt. Die republikanische Armee besiegte die spanischen Truppen und besiegelte damit die Unabhängigkeit Kolumbiens von Spanien. 203 Jahre später zogen mit dem ehemaligen Guerillero Petro und der afrokolumbianischen Umweltaktivistin Márquez erstmals Linke in die „Casa de Nariño“, den Präsidentenpalast, ein. Vor ihnen steht die gewaltige Aufgabe, die zweite Unabhängigkeit zu erkämpfen. Unsere guten Wünsche begleiten sie und den „Historischen Pakt“ Kolumbiens.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

gestützt auf Informationen von teleSUR

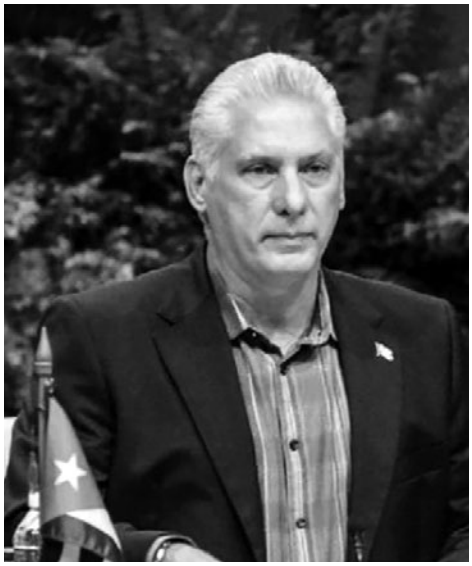
„Neue Vitalität des Marxismus“

Die KP Chinas lud zu einem virtuellen Weltforum marxistischer Parteien ein

Am 28. Juli veranstaltete die KP Chinas (KPCh) ein virtuelles Forum mit marxistischen Parteien aus aller Welt. Anlaß war die Vorbereitung des für die zweite Jahreshälfte geplanten 20. Parteitags der KPCh. Das Thema der Tagung lautete: „Anpassung des Marxismus an die nationalen Bedingungen und die Zeiten des 21. Jahrhunderts“. Mehr als 300 Vertreter von rund 100 Parteien aus etwa 70 Ländern folgten der Einladung, darunter auch die DKP.

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping sowie seine Amtskollegen aus Vietnam, Nguyen Phu Trong, und Kuba, Miguel Díaz-Canel, sowie der Vorsitzende des Zentralkomitees der KP der Russischen Föderation (KPRF), Gennadi Sjuganow, eröffneten das Treffen mit Grußansprachen. Xi erklärte dabei, der Marxismus zeige im 21. Jahrhundert eine neue Vitalität und rief alle marxistischen Parteien auf, ihre Theorie besser den nationalen Bedingungen anzupassen. Es vollzögen sich gegenwärtig weltweit tiefgreifende Veränderungen in rasantem Tempo wie seit einem Jahrhundert nicht mehr, die Menschheit stehe erneut an einem Scheideweg der Geschichte.

Phu Trong verwies darauf, daß der Marxismus-Leninismus und die Ho-Chi-Minh-Gedanken in den vergangenen 90 Jahren das ideologische Fundament und die Stütze der KP Vietnams gewesen seien. Er beglückwünschte die KPCh und China zu ihren bemerkenswerten Leistungen beim Aufbau des Sozialismus, einschließlich ihrer innovativen Anwendung des Marxismus-Leninismus. Díaz-Canel hob hervor, daß der Marxismus seit seiner Entstehung die Klassenkämpfe des entstehenden Proletariats jedes Landes und der internationalen Arbeiterklasse wissenschaftlich untermauert habe. Angesichts ständiger gesellschaftlicher Umwälzungen zeichne er sich durch die Fähigkeit aus, sich selbst weiterzuentwickeln, und die Perspektive auf das Thema der Revolution ohne jedes Dogma zu erweitern. In Kuba sei der Marxismus mit dem Besten der nationalen revolutionären Tradition, deren wichtigste Vertreter José Martí und Fidel Castro Ruz gewesen seien, verschmolzen. Wörtlich erklärte Díaz-Canel: „Wir sind



Kubas Staats- und Parteichef Miguel Díaz-Canel bei seiner Rede auf dem Forum

fest davon überzeugt, daß der Sozialismus der einzige Weg zu einer Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit ist – als schöpferische Überwindung des Kapitalismus, seiner unhaltbaren Irrationalität und der Werte, die ihn leiten.“ China sei dabei heute weltweit ein inspirierender politischer und wirtschaftlicher Bezugspunkt. Die Realität der heutigen Welt bestätige, „daß es für uns marxistische Parteien immer notwendiger und dringender wird, sich zu vereinigen, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, die vor uns liegen. Nur die Einheit in der Vielfalt wird uns den Sieg sichern.“

Auch Sjuganow verwies darauf, daß sich „die systemische Krise des Kapitalismus vertieft“. Die wachsende Aggressivität der Imperialisten bedrohe den gesamten Planeten. Daher sei es besonders wichtig, den Dialog marxistischer Parteien auszubauen und die Solidarität im Handeln zu stärken. Die Logik der Ereignisse beweise überzeugend, „daß das sozialistische China zu einer Lokomotive des Fortschritts und zu einem Leitstern für die gesamte Menschheit geworden ist. Die Erfahrung Chinas hat in der Tat universelle Bedeutung erlangt“. Sjuganow erklärte dann: „Vietnam, Kuba, die DVR Korea und Laos haben eine wichtige Rolle beim Sammeln von Erfahrungen mit dem sozialen Fortschritt gespielt. Belarus, Venezuela, Südafrika, Nicaragua und andere Länder erfüllen eine wichtige Aufgabe, indem sie die Grundsätze einer souveränen Entwicklung bekräftigen. Die strategische Partnerschaft zwischen Rußland und China vertieft sich. (...) Die Zusammenarbeit innerhalb der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) und der BRICS-Staaten ist effektiv. Dies ist von großer Bedeutung für die ganze Welt.“

Die tragische Erfahrung der UdSSR habe gezeigt, daß die Aufgabe der Führungsrolle durch die kommunistische Partei die Gesellschaft unweigerlich ins Chaos stürze und zur Restauration des Kapitalismus führe. In diesem Zusammenhang würdige die KPRF die Bemühungen der KPCh, „das System der Parteiführung auf allen Ebenen zu erhalten, zu stärken und zu verbessern“. Angesichts zunehmender Spannungen und militärischer Bedrohungen sehe „ein großer Teil des Planeten in dem Konzept der Schicksalsgemeinschaft der Menschheit eine einzigartige Chance für ein friedliches Leben und eine harmonische Entwicklung“. Die Verwirklichung dieses Ziels werde es ermöglichen, eine neue, gerechte Welt aufzubauen, die auf der Achtung der Souveränität aller Länder und auf der Achtung der Kulturen und Traditionen aller Völker beruhe.

Arnold Schölzel

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September!

Zum 96. Geburtstag
Prof. Dr. Erich Kundel (Eggersdorf/Petershagen) am 23. September

Zum 94. Geburtstag
Erika Vetter (Dresden) am 5. September

Zum 92. Geburtstag
Werner Renkwitz (Berlin) am 22. September

Zum 91. Geburtstag
Dr. Horst Kirchner (Halle) am 7. September
Frank Röhner (Petershagen/Eggersdorf) am 12. September

Zum 90. Geburtstag
Gisbert Graff (Berlin) am 5. September
Elfriede Jentzsch (Bad Schmiedeberg) am 23. September
Günter Freyer (Berlin) am 30. September

Zum 85. Geburtstag
Dietrich Holz (Dresden) am 5. September
Renate Paulsen (Berlin) am 10. September

Zum 80. Geburtstag
Bernd Hietschold (Gera) am 14. September
Ingo Brehmer (Berlin) am 18. September

Zum 75. Geburtstag
Christian Krug (Leipzig) am 23. September
Dagmar Reinsch (Berlin) am 28. September
Wolfgang Schneider (Crimmitschau) am 28. September

Zum 60. Geburtstag
Manfred Stolper (Münster) am 21. September

Unsere Gratulation gilt wie immer auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Die Friedensbewegung und der USA/NATO-Stellvertreterkrieg gegen Rußland in der Ukraine

Kurz nach dem von ihnen 2014 unterstützten Staatsstreich in Kiew hatten die NATO-Staaten für ihren gemeinsamen Kampf gegen die „russische Bedrohung“ eine Erhöhung der Aufrüstung auf 2 % ihres Bruttoinlandsprodukts beschlossen. Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte 100-Milliarden-Euro-Programm soll die Bundeswehr in den kommenden Jahren fit machen – natürlich gegen die „russische Bedrohung“.

Große Teile der Friedensbewegung haben nun ein Bündnis geschlossen gegen dieses Rüstungsprogramm mit dem Aufruf „NEIN zur Aufrüstung – JA zur zivilen, solidarischen Entwicklung!“ Dazu soll es Demonstrationen und andere Aktionen geben. Widerstand gegen derartige Rüstungsausgaben ist natürlich grundsätzlich für eine Friedensbewegung. In dem Bündnis-Aufruf heißt es, „das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre“ habe „die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke mit verursacht und eskaliert sie weiter.“

Hier ist sie also wieder: die Ideologie der Äquidistanz. Wird sie zur Grundlage des Kampfes gegen das Aufrüstungsprogramm gemacht?! Die Ideologie der Äquidistanz dient der Vermeidung einer klaren politischen Positionierung, die sehr unbequem werden kann, wenn sie den zulässigen engen Meinungskorridor verläßt. Sie ist nicht nur opportunistisch, sondern dient der Verschleierung von Interessen und Verantwortlichkeiten. Die Schuldigen sind „globales Wettrüsten“ und „große Machtblöcke“. Nur: Wer hat in den vergangenen Jahren Rüstungskontroll-Verträge einseitig gekündigt und Abrüstungsverhandlungen verweigert? Ist Rußland an die Grenzen der NATO gerückt? Wer hat eine friedliche Lösung in der Ukraine verhindert? Wer hat systematisch eine ernsthafte Diskussion, geschweige denn einen Vertrag über gegenseitige Sicherheitsgarantien verweigert? Wer hat Diplomatie durch Sanktionen ersetzt? Wer will wen „ruinieren“? Wer hat das Völkerrecht seit 30 Jahren mit Füßen getreten? Wer hat mit Regime-Change-Kriegen Millionen von Menschen getötet, verwundet, in die Flucht getrieben, verbrannte Erde hinterlassen? Wer will das Völkerrecht durch eine „regelbasierte Ordnung“ ersetzen zur Erhaltung der eigenen Hegemonie? Die Liste kann verlängert werden.

Wie will eine Friedensbewegung das Aufrüstungsprogramm bekämpfen, wenn sie nicht nur zu dessen politischer Begründung schweigt, sondern auch dazu, wer damit ins Visier genommen wird?

Da ist die NATO ehrlicher: Sie kündigt ganz offen an:

- Die Aufrüstung der Ukraine soll forciert und längerfristig angelegt werden.
- Die Anpassung der ukrainischen Streitkräfte an NATO-Standards soll die gemeinsame Kriegführung mit dem Westen ermöglichen.
- Die NATO-Ostflanke von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer soll hochgerüstet werden mit mehr Truppen, Waffen und Munition.

Mit dem neuen strategischen Konzept wird die NATO ihre Feindschaft und Konfrontation gegen Rußland festschreiben und zum ersten Mal auch den Kurs gegen China festlegen.

Es ist die Anti-Rußland-Politik, die zur Verschärfung der Konfrontation geführt hat. Die NATO will ihren Konfrontationskurs mit Rußland weiter forcieren und ausweiten – auch gegen China. Und die Friedensbewegung will dazu schweigen?

Wie stellt sich die Friedensbewegung eine „solidarische Kultivierung der Gesellschaft“ und „Völkerverständigung“ vor, wie es im Aufruf heißt, wenn sie den von Politikern und Medien systematisch betriebenen faschistoiden Rußland-Haß, der heute den gesamten öffentlichen Diskurs beherrscht und vergiftet, nicht einmal erwähnt?

Bei den geplanten Rüstungsausgaben handelt es sich um neue Schulden, die in den kommenden Jahren auch unter einer künftigen Regierung den Banken zurückgezahlt werden müssen. Für die Bevölkerung sind das abstrakte Kosten. Was sie allerdings bereits spürt, sind die steigenden Lebenshaltungskosten und Energiepreise auf Grund der politischen Prioritäten, die EU und Bundesregierung setzen, zuletzt insbesondere mit ihrer „Energiewende“ und durch die Auswirkungen der Corona-Regierungsmaßnahmen.

Und nun schlägt der Sanktionswahnsinn gegen Rußland in voller Wucht zurück auf die Lebenshaltungskosten und Energiepreise hierzulande. Die unverantwortliche Politik der Ampelregierung, die „Rußland ruinieren“ soll, führt zur wirtschaftlichen Katastrophe, die die Mehrheit der Bevölkerung spüren wird. Warum wird das nicht erwähnt?

In der Friedensbewegung gibt es genug gut informierte Aktive, die die Strategie der USA kennen, die darauf ausgerichtet ist, eine Kooperation Westeuropas – insbesondere Deutschlands – mit Rußland zu verhindern und vor allem Konfrontation zwischen den beiden aufrechtzuerhalten, um beide zu schwächen. Für den US-Präsidenten ist das offenbar wie ein spannender Wettkampf, den er im Fernsehen beobachtet: „Ich denke, daß es in einem bestimmten Stadium zum Teil ein Abwarten geben wird – was die Russen aushalten können und was Europa bereit ist auszuhalten.“

Wenn der deutsche Vize-Kanzler Habeck stolz ankündigt, Deutschland wolle eine „dienende Führungsrolle“ für die USA spielen, denen es im Kampf gegen Rußland und China nur um die Sicherung des eigenen Machterhalts über den Rest der Welt geht, dann wäre die Forderung nach einer von den USA unabhängigen Politik geboten!

Die Verantwortung für die gegenwärtige Situation liegt allein bei den USA und ihrem Gefolge in der NATO, der EU und der Bundesregierung, die alles getan haben, die sich zuspitzende Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes noch weiter anzufeuern. Rußland wird diesen Krieg gegen die USA und deren „Diener“ gewinnen. Wie lange das gesamte gleichgeschaltete Lügenkonstrukt im NATO-Westen über Rußland, seine Absichten und sein Vorgehen aufrechterhalten werden kann, wird sich zeigen. Natürlich werden sie alles daransetzen, wirkliche Aufklärung zu verhindern. Schließlich sind ihre wichtigsten Instrumente, wie Friedhelm Klinkhammer/Volker Bräutigam es formulierten: „Unterschlagen wesentlicher Informationen, Verschleiern problematischer Fakten, verzerrte Darstellung von Sachzusammenhängen, irreführende Ausdrucksweise per Sprachregelung, Verzicht auf Gegenrecherche, Ignorieren missliebiger Aussagen.“

Politik ist immer interessengeleitet. Wenn es um Krieg und Frieden geht, muß gerade in der Friedenbewegung die Frage gestellt und beantwortet werden: Wer vertritt und verfolgt in der internationalen Auseinandersetzung welche Interessen? Auf der Grundlage der Ideologie der Äquidistanz ist dies nicht möglich. Auch wenn es Bündnisse schwieriger macht, Friedensbewegung darf nicht verschleiern, sondern muß hinterfragen und aufklären.

Der Kampf der Friedensbewegung wird nicht so bequem weitergehen, wie in den letzten Jahren. Der selbstverschuldete wirtschaftliche Niedergang der westlichen Länder ist unausbleiblich und kann zu großen Unruhen führen. Die staatliche Repression wird auch in Deutschland erheblich zunehmen. Internationale Auseinandersetzungen werden sich weiter zuspitzen, insbesondere auch durch US-Provokationen gegen China.

Die unipolare Weltordnung mit den USA an der Spitze ist im Niedergang. Mit ihren Vasallen versuchen sie mit allen Mitteln, den zu verhindern. Das zeigt auch der Druck, den sie auf alle Staaten ausüben, die sich der Sanktionspolitik und Feindschaft gegen Rußland nicht anschließen.

Nicht Rußland ist isoliert, das sich gemeinsam mit China für die Entstehung einer multipolaren Weltordnung einsetzt, sondern die USA, NATO und EU sind es. Immer mehr Länder mit der Mehrheit der Weltbevölkerung wollen die westliche Arroganz, Bevormundung und Aggression nicht länger hinnehmen und wenden sich Rußland und China zu. Die „westliche Wertegemeinschaft“ hat sich mit ihrer Doppelmoral vor der Welt endgültig entblößt. Sie kann den Niedergang der US-Hegemonie, die auf Verbrechen gegen die Menschheit beruht, hinauszögern, aber das Entstehen einer multipolaren, demokratischen Weltordnung nicht verhindern. Dafür muß das Völkerrecht erst weltweit und für alle zur Geltung gebracht werden. Es geht um den Kampf: US-Hegemonie versus multipolare Weltordnung. Auch die Friedensbewegung wird sich früher oder später für eine konsequente Positionierung entscheiden müssen.

Doris Pumphrey
Friko Berlin

Das große Spiel

Rußland in der globalen geostrategischen Abwehr. Die andere Sicht auf den Krieg. Auch eine Adresse an Die Linke

Zunächst und vor allem: Jeder Krieg, ein Befreiungs-, ein Verteidigungs- und auch ein Aggressionskrieg, bedeutet Tod, grausamste Verrohung, Verwüstung, unermeßliches Leid für alle Beteiligten.
Jedem Krieg stehen die Friedensliebe und die Friedenssehnsucht der allermeisten Menschen gegenüber, und beides braucht es dringend, wenn die Waffen sprechen und wieder schweigen sollen. Doch beides reicht nicht. Lenin gab uns auf, das Geheimnis aufzuhellen, in dem der Krieg geboren wird. Nur so werden die Ziele der kriegführenden Seiten klar und können Verantwortlichkeiten und Verantwortliche benannt werden. Dies wiederum ist dringend nötig, um Wiederholungen der kriegerischen Gewalt so machtvoll wie möglich entgegentreten zu können.

Man muß in die ganze Tiefe und Komplexität eines jeden Krieges eindringen. Kein Arzt könnte den Kranken helfen und die nächsten vor Krankheit bewahren, ließe er sich von Schmerzen und Leid, das er sieht, überwältigen. Viel zu oft aber werden wir von den zutiefst menschlichen Emotionen, so verständlich sie sind, zu vorschnellen Bewertungen geführt, werden wir an einer rationalen Beurteilung gehindert. Wer dieses Notwendige dann fordert, sei gefühllos, findet sich rasch in der Ecke des Bellizisten und des „Rechtfertigers".

Die Kernthese derjenigen, die völlig einseitig an den Ukraine-Rußland-Krieg herangehen, lautet: „Nichts und niemand kann diese Aggression Putins rechtfertigen." Das ist so ziemlich Originalton Olaf Scholz, des führenden Politikers eines der maßgebenden NATO-Länder, und damit NATO-Originalton. Die Schärfe der Formulierung stellt all jene sofort in das stigmatisierende Abseits, die das Gesamtumfeld des Konflikts analysieren und auch öffentlich betrachtet sehen wollen. Sicher: Ab und an wird auch auf den einen oder anderen Aspekt im Umfeld des Konflikts hingewiesen, aber für viele geht dies unter. Ihnen erscheint es so, als ob Ursachen und Folgen miteinander vermischt, wenn nicht sogar vertauscht werden. Den Höhepunkt hat diese Herangehensweise mit der Äußerung von Gregor Gysi, die NATO habe im Ukraine-Rußland-Konflikt nichts falsch gemacht sowie mit dem Applaus des Thüringer LINKEN-Ministerpräsidenten Ramelow bei der Ankündigung des 100-Milliarden-Hochrüstungsprogramms für die Bundeswehr, erreicht.

Für die Analyse jeden Krieges sind zuallererst die Ziele der kriegführenden Seiten zu untersuchen. Ganz im Sinne von Clausewitz – man muß „den politischen Zweck desselben unsererseits und von Seiten des Feindes bedenken …" Für den Kalten Krieg ist alles offensichtlich: Die genau zu diesem Zweck 1949 gegründete NATO verfolgte die Niederringung des realen Sozialismus, zumindest in Europa. Wenn möglich auf nichtmilitärischem Wege, wenn nötig und möglich auch mit Krieg. Der Gegner, mit der UdSSR an der Spitze, wollte genau dies verhindern mit der Perspektive, daß sich alle Länder der Welt aus ihrem Inneren heraus in Richtung der sowjetisch dominierten gesellschaftlichen Alternative entwickeln würden. Die NATO hat einen allumfassenden Sieg auf breiter Front errungen und mit diesem Ergebnis den Kalten Krieg entschieden. Nichts anderes als das wird heute als das eigentliche ursprüngliche Ziel der NATO, das vordem

Das Buch mit dem Fahrplan des Westens zur Erringung der Vorherrschaft

hinter der Legende von der Bedrohung aus dem Osten, der mit einer als „Abschreckung" camouflierten Hochrüstung begegnet werden müsse, stolz als Jahrhundertverdienst verkündet. Für manche geriet der Nordatlantikblock nun in eine Sinnkrise. Für die bestimmenden imperialistischen Kreise aber ganz und gar nicht. Für sie ging (und geht) es jetzt darum, niemals wieder eine andere Weltmacht zuzulassen. Und: sich die Welt gänzlich Untertan zu machen, und zwar und gerade mit all den natürlichen und menschlichen Ressourcen, ohne die der auf Dauer auf Expansion angewiesene und deshalb zwangsläufig räuberische und gewalttätige Kapitalismus niemals auskommt, sondern kollabieren müßte. Ohne in Ansätzen etwas gleichsetzen zu wollen: Der vom deutschen Faschismus ausgelöste Völkermord war auch das Ergebnis davon, das er ohne den unvergleichlichen Raubzug gegen die Opfer seiner Aggressionen wirtschaftlich hätte zusammenbrechen müssen. Über die heutige, sich weiter vertiefende systemische ökonomische Krise kann die kritische Politökonomie detaillierte Auskunft geben.

Der Fahrplan „des Westens" ist für jede/n nachlesbar. 1997 erschien von Zbigniew Brzeziński mit „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives" eines seiner wichtigsten Werke. Im selben Jahr auch auf deutsch als „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft". Das Vorwort dazu schrieb der langjährige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Ein solcher Mann gibt seinen Namen nur für etwas her, das globalstrategische Bedeutung für Jahrzehnte besitzt. 2012 führte Brzeziński seine Gedanken mit „Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power" weiter. Die Grundlinien beider Bücher bestimmen den strategischen Ansatz und den prinzipiellen Kurs der USA gegenüber Rußland.

Im alles überragenden Ziel müßten die USA nach Brzeziński stringent die Linie verfolgen, in aller Perspektive die einzige Weltmacht zu bleiben, und zwar unangefochten. Wie vorzugehen ist, dazu greift Brzeziński die Formel des britischen geopolitischen Theoretikers Halford John Mackinder auf: „Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland. Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel. Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt." Der Weg zur Weltherrschaft ist damit unmißverständlich klargestellt: Zuerst Osteuropa, dann Europa bis zum Ural, dann ganz Eurasien und dann die ganze Welt. Und für diejenigen, welche die zentrale Rolle der Ukraine dabei nicht begreifen wollen, fügt er auf S. 128 sogar noch eine Karte bei.

Für die neuen NATO-Versteher heißt das aber alles nichts, obwohl schon hunderte Male auf das Buch von Brzeziński warnend hingewiesen wurde. Unter der Überschrift „Schnee von gestern" nivellieren sie das mit Bemerkungen wie „Ja, das hat es auch gegeben, schon lange her; Brzeziński ist schon lange tot, und das hat alles heute keine Bedeutung mehr."

Doch: Brzeziński war von 1977 bis 1980 der Sicherheitsberater von USA-Präsident Carter und damit der faktisch zweite Mann in der Washingtoner Administration. Aber noch viel mehr: Er war über Jahrzehnte der außenpolitische Vordenker der USA mit einem überhaupt nicht zu überschätzenden Einfluß auf die „große Strategie" der NATO-Vormacht, der bis heute und noch lange nachwirkt.

Wer seine für Washington nach wie vor wegweisenden Thesen kleinredet, begeht denselben tödlichen Fehler wie Teile der sowjetischen Führung vor dem 22. Juni 1941. Oder er sucht krampfhaft danach, seine einmal aufgestellten falschen Behauptungen zum NATO-Ukraine-Rußland-Krieg noch irgendwie aufrechtzuerhalten. Obwohl bis heute alles genau nach dem Fahrplan von Brzeziński abläuft. Auch in Moskau kann man lesen. Wie kann man davor so leichtfertig die Augen verschließen!? Die Beschwichtiger ignorieren genauso die streng geheime und bis heute vom NATO-Archiv nur höchst ungern herausgegebene knapp 90-seitige sogenannte Ost-West-Studie, die der NATO-Ministerrat im Mai 1978 annahm. Berechnet auf 15 Jahre stellte sie nichts anderes dar, als den Schlachtplan zum Sieg über den realsozialistischen Gegner. Schon vor ihrer Verabschiedung lag sie der Verwaltung Aufklärung des MfS vor, und diese insistierte auf das Dringendste darauf, daß die politischen Führungen im „Ostblock"

daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen sollten. Das unterblieb in sträflicher Ignoranz; die Folgen sind bekannt.

Die Zielrichtung der NATO nach dem Kalten Krieg war (und ist) also klar: Koste es was es wolle, Rußland als Großmacht für immer auszuschalten und umfassenden Zugriff auf dessen Ressourcen zu bekommen.

Und Rußland? Präsident Putin entwarf dazu im September 2001 vor dem Bundestag faktisch ein umfassendes Friedensprogramm für ein Gesamt-Sicherheitssystem von Lissabon bis Wladiwostok. Allerdings auch mit dem Zusatz: Die desaströsen Jelzin-Jahre sind vorbei, und Rußland beansprucht seinen gerechten Platz in der Weltarena. Stehende Ovationen im Bundestag. Da war die erste Erweiterungsrunde des Nordatlantikblocks in Richtung Osten allerdings bereits gelaufen. Entgegen allen Zusicherungen des Westens, auf solche Osterweiterungen zu verzichten. Ein Bruch von Treu und Glauben sondergleichen, mögen seine Protagonisten diese Zusicherungen bestreiten, solange sie wollen. Vier weitere sollten folgen, und eine fünfte steht mit Finnland und Schweden an: Das Programm Rußlands wurde mit Konfrontation und NATO-Hochrüstung, mit der gänzlichen Mißachtung russischer Sicherheitsinteressen beantwortet.

Dies ist kein Vorgang unter der Überschrift: „Ja, ja, das hat es auch gegeben, aber das ist doch nicht so wichtig …“ Überragend ist, und darin in Kombination mit dem völkerrechtswidrigen Überfall der NATO auf Jugoslawien 1999 mit seinen bis zu 200 000 Toten, besteht die tatsächliche Zeitenwende, von der Kanzler Scholz am 27. Februar 2022 sprach: Es wurde für Rußland eine völlig neue, existenzgefährdende Bedrohungssituation geschaffen. Und dies unter Einbeziehung von Regimes, die sich extrem russophob gebärden wie in den baltischen Staaten und in Polen. Dort knüpft man unverhohlen an den Kurs der nicht nur sowjet-, sondern auch rußlandfeindlichen, halbfaschistischen (mit einer gewissen Ausnahme bei Estland) Regimes der Zwischenkriegszeit an, was auch auf Finnland zutrifft.

> Einschub 1: Ein Militärbündnis kann die Aufnahme von Mitgliedern ablehnen, wenn es im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa und der Welt geboten ist. Das war es. Doch man wollte, im gänzlichen Widerspruch dazu, das weitere militärische Heranrücken an die Grenzen des gemeinsamen Hauptfeindes, man wollte die weitere Verschiebung des Kräfteverhältnisses, um Rußland zu erdrücken, man wollte auch die unverhüllte Provokation.
>
> Einschub 2: Es heißt, die Bevölkerung der Neumitglieder habe die NATO-Aufnahme gewollt. Das stimmt. Doch bei Wahlen in Deutschland stimmen auch 95 Prozent der Menschen für die imperialistischen Kriegsparteien und nur 5 Prozent für Die Linke, obwohl das die (noch) beste aller Alternativen ist.

Im Februar 2007 sah sich Putin in München noch einmal nachdrücklich gezwungen, davor zu warnen, auf Kosten Rußlands und der meisten anderen Staaten der Erde eine unipolare Weltordnung des Westens unter Führung der USA zu errichten. Man sei „heute an einem Grenzpunkt angelangt, an dem wir ernsthaft über die gesamte Architektur der globalen Sicherheit nachdenken sollten.“ Da war die zweite Runde der absprachewidrigen Osterweiterung des Nordatlantikblocks bereits gelaufen; die dritte stand bevor.

> Einschub 3: Heute hört man allenthalben, man habe sich in Putin getäuscht, sei von ihm getäuscht worden, außerdem sei er nicht mehr derselbe wie in den „Nullerjahren“. Das erinnert in augenfälliger Weise an den Umgang mit der „Stalinnote“ vom März 1952 für ein neutrales Gesamtdeutschland nach dem Vorbild der Weimarer Republik bzw. dann Österreichs ab 1955. Um die eigene rigorose Ablehnung des damaligen sowjetischen Vorschlags zu rechtfertigen, weil man lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb und Westdeutschland zudem als einen hochgerüsteten Rammbock gegen den Osten wollte, statt auf die sowjetische Initiative konstruktiv zu reagieren, statt die Probe aufs Exempel zu machen, erfand man das Konstrukt, Stalin habe es mit seinem Vorstoß gar nicht ernst gemeint. Und heute, um zu verdecken, daß einem die ganze russische Richtung nicht paßt(e), statt Putin 2001 und 2007 beim Wort zu nehmen, muß eben die Mär von der Täuschung herhalten. Auf DER LINKEN Seite macht man mit.

Es ist wie im Sport: Wird der Aufschlag falsch gemacht – in der Politik häufig aus fehlender Analysefähigkeit oder/und Opportunismus – gerät man in eine negative Kausalkette, aus der es ohne Bruch kein Entrinnen gibt. Die einmal eingeschlagene „Logik“ führt gewöhnlich immer tiefer in den Sumpf. Und dieser grundfalsche Aufschlag war, die Rückkehr der Krim nach Rußland als „Annexion“ zu brandmarken und bis jetzt stur daran festzuhalten.

Seit Katharina II. 1783 und dem Vertrag von Iași 1792 ist die Halbinsel „von nun an und für alle Zeiten“ als russisch deklariert. Auf Initiative von Parteichef Chruschtschow (selbst Ukrainer) pro forma 1954 in die Ukrainische Sowjetrepublik eingegliedert, spaltete sie sich 2014 von der Ukraine ab, nicht zuletzt auch, um die Krim dem Zugriff der nationalistischen Kiewer Putschisten zu entziehen. Das alles bestätigt mit einem Votum von 96,77 Prozent durch eine Volksabstimmung. Auch wenn – was lange nicht bewiesen ist – dieses Ergebnis geschönt worden sein sollte: An einer überwältigenden Zustimmung zugunsten Rußlands kann es nicht den geringsten Zweifel geben. Hinzu kommt: Eine Annexion beruht auf militärischer Gewalt. Eine solche hat es auf der Krim nie gegeben. Die viel zitierten „grünen Männchen“ waren vor allem russische Marinesoldaten, die aufgrund eines zwischenstaatlichen Vertrages mit der Ukraine vom Mai 1997 auf der von den russischen Seestreitkräften genutzten Marinebasis Sewastopol, völkerrechtlich völlig unangreifbar, auf der Krim stationiert waren. Sie haben keine Waffengewalt angewendet. Dies allein schon verbietet es, von einer Annexion zu reden.

Hinzu kommt ein wesentliches Faktum: Alle Staaten, erst recht Großmächte, lassen es unbeschadet von Rechtslagen nicht zu, daß ihre tatsächlichen oder vermeintlichen unmittelbaren Sicherheitsinteressen massiv bedroht werden. Kuba hätte längst die Legitimation, den USA-Stützpunkt Guantánamo wieder in Besitz zu nehmen, weil Pachtverträge in aller Regel nur 99 Jahre gelten (was 2002 der Fall war) und vor allem, weil solche Verträge laut Artikel 60 der Wiener Konvention über das Vertragsrecht bei schwerwiegenden Verstößen gegen seine Bestimmungen nichtig sind, was das spätestens durch das gegen jedes Recht verstoßende Gefangenenlager gegeben ist. Gibraltar ist britische Kolonie, und Kolonien sind nach internationalem Recht aufzulösen, Gibraltar ist also an Spanien zurückzugeben. Nichts dergleichen geschieht. Ähnlich bei den Falklandinseln (Islas Malvinas). Die versuchte Rückführung nach Argentinien, zu dem die Islas Malvinas völkerrechtlich gehören, beantwortete die Kolonialmacht Großbritannien 1982 mit einer militärischen Invasion und mit dem Sieg im Falklandkrieg.
Das gravierendste Beispiel jedoch war, daß die Stationierung von Nuklearraketen der UdSSR auf Kuba 1962 den USA das Risiko eines alles vernichtenden Kernwaffenkrieges wert war. Diese Stationierung war völkerrechtlich nicht zu kritisieren, erst recht nicht, weil damit die Vorrüstung der NATO mit nuklearen Mittelstreckenraketen in Großbritannien, Italien und der Türkei 1957 ausgeglichen werden sollte. Formal völkerrechtswidrig war hingegen die Seeblockade der USA in der Kubakrise.

Sewastopol auf der Krim war immer der wichtigste russische Seekriegshafen am Schwarzen Meer. Er beherbergt die Hauptkräfte einer der fünf operativ-strategischen Gruppierungen der russischen Seekriegsflotte. Sein Verlust stand auf der Tagesordnung, als in Kiew 2013/14 mit dem Maidan-Putsch die extrem nationalistischen Kräfte die Oberhand gewannen und die Verwandlung Sewastopols in einen riesigen Marinestützpunkt der NATO drohte. Dies hätte bedeutet, daß, nachdem Bulgarien und Rumänien mit ihren Seestreitkräften und Marinebasen bereits an den Nordatlantikblock verloren gegangen waren, das Schwarze Meer zum mare nostrum der NATO geworden wäre. Das konnte die Groß- und Seemacht Rußland, auch im Sinne des Weltfriedens, unter keinen Umständen zulassen. Sie sah sich in einer ähnlichen existenzbedrohenden Zwangssituation wie die USA 1962.

Nach dem Maidan-Putsch 2013/14, dessen blutigen Ausgang sich die Nationalisten in Kiew (wohl aus verständlichen Gründen) weigern, vollständig aufzuklären, gegen einen

In der Nähe von Mariupol, 5. Juli 2014: Angehörige des faschistischen Asow-Regiments verhören im Rahmen der „antiterroristischen Operation“ Dorfbewohner

auch nach OSZE-Einschätzung demokratisch gewählten Präsidenten, spalteten sich die Gebiete Donezk und Lugansk vom ukrainischen Staatsverband ab. Deren russischsprachige Bevölkerung sah sich vor allem in ihren Rechten auf Autonomie und den Gebrauch ihrer Muttersprache massiv behindert. Im Jahre 2014 gründeten sich daraufhin im Donbass zwei so genannte Volksrepubliken. Von Anfang an reagierte die nationalistische Führung in Kiew mit militärischer Gewalt. Es ist mit allem Nachdruck festzuhalten: Damit, und dies hat erstrangige Bedeutung für die Beurteilung der Ereignisse in der Ukraine – und nicht erst mit dem 24. Februar 2022 – begann der Krieg gegen ethnische Russen, der bis heute anhält.

Um den Konflikt zu beenden, wurden 2014/15 ein Protokoll bzw. dann ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, genannt Minsk I und II, geschlossen. Danach sollten die Gewalt beendet und die Rechte der Menschen im Donbass vor allem in Richtung Autonomie und russische Sprache gewährleistet werden. Ergebnis: Mit Rückendeckung des Westens sabotierten die Nationalisten in Kiew die Vereinbarungen und führten ihren brutalen Krieg weiter. Er kostete bisher etwa 15000 Tote und über 30000 Verletzte.

Wie bei jedem Krieg müssen die Absichten beider Seiten untersucht werden. Ist es tatsächlich die Absicht der russischen Führung, das russische Imperium oder die Sowjetunion wiederherzustellen? Oder ist es das Ziel Moskaus, nicht zuzulassen, daß der aggressive (siehe die Kolonialkriege der NATO-Hauptmächte, Korea, Vietnam, Grenada, Jugoslawien, die Feldzüge in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen) Nordatlantikblock mit der Ukraine den entscheidenden Staat in sein System einbezieht, mit dem letztlich Rußland zerschlagen, mindestens jedoch ein Regimewechsel zugunsten von Marionetten nach dem Vorbild Jelzins erreicht werden kann?

Letzteres ist ganz ohne Zweifel der Fall. Die ukrainischen Nationalisten mit Unterstützung der von ihnen gezüchteten Faschisten wollen den Beitritt zum Nordatlantikblock (und auch zur Europäischen Union), das Ziel wurde von ihnen 2019 sogar in den Verfassungsrang erhoben. Es habe gar nicht auf der Tagesordnung gestanden, behaupten heute einstimmig die NATO und die neuen NATO-Versteher bis hin zu DEN LINKEN.

Eine Schutzbehauptung sondergleichen: Im Nordatlantikblock gibt es eine Regelung, wonach Neumitglieder nicht aufgenommen werden dürfen, die sich in militärischen Konflikten befinden. Die Angst vor der Selbstvernichtung in einem Nuklearkrieg ist viel zu mächtig. Und die ukrainischen Machthaber führen, auch mit faschistischen Bataillonen, seit 2014 einen barbarischen Krieg im Donbass.

Statt dessen wird der Spieß umgedreht: Rußland sei eine imperialistische Macht und betreibe eine aggressiv-militaristische imperialistische Machtpolitik, aktuell in der Ukraine. Abgesehen davon, daß die neuen NATO-Versteher gerade krank waren, als die Leninsche Imperialismustheorie auf dem Lehrplan stand: Ihre Vorwürfe gehen an ein Land, das vor gut einem Dritteljahrhundert ein Weltreich verloren hat. Und das jetzt nur noch bestrebt ist, das Schlimmste, nämlich den Verlust der eigenen selbstbestimmten Existenz, zu verhindern. Und die neuen NATO-Versteher verlieren kein Wort, von wo der eigentliche Imperialismus mit Krieg und Gewalt ausgeht – von der imperialistisch-militaristischen NATO; die ungezählten blutigen Beispiele müssen nicht nochmals aufgezählt werden.

Ja, aber Rußland sei doch ein Land des Kapitalismus, und der trage den Krieg in sich wie die Wolken den Regen. Geschenkt, daß die neuen NATO-Versteher diese Richtigkeit nicht auf die Mitglieder des Nordatlantikblocks anwenden: Sie ignorieren die fundamentale Erkenntnis der marxistischen Friedensforschung aus den 80er Jahren, daß auch kapitalistische Staaten legitime Sicherheitsinteressen haben können. Und genau die hat Rußland, und genau die werden vom Westen seit über 30 Jahren ebenso skrupellos wie existenzbedrohend verletzt.

Nein, die neuen NATO-Versteher verfahren nach dem Grundsatz: „Russischer Imperialismus – das ist doch klar, das ist einfach so! Außerdem weiß das doch wirklich Jede/r, und es stand ja auch in der Zeitung“.

Genauso gehen die neuen NATO-Versteher an den Charakter des Krieges in der Ukraine heran. Es hagelt nur so von Verbalinjurien wie „Überfall“ und „Angriffskrieg“. Dazu noch versehen mit den Adjektiven wie „brutal“ und „völkerrechtswidrig“.

„Überfall“ und „Angriffskrieg“ sind keine völkerrechtlichen Kategorien, allen- und bestenfalls Beschreibungen, tatsächlich lediglich Propaganda.

Was aber existiert, ist die Definition von „Aggression“. Sie findet sich in der – damals von den sozialistischen Ländern initiierten – UNO-Resolution 3314 vom 14. Dezember 1974. Nichts von ihr trifft auf die militärischen Maßnahmen Rußlands und seiner Verbündeten der beiden Volksrepubliken zu. Jedenfalls wenn man der nachfolgenden völlig logischen Argumentation folgt und sich nicht die NATO-Verdrehungen zu eigen macht. Ganz im Unterschied zur NATO-Aggression gegen Jugoslawien 1999.
Warum?
2014 also gründeten sich die beiden „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk. Separationen sind zwar völkerrechtlich umstritten, bei Diskriminierungen von Volksgruppen wie bei den Russen in den genannten Gebieten aber nicht zu beanstanden. Es darf keine unterschiedlichen Maßstäbe geben, wenn es z.B. um Nordirland, Schottland oder Katalonien einerseits und die „Volksrepubliken“ andererseits geht. Diese Republiken waren also Völkerrechtssubjekte geworden. Und sie konnten mithin anerkannt werden. Genau dies tat Rußland am 21. Februar 2022. Völlig im Einklang mit dem Völkerrecht. Das Ergebnis von Seiten des Westens war nicht nur ein Sturm der Entrüstung, sondern eine Verschärfung des schon seit Jahren befeuerten ökonomischen Feldzuges gegen Rußland mit einem nun ersten komplexen Sanktionspaket. Fünf weitere sollten folgen. Bundesaußenministerin Baerbock verkündete, Rußland und besonders seine Wirtschaft sollen ruiniert werden – wir haben es tatsächlich mit einem bisher nie gekannten, fast totalen WirtschaftsKRIEG zu tun (einem solchen hatten die Westmächte nicht einmal Hitlerdeutschland ausgesetzt).

Die Entrüstung kam genau von jenen, die die Abspaltung des Kosovo von Jugoslawien begrüßten. Obwohl hier die Sachlage völkerrechtlich ganz anders war: Der Vertrag von Rambouillet vom Februar 1999 sah eine weitgehende Selbstverwaltung des Kosovo, aber bei Verbleib im jugoslawischen Staatsverband vor. Erst später sollte endgültig über den Status des Kosovo entschieden werden. Durch die NATO-Aggression 1999 kam es dazu nicht. Die dann völkerrechtswidrige Abspaltung des Kosovo von Jugoslawien unter Bruch eines

international gültigen Vertrages wurde also vom Westen nicht nur akzeptiert – sie wurde von ihm befördert, und der Kosovo wurde ökonomisch und militärisch hochgepäppelt. Mehr noch: Als Basis für die NATO-Beherrschung Südosteuropas hergerichtet. Und das war das eigentliche Ziel des Nordatlantikblocks in dieser Region. Der Zweck heiligte für ihn die Mittel.

Wenn aber Völkerrechtssubjekte wie die „Volksrepubliken" Donezk und Lugansk existieren, dann besitzen sie auch unbestritten das Recht, Verträge mit anderen Staaten abzuschließen. Genau das taten sie mit dem Partner Rußland mit den bilateralen Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigem Beistand vom 21. Februar 2022. Nunmehr konnte Rußland auf völkerrechtlich einwandfreier Grundlage nach dem Grundsatz des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UNO-Charta die beiden „Volksrepubliken" bei der Abwehr des seit 2014 von der Ukraine geführten Krieges auch militärisch unterstützen. Das ist die entscheidende Grundlage dafür, daß eine Völkerrechtswidrigkeit des Krieges Rußlands und der militärischen Verbände der „Volksrepubliken" in der Ukraine nicht behauptet werden kann, so oft es die Propagandamaschinerie des Nordatlantikblocks und seiner neuen Versteher auch wiederholen mag.

Zweifellos deckt dies aber noch nicht alles ab. Im Donbass hatte die ukrainische Führung vor dem Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 die Masse ihrer kampfkräftigsten Streitkräfte konzentriert, bis dahin schon modern hochgerüstet durch den Westen. Moskau und die „Volksrepubliken" befürchteten – nachvollziehbar, vor allem weil Kiew seine Rückeroberungsabsichten immer aufs Neue wiederholt hatte und bestätigt durch die heute lauthals verkündeten Kriegsziele der vollständigen „Befreiung" der ganzen Ukraine mit Donbass und Krim – einen unmittelbar bevorstehenden massiven Überfall. Die Zukunft wird erweisen, ob tatsächlich die auch von Präsident Putin am 9. Mai 2022 behaupteten Planungen Kiews für einen solchen massiven Militärschlag gegen den Donbass und die Krim Ende Februar/Anfang März 2002 nachweisbar werden. Nachweisbar waren aber schon vor Kriegsbeginn der energische Ausbau der militärischen Infrastruktur in der Ukraine, umfangreiche Lieferungen modernster militärischer Ausrüstung des Westens an Kiew und die Arbeit westlicher Hunderter Militärberater und Ausbilder im Land. Zudem hatte der ukrainische Präsident Selenski in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar 2022 die Erwägung vorgestellt, sein Land könne sich mit Nuklearwaffen aufrüsten.

Dies aber alles vor Augen und dazu auch noch der über kurz oder lang drohende NATO-Beitritt der Ukraine mit einem riesigen Militäraufmarsch des Nordatlantikblocks vor der russischen Haustür: Für Moskau drohte eine Neuauflage des 22. Juni 1941.

Mit allem Nachdruck sei gesagt: Niemand sollte auch nur in Ansätzen das mit diesem Datum des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion verbundene Trauma unterschätzen. Denn am Ende standen für die UdSSR 27 Millionen Kriegstote, Millionen von Kriegsversehrten und ein kriegszerstörtes Land. Im Gegenteil: Nie mehr zuzulassen, daß sich ein 22. Juni 1941 wiederholt, ist die Nummer 1 der russischen Staatsdoktrin. Die faschistische Wehrmacht wäre nie bis kurz vor Moskau vorgedrungen, das Land hätte Millionen von Opfern weniger betrauern müssen, hätte die UdSSR nicht noch bis Stunden vor dem Überfall dem Aggressor Getreide und vieles Andere geliefert, sondern hätte die Rote Armee mit ihren grenznahen Artillerie- und Fliegergruppierungen die Aufmarschräume

Ab 15. Februar 2022 verzeichneten die OSZE-Beobachter im Donbass massiv verstärkte Angriffe der ukrainischen Armee

der Wehrmacht massiv angegriffen. So wie sie es im Juli 1943 in der Schlacht im Kursker Bogen getan hat, die dann die Wende im Großen Vaterländischen Krieg vollendete. Allerdings hätten wir uns heute mit der Präventivkriegslüge herumzuschlagen. Etwa so, wie die neuen NATO-Versteher teils gedankenlos, teils mit voller Absicht von einer brutalen russischen Aggression in der Ukraine daherkommen. Nicht immer ist der, der (vermeintlich, denn der Krieg in der Ukraine lief seit 2014) den ersten Schuß abgibt, der Aggressor. Diese Erkenntnis der Militärgeschichte ist auch durch die neuen NATO-Versteher erlernbar.

Für die Frage, wie man zum Krieg Rußlands in der Ukraine steht, hängt in der Konsequenz von der Reaktion auf folgende Fragen ab, die jede/r für sich beantworten muß:

1. Hat die Führung in der Ukraine mit tatkräftiger Schützenhilfe der NATO die völkerrechtlich verbindlichen Abkommen (Resolution der UNO 2202 von 2015) Minsk l und Minsk II von 2014 und 2015 nicht umgesetzt, sondern bewußt hintertrieben und damit eine entscheidende Quelle für den Konflikt gelegt, ja oder nein?
2. Gab es unmittelbare Kriegsvorbereitungen der Ukraine gegen die Gebiete Lugansk und Donezk mit einer von der NATO hochgerüsteten 200 000-Mann-Armee mit voraussichtlichem Beginn des Überfalls im Februar/März 2022, ja oder nein?
3. Stellte die OSZE-Überwachung ab 12. Februar 2022 eine erhebliche Zunahme der Angriffe des ukrainischen Militärs im Donbass fest, ja oder nein?
4. Erkennt man darauf, daß es die strategische Absicht der NATO und insbesondere der USA gibt, Rußland als Großmacht auszuschalten, niederzuringen, zu unterwerfen und sich der Reichtümer dieses großen Landes zu bemächtigen, ja oder nein? Und zwar solange es noch Zeit ist und nicht erst vielleicht in zehn Jahren, wenn das Land möglicherweise wirtschaftlich auf die Füße gekommen ist, ja oder nein?
5. Erkennt man darauf, daß der Ukraine, deren NATO-Beitritt so oder so, kurzfristig oder mittelfristig, auf der Tagesordnung stand, bei all dem eine Schlüsselrolle zukommt, ja oder nein?
6. Erkennt man darauf, daß Moskau offenbar der Auffassung ist, daß mit der NATO-Aufnahme der Ukraine Rußland ein neuer 22. Juni 1941 droht, ja oder nein?
7. Erkennt man darauf, daß die Nr. 1 der russischen Staatsdoktrin, einen solchen 22. Juni 1941 niemals mehr zuzulassen, durch den aggressiven Kurs von NATO und EU direkt und massiv bedroht ist, ja oder nein?

Entscheidend für die NATO, die Kiewer Führung den Krieg im eigenen Land so lange wie möglich führen zu lassen, sind aber noch andere Faktoren: Für Rußland geht es in diesem Krieg um seine nationale Sicherheit, für die NATO um die maximale Schwächung des Landes. Mit aller Kraft versucht der Nordatlantikblock außerdem, eine weitere Annäherung zwischen Rußland und China zu hintertreiben, damit

a. kein sino-russischer Block als überhaupt einzig denkbares Gegengewicht zum Weltmachtanspruch des Westens entsteht;
b. das Projekt Pekings der „neuen Seidenstraße" durch die machtpolitische Ausschaltung Rußlands möglichst ins Leere läuft.

Insoweit erleben wir in der Tat eine „Zeitenwende": Es ist der letztmögliche Versuch der „alten Welt" unter Führung der sich ökonomisch und gesellschaftlich im Niedergang befindlichen USA, doch noch den Aufstieg der Dominanz anstrebenden Weltmacht China mit seinem kollektivistischen Gesellschaftsmodell (zunächst) für die eurasische Landmasse zu verhindern. Dazu braucht Peking Rußland – ökonomisch, militärisch und politisch (nicht zuletzt als Vetomacht im Sicherheitsrat der UNO). Westeuropa hatte zwischen diesen Polen eine Wahl zu treffen: Mit den USA die „alte Welt" vielleicht noch zu retten oder sich für einen Ausgleich mit dem chinesisch-russisch geprägten Eurasien zu entscheiden. Die Entscheidung ist für die „alte Welt" und den Krieg gefallen.

Dr. Lothar Schröter

Doz. Dr.sc.phil. Lothar Schröter war bis 1990 Abteilungsleiter Militärgeschichte der NATO und der BRD am Militärgeschichtlichen Institut der DDR, Potsdam.

Lieber Genosse Kai,

unter Kommunisten kursiert, von Dir sicher nicht unbeabsichtigt, Deine Begründung, weshalb Du als Künstler das diesjährige UZ-Pressefest nicht unterstützen kannst.

Zunächst: Ich kenne keine Kommunisten, die sich diesen Krieg schönreden. Ich kenne überhaupt auch keine schönen Kriege. Auch nationale Befreiungskriege sind keine schönen Kriege. Ich kenne aber auch keine Zeit, in der es sich Kommunisten oder andere aussuchen konnten, ob sie Krieg „wollten" oder nicht. Dieser Krieg ist jetzt da und wir müssen versuchen, seinen Charakter zu deuten und uns dazu positionieren. Zu meiner Person: Ich bin 1972 mit 17 Jahren in die DKP eingetreten. 1990 beteiligte ich mich an einer spontanen Initiative zur Gründung der PDS auch in Westdeutschland, wurde dann aber nie Mitglied der PDS/Die Linke, sondern kehrte 2005 wieder in die DKP zurück. Kommunist war ich „immer". Seit Ende 2017 lebe ich in Portugal und bin Mitglied der PCP.

Deine Deutung halte ich mit Verlaub für eine Fehldeutung. Das wäre nicht so schlimm, wenn es nicht aktuell massenhaft dazu beitrüge, daß zusammenkommt, was nicht zusammengehört. Auch die fortschrittlicheren Kräfte in den imperialistischen Hauptländern hatten sich im Laufe der Jahrzehnte im Schatten all der letztlich ohne die USA und ihre Freunde nicht denkbaren Kriege ganz nett eingerichtet. „Wir" hatten gelegentlich unsere Solidarität bekundet – oder auch nicht.

Und seit der Gegenrevolution (ich nenne das so, weil mir der soziale Inhalt wichtig ist, nicht weil ich meine, daß Kommunisten an der Entwicklung nicht auch bedeutenden Anteil hatten) beschränkte sich auch ein großer Teil der einst kritischeren Öffentlichkeit in Deutschland zum Beispiel auf Flüchtlingshilfe, mit der man sich feiern konnte, anstatt das eigene Versagen im Kampf gegen Interventionskriege als Verantwortung und auch als politische Schuld zu erkennen und zu überwinden. Wir haben jetzt nicht nur weiterhin mit dieser Selbstgerechtigkeit zu tun, die auch keine eigene Verantwortung für die Ausdehnung der NATO seit 1997 und deren Folgen einräumt, sondern auch mit einem Pazifismus, der im Grunde nachträglich allen gegen Imperialismus kämpfenden Völkern das Recht abspricht, sich zu wehren. „Wer sich die Solidarität aus den imperialistischen Metropolen verdienen will, der muß sich gefälligst vorher brav überfallen lassen." Das ist es, lieber Genosse Kai, was Du im Grunde sagst, wenn auch Du vom russischen Angriffskrieg sprichst. Aber es gibt und gab immer schon einen Unterschied zwischen Pazifismus (solange man nicht selbst den Kopf hinhalten muß) und Antimilitarismus und Antiimperialismus.

Ich fand in den vergangenen Jahren nicht alle Einschätzungen der DKP vollkommen richtig, aber in dieser Frage jetzt erweist die DKP sich als geradezu weise. Diese grundsätzliche Haltung hat in meinen Augen nichts zu tun mit der Tatsache eines kapitalistischen Rußlands und eines konservativen Putin. Es ist schade, vielleicht sogar dramatisch, wenn der eigentliche Charakter dieses Kriegs auch von bekennenden Marxisten nicht gesehen wird.

Es ist, glaube ich, kein Zufall, daß viele Kommunisten und auch Nichtkommunisten außerhalb Europas und Nordamerikas schon instinktiv leichter begreifen, was und wer sich da aus welchem Grund gegenübersteht. Nur mal so: Man muß weder ein Freund Assads in Syrien noch etwa des iranischen Regimes sein, um zu erkennen, daß sie zugleich Opfer des Imperiums sind. Deswegen sind wir solidarisch mit diesen Völkern und ihren progressiven Kräften, nicht mit dem Imperialismus. Es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, das im Falle Rußlands jetzt anders zu sehen.

Wenn Du meinst, Dich wie große Teile der Linkspartei jetzt in moralischen Verurteilungen (Aggression, Angriffskrieg usw.) üben zu müssen, führt das auch nicht zu klarerer Sicht und klarerem Handeln als bei denen. Dein Ausblenden von Ursachen ist unverständlich. Eine jedwede russische Führung, ob kapitalistisch oder nicht, hätte handeln müssen. Den Krieg seit 2014 und das Vorrücken der NATO mußte Rußland als akute Bedrohung wahrnehmen. Mehr noch: Wenn wir wirklich begriffen haben, was die NATO war und auch immer noch ist, dann müßten zumindest wir diese Gefahr ebenfalls gesehen haben, die sich vor unseren Augen zusammenbraute. Die NATO ist kein Papiertiger. Hinzu kommt, daß man sich seit Beginn der 90er Jahre in der Ukraine des Ultranationalismus und Faschismus als Instruments der NATO bediente wie zuvor schon des islamistischen Terrors anderswo. Stimmt das oder stimmt das nicht? Ich habe Dir die ganz aktuelle Aussage des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Poroschenko in einem Interview mit BILD kopiert: „Wir haben die Welt seit Beginn des Krieges vor acht Jahren überrascht – und das mehrmals. Wir sind ein Land mit wenig Geld, mit einer schwachen inneren Struktur. Aber gleich nach meiner Wahl im Jahr 2014 wurden in der ersten Woche viele Städte befreit – Mariupol, Sewerodonezk, Lisitschansk, Kramatorsk – und ich bin sehr stolz darauf, daß es uns auch gelungen ist, zwei Drittel des Donbass von der russischen Besatzung zu befreien.

Ich bin mir sicher, daß wir das auch im Jahr 2022 schaffen werden. Was brauchen wir dafür? Drei Dinge: zum einen Waffen, zum anderen Waffen – und nochmals Waffen. Wir sind dankbar für die Haubitzen, die uns Deutschland zur Verfügung gestellt hat, aber das wird das Blatt nicht wenden. Was würde das Blatt wenden? Nun, 500 Panzer, darunter deutsche Leoparden. 700 bis 800 Artilleriesysteme, darunter Panzerhaubitzen. Hundert Kampfflugzeuge, 400 Flugabwehrraketensysteme und das war's! Die Zukunft der Welt wird ganz anders aussehen." (Quelle: https://m.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/ex-ukraine-praesident-poroschenko-brauchen-500-panzer-und-100-kampfflugzeuge)

Anders als Du und viele andere denken, sagt dieser für die Sabotage von Minsk II verantwortliche Politiker unmißverständlich, daß dieser Krieg eben nicht wirklich am 24.2.22 anfing, sondern 2014. Es ist für ihn e i n und derselbe Krieg. Für mich auch.

Und noch einmal zum Nachdenken füge ich den Artikel „Hinter den roten Linien liegt der Ruin ..." aus der Washington Post vom letzten Dezember bei: https://www.washingtonpost.com/outlook/2021/12/23/ukraine-taiwan-red-lines/

Ich finde, daß dieser aufschlußreiche Artikel deutlich macht, daß die NATO die volle politische und auch moralische Verantwortung für die jetzige Entwicklung trägt. Es ist eben in seiner Entwicklung betrachtet kein russischer Angriffskrieg. Seit dem 24.2. sind viele Dinge geschehen, die uns das Verständnis dessen, was passiert, ermöglichen. Ich hoffe, daß Genossen wie Du noch richtig hinsehen und ihre eigene Position überdenken.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
aus Portugal

Martin Leo

„Arbeit, Brot und Völkerfrieden – das ist unsere Welt"

7. Oktober 2022, 10 bis 12 Uhr

„Alternative Einheitsfeier 2022"

Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Ort: Münzenbergsaal Berlin,
Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude)
Preis: 5 € je Karte

Es sprechen:

Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV e.V.
Prof. Dr. Anton Latzo: Zum Wesen aktueller Konflikte
Prof. Dr. Christa Luft: Die angekündigte „Zeitenwende" der Ampelkoalition ist ohne sozialen Kompaß

Es wirken mit:

Jane Zahn, Moderatorin, Liedermacherin, Kabarettistin
Erich Schaffner, Sänger, Schauspieler
Am Klavier **Bastian Hahn**

Die Veranstaltung wird unterstützt von der „jungen Welt".

junge Welt

Geschichtlich gerechtes Urteil

In seinen „Erinnerungen" schildert Egon Krenz Knotenpunkte der DDR-Geschichte und die Rolle die Sowjetunion dabei.

Egon Krenz gehört einer Generation an, die – zwischen 1930 und etwa 1940 geboren – ab den 60er Jahren, spätestens ab den 70ern, die Entwicklung der DDR in allen Bereichen maßgeblich prägte. Sie war für das Soldatsein im Zweiten Weltkrieg oder gar antifaschistischen Widerstand zu jung, lernte aber noch die Schrecken von Bombennächten, Zerstörung und Flucht kennen. Diese Kinder sahen Todesmärsche von KZ-Häftlingen, waren „Kriegskinder". Das „Nie wieder!" prägte sie, soweit ihre Familien in der SBZ und der DDR blieben.

Als sie in den 60er und 70er Jahren in die zweite oder die erste Reihe von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der DDR traten, schien der sozialistische deutsche Staat gefestigt, erlebte er seine wirtschaftlich und politisch erfolgreichsten Jahre und geriet doch überraschend schnell in Krisen, die er nicht überstand. Das war nicht vorgezeichnet – außer für jene, die Geschichte ausschließlich vom Ende her betrachten. Für sie war die DDR ein einziger Fehler von Anfang an. Krenz setzt mit seinen „Erinnerungen", denen er den Titel „Aufbruch und Aufstieg" gegeben hat, solcher Banalisierung Kenntnisse, die zum Teil überraschend sind, entgegen.

Der erste Teil seines Buches ist weitgehend autobiographisch gehalten, im Vordergrund stehen der eigene Bildungsweg einschließlich Konfirmation, Kirchenaustritt und SED-Eintritt 1953 und frühes Engagement in Pionierorganisation und FDJ. Zu erfahren ist, daß während eines Besuchs des Zehnjährigen und seiner Mutter bei seiner Halbschwester Maria in Westerland auf Sylt erwogen wurde, dort zu bleiben. Nach sechs Wochen entschloß sich aber die Mutter, „wohl mehr aus emotionalen, denn rationalen Gründen" zur Rückkehr. Ihre Begründung: „Bei euch regieren ja immer noch die Nazis." Eine höhere Schule oder gar Studium war für den Sohn einer verwitweten Landarbeiterin nur in der DDR denkbar.

Der größte Teil des Buches folgt Knotenpunkten der politischen DDR-Geschichte. Krenz erlebte sie ab 1962 als Sekretär des Zentralrats der FDJ, nach dem Studium in Moskau von 1963 bis 1967 als Chef der Pionierorganisation und der FDJ, dann als ZK- und ab 1983 als Politbüro-Mitglied. Es geht um den 17. Juni 1953, die Reformen Walter Ulbrichts, den Übergang zu Honecker und dessen Politik bis in die 80er Jahre. Ein roter Faden ist die Rolle von KPdSU und Sowjetunion bei all dem. Hier sei als Beispiel die Inszenierung erwähnt, die der KGB 1970 vor dem Hotel in Erfurt, in dem Willy Brandt beim Treffen mit Willi Stoph wohnte, aufzog. Damals erschienen dort einige hundert „Willy, Willy"-Rufer, weil, wie Krenz später erfuhr, „die ‚Freunde aus Karlshorst' den Zwischenfall gewollt hatten". Die Botschaft habe gelautet: „Die Zeit ist nicht reif für ‚gesamtdeutsche Dusseleien'".

Solche Details, von denen das Buch voll ist, illustrieren die grundsätzliche Frage: Wie souverän war die DDR? Vieles dazu erfuhr Krenz sehr spät. Erst 1988 zeigte ihm z. B. Erich Honecker ein nur in zwei Exemplaren existierendes Schreiben der Moskauer Führung aus dem Juni 1953, in dem der SED schwere Fehler vorgeworfen wurden. Krenz: „Kein Wort hingegen dazu, daß es verbindliche Weisungen Stalins und der Besatzungsorgane gegeben hatte, die die DDR ausgeführt hatte." Das Dokument habe, so Honecker 1988, den sogenannten Neuen Kurs eingeleitet, wörtlich habe der SED-Generalsekretär gesagt: „Wenn Berija und seine Leute den 17. Juni nicht provoziert hätten, wäre es nie zum Einsatz sowjetischer Panzer gekommen. Er hat die SED-Führung bewußt irritiert. Der angerichtete Schaden begleitet uns bis heute."

Krenz kommentiert an dieser Stelle: „Mein Vertrauen zur Sowjetunion wurzelte trotz der Moskauer Kabalen in ihren weltpolitischen Leistungen und ihren politischen Zielen." Er habe später oft gehört, die DDR sei „Moskaus Satellit", „verlängerter Arm des Kreml", „Stalins Kolonie" und „Moskaus Beute" gewesen. Das habe ihn nicht aus der Bahn geworfen: „Die Sowjetunion war für mich trotz mancher Irritation nicht nur die Lebensgarantie der DDR. Sie war vor allem das Land der Oktoberrevolution, die die Welt veränderte und mein Weltbild bestimmte. Und sie leistete den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des deutschen Faschismus."

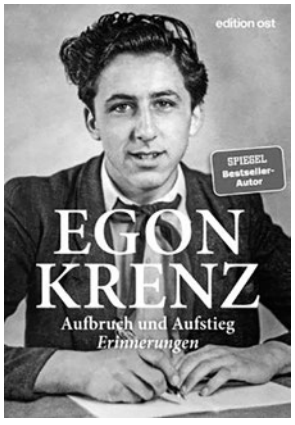
Im Frühjahr 1989, so Krenz, übergab Honecker allerdings den Mitgliedern des SED-Politbüros aus seinem Panzerschrank ein ganzes Bündel streng geheimer Dokumente. Warum zu diesem Zeitpunkt? Krenz vermutet, Honecker habe mit Blick auf Gorbatschow sagen wollen: „Verlaßt euch nicht auf ihn. Er wird, wie einst Berija, die DDR fallen lassen." Krenz schreibt, er habe 1989 „dem Mißtrauen meines Chefs nicht folgen" mögen und hält auch heute fest: „Ich widerspreche jenen, die nachträglich behaupten, die Geschichte der Beziehungen der UdSSR und der DDR sei eine Geschichte von Täuschung und Betrug gewesen." Denn: „Nicht Moskau zwang uns, Schulden aufzunehmen, Schönfärberei zu dulden, uninteressante Zeitungen zu machen, die Bevölkerung schlecht zu informieren. Das alles waren hausgemachte Probleme." Grundlegende Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik seien zwar „objektiv ohne sowjetisches Einverständnis nicht denkbar" gewesen – ähnlich wie im Westen das nicht ohne die USA möglich war, aber: „Wir waren souverän und waren es wiederum auch nicht."

Diese Dialektik führt zu – wenn man so will – „letzten" Fragen, die Krenz ebenfalls aufwirft: Wo wurden die Weichen falsch gestellt? Krenz betont auch hier die Widersprüchlichkeit. Das Sozialprogramm des VIII. Parteitages der SED 1971 sei z. B. Honeckers Grundüberzeugung entsprungen, „daß nur der Sozialismus der Menschheit ‚Arbeit, Brot und Völkerfrieden' bringen werde". Zugleich hätten aber anstelle von Analysen und Beachtung ökonomischer Gesetze „zunehmend Wunschvorstellungen des Politbüros die praktische Politik bestimmt". Er schreibt von „unrealistischen Parteibeschlüssen" und „strategischen Fehlern" wie jenem, auf Betreiben Breshnews die halbstaatlichen und privaten Betriebe in volkseigene umzuwandeln. Dem hatte Ulbricht „immer entschieden widersprochen". Krenz weist ausführlich auch hier auf ein Doppelspiel Moskaus hin. Sein Resümee lautet, Ulbrichts „Drang nach größerer Eigenständigkeit für die DDR" habe in der Zeit der beginnenden Entspannung für die Sowjetunion viele Risiken enthalten, für Moskau sei Honecker berechenbarer erschienen – als ein Politiker, der die Pause im Kalten Krieg entschlossen nutzen wollte.

Krenz wendet sich dagegen, die Ära Ulbricht zu idealisieren und die Honeckers pauschal schlecht zu reden. Beide seien „Kinder ihrer Zeit" gewesen. Von der Lauterkeit Honeckers sei er überzeugt bis zu dem Zeitpunkt, als dieser entgegen den Warnungen von Weggefährten begann, an Dogmen festzuhalten: „Deshalb bin ich für ein geschichtlich gerechtes Urteil über das Leben, das Wirken und das Scheitern Erich Honeckers. Er scheiterte, wie wir alle, die Verantwortung trugen, an der objektiv gewachsenen Unfähigkeit des sozialistischen Weltsystems, mit der Produktivkraftentwicklung des Westens mitzuhalten". Honecker sei aber auch „an seiner Uneinsichtigkeit gegenüber notwendigen Reformen" gescheitert. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre sei die Freundschaft mit ihm zu Ende gegangen. Krenz kündigt an, darüber später zu berichten.

Das Buch wirft so zum Teil neue Schlaglichter auf die DDR und zugleich tiefere Fragen auf: Was heißt es, wenn im Sozialismus eine unrealistische Strategie dominant wird? Etwas, was im Imperialismus die Regel bleibt. Krenz' „Erinnerungen" zeigen, daß die Antwort nicht allein durch den Verweis auf äußere oder innere Bedingungen gegeben werden kann. Es geht dabei stets um die Analyse der konkreten Klassenkampfsituation und um das Sozialismuskonzept. Vor allem die Auseinandersetzung mit Ulbricht und mit Honecker liefert für zukünftige Antworten viel Material. Das macht dieses Buch sehr nützlich.

Arnold Schölzel



Egon Krenz: Aufbruch und Aufstieg. Erinnerungen. Edition Ost, Berlin 2022, 288 Seiten, 24 Euro

Wider die NATO – Das ist der mögliche und notwendige gemeinsame Nenner

Erklärung des Bundeskoordinierungsrates der KPF nach der 1. Tagung des 8. Parteitages

Vom 24. bis 26. Juni 2022 fand in Erfurt die 1. Tagung des 8. Parteitages der LINKEN statt. (...)

Ein Teil der Genossinnen und Genossen meint, dieser Parteitag sei vor allem ein Erfolg derer, die die friedenspolitischen Grundsätze der Partei immer weiter in Frage stellen wollen, um sie in letzter Konsequenz völlig abschaffen zu können. Dies sei gelungen, was sich explizit an der Annahme des Leitantrages L03 „Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität“ gezeigt habe, in welchem, so schreibt auch DPA, eine klare Abgrenzung gegen Rußland erfolge. Dieser Beschluß impliziere daher die Negation des den Ukraine-Krieg betreffenden geopolitischen und historischen Kontextes. Somit suggeriere er, Rußland sei der Alleinschuldige an diesem Krieg, was einer dezidierten NATO-Verharmlosung gleichkäme. (...) Durch die Redebeiträge einer – nach Einschätzung der alten Parteiführung – russischen und einer ukrainischen Linken, sei die Stimmung unter den Delegierten massiv tendenziös beeinflußt worden. Die Partei sei nicht mehr zu retten. Der neugewählte Parteivorstand stünde nicht für einen Neuanfang. (...)

Auch auf der am 29. Juni 2022 stattgefundenen Berliner KPF-Aktivberatung (...) vertraten mehrere Diskussionsredner Positionen, die in diese Richtung gingen – meist von verständlicher Enttäuschung über diese den Parteitag weitgehend bestimmenden Tendenzen getragen. (...)

Auf der Berliner KPF-Aktivberatung überwog letztlich die Position derer, für die auch der Erfurter Parteitag noch Anknüpfungspunkte bietet, den Kampf in der LINKEN gegenwärtig nicht aufzugeben.

Aus dem Referat auf der KPF-Bundeskonferenz am 2. April 2022

(...)

„Manche Protagonisten der LINKEN riskieren die Existenz der Partei, um sie regierungsfähig zu machen – auf dem Weg der NATO-Verharmlosung. Deshalb sei noch einmal deutlich gesagt: Wie auch immer wer den völkerrechtswidrigen Krieg Rußlands in der Ukraine sieht – wir als Kommunistinnen und Kommunisten werden uns niemals an der massenhaft betriebenen Manipulation beteiligen, diesen Krieg aus seinem historischen und geopolitischen Kontext zu lösen und somit Rußland die Alleinschuld an der aktuellen Lage zu geben. Denn: Wer Rußland die Alleinschuld zuweist, legitimiert die NATO und macht – unbewußt oder bewußt – alles vergessen, was dieses Aggressionsbündnis, vor allem die USA, an unerhörten Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg begangen hat. (...) Die NATO-Verharmlosung beziehungsweise Pro-NATO-Positionierung stellt einen Frontalangriff auf unser Parteiprogramm dar, einen Frontalangriff auf unsere Partei. (...)

Wir (die KPF) sagen seit der Vorbereitung des Münsteraner Parteitags – also seit 22 Jahren: Wenn die friedenspolitischen Grundsätze der Partei entsorgt werden, ist das für uns das Ende der Fahnenstange. Und möglicherweise wird auf dem Juni-Parteitag ein entscheidender Schritt auf dem Weg der Entsorgung dieser Grundsätze getan. Das ist die eine Seite des Widerspruchs.

Die andere Seite: Wir sollen gehen. Die wollen es: Die Höhns, die Gallerts, die Lederers, die Hennig-Wellsows, die Hoffs, die Ramelows, die Breitenbachs, die Lays und genügend andere. Dieses Widerspruchsverhältnis bedeutet: Aus der gegenwärtigen Lage gibt es für uns keine nur richtige oder nur falsche Entscheidung. (...) Vielleicht können wir bleiben. Vielleicht auch nicht. (...) Wir müssen wissen: Wir befinden uns in einer sehr schwierigen Situation. Was wir auch tun werden; es wird Gründe genug geben, unser Verhalten zu hinterfragen. Umso gründlicher und mutiger müssen wir abwägen, was wir tun. (...)

Daß in Erfurt der Frontalangriff auf unser Parteiprogramm, der einem Frontalangriff auf unsere Partei gleichgekommen wäre, noch nicht stattfand, hatte auch damit zu tun, daß die KPF zu jenen gehörte, die die Absichten (der Führung) seit Jahr und Tag auch unmittelbar vor dem Parteitag wieder und wieder entlarven. Wir sind uns dessen bewußt, daß unter der Überschrift „Programmatische Weiterentwicklung“ in Vorbereitung der Bundestagswahlen 2025 durch die Regierungssozialisten alles getan werden wird, um die friedenspolitischen Grundsätze unserer Partei zu schleifen. (...)

(Wir berufen uns) zum einen darauf, daß der Frontalangriff auf das Parteiprogramm zunächst ausblieb. Das zeigte sich in verbalen Bekenntnissen von Protagonisten der Linken zum Parteiprogramm. Das zeigte sich in nicht wenigen Diskussionsbeiträgen. Das zeigte sich auch in den Vorverhandlungen zu den friedenspolitischen Leitantrag 03 betreffenden Änderungsanträgen. Von den im Wesentlichen immer gleichen zwei Gruppierungen von Antragstellern, die den Leitantrag 03 noch weiter in Richtung NATO-Verharmlosung treiben wollten, wurden die meisten Änderungsanträge im Rahmen dieser Vorverhandlungen übernommen oder einvernehmlich teilübernommen. Durch den alten Parteivorstand wurden aber auch einige wenige Änderungsanträge im Vorfeld abgelehnt, die offen gegen das geltende Programm verstießen, so das Einräumen der Möglichkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und des Waffenexportes. Offenkundig war man der Auffassung, daß die offene Revision des Parteiprogramms der Partei noch nicht zuzumuten ist. Die Antragsteller erhielten diese Anträge aufrecht und bekamen dafür auf dem Parteitag keine Mehrheit.

Ein wichtiges Ergebnis des Parteitages war die Nichtwahl von Wulf Gallert als stellvertretender Parteivorsitzender. Die Bedeutung dieser Nichtwahl ist vergleichbar mit der Nichtwahl von Matthias Höhn auf der 1. Tagung des 7. Parteitag im Februar 2021. Es war und ist ein Signal, daß NATO-Verharmlosung oder gar -Freundlichkeit in der Linken weiterhin nicht mehrheitsfähig ist.

Nicht zu unterschätzen ist, daß der Parteitag erzwang – trotz sehr kritikwürdigen Agierens des Arbeitspräsidiums in diesem Punkt und einer manipulativen Gegenrede –, daß der Dringlichkeitsantrag D2 zur Unterstützung der bundesweiten Friedensdemonstration am 2. Juli 2022 überhaupt auf dem Parteitag behandelt und dann auch beschlossen wurde. (...)

Ein Lichtblick auf dem Parteitag war das koordinierte und solidarische Zusammenwirken von sich im linken Flügel der Partei verortenden Genossinnen und Genossen verschiedener Couleur. Nach der Nichtwahl von Sören Pellmann zogen allerdings fast alle von der SL präferierten Genossinnen und Genossen ihre Kandidaturen für den Stellvertretenden Parteivorsitz sowie den Parteivorstand zurück. Die der KPF angehörenden Delegierten waren auf Bitten der SL darauf eingestellt, die SL-Kandidaturen zu unterstützen. Wir wurden von der Rücknahme der Kandidaturen überrascht. Sonst hätten wir darum gebeten, dieses Vorgehen noch einmal zu überdenken. Wir werden auch nach dem Parteitag alles tun, damit Zusammenschlüsse sowie Genossinnen und Genossen, die zumindest punktuell seit langem zusammenarbeiten, ihr gemeinsames Wirken weiter vertiefen. (...)

Der Parteitag war alles andere als ein Erfolg der Anti-NATO-Kräfte in der LINKEN; aber er war auch nicht der von den NATO-Verharmlosern angestrebte Richtungswechsel. Es wäre eine positive Übertreibung, zu behaupten, die Situation sei offen. Aber der Parteitagsverlauf berechtigt auch nicht zu der Aussage, das Ende der Fahnenstange sei nun erreicht. Noch sind die friedenspolitischen Grundsätze unserer Partei nicht entsorgt. Noch kann und muß gekämpft werden – gerade in Anbetracht des den Weltfrieden zunehmend gefährdenden, äußerst aggressiven neuen strategischen NATO-Konzepts.

Und auf dem Parteitag wurde gekämpft, durch zahlreiche Genossinnen und Genossen, darunter auch wir. Vor Erfurt waren sich viele in der KPF einig: Gibt es auf dem Parteitag spürbaren Widerstand gegen die NATO-Verharmlosungspolitik, so lohnt es sich, in der LINKEN weiterzukämpfen. Gibt es einen Richtungswechsel ohne nennenswerte Gegenwehr, so lohnt es wohl kaum.

„... da sagte ihm der Arme bleich: Wär‘ ich nicht arm, wärst du nicht reich!“ (I)

Über Armut wird derzeit viel geredet, insbesondere über „drohende“ Armut: Es heißt, in der BRD sind inzwischen 40 Prozent der Haushalte arm, mindestens 20 Prozent der Kinder. Dann sind es wieder knapp 16 Prozent der Bevölkerung. Die Zahlen widersprechen sich, vermutlich, um das wirkliche Ausmaß von Armut und Existenznot zu verschleiern. Solche Zahlen werden immer geschönt. Ich bin überzeugt, daß wegen der Inflation und der explodierenden Energiepreise eine Armutskatastrophe begonnen hat. Wirksames Gegensteuern ist nicht in Sicht. Die inkompetenten Grünen, Gelben und Pinken „warnen“ stets wortreich und in Unkenntnis der Lage, streiten um die Erhöhung von „Hilfen“ und „Unterstützungen“ oder um „Einmalpakete“. Sogenannte Hilfen gibt es seit Jahrzehnten. Sie bekämpfen jedoch die Ursachen nicht, sondern verfestigen die kleingerechnete Armut, indem sie die Menschen mit Almosen abspeisen, die damit nie aus dem Teufelskreis des Ausgesondertseins herauskommen.

Alle „Regelsätze“ und „Hilfen“ bedeuten nichts als Gängelei. Es ist interessant, zu sehen, wieviel z. B. ein alleinstehender Hartz-IV-Bezieher bzw. der „Haushaltvorstand“ einer „Bedarfsgemeinschaft“ seit dem 1.1.2022 für Essen oder Bildung im Monat ausgeben darf. Die weiteren Mitglieder der „Bedarfsgemeinschaft“ bekommen weniger (siehe nebenstehende Tabelle). Dazu wird behauptet, daß Miete und Heizkosten vollständig übernommen werden. Das ist eine Lüge. Die Wohnungsgröße muß „angemessen“ sein, 45 bis 50 m^2 maximal für eine Person. Wenn man eine größere Wohnung hat, aber eine extrem niedrige Kaltmiete zahlt (z. B. unter 2,00 €/m^2) und die Heizkosten entsprechend hoch sind, wird das nicht etwa gegengerechnet, stets ist das Minimum Bezugsbasis. Ich spreche aus 30jähriger Erfahrung mit den „sozialen“ Ämtern (Seelow, z. T. Berlin). Jede „angemessene“ Wohnung, für die eine beträchtlich höhere Kaltmiete anfiele, müßte das Amt dann zahlen. Es müßte auch den Umzug tragen, wenn man dazu aufgefordert würde. Daher wird man nicht aufgefordert.

Es finden sich immer Möglichkeiten der „Kürzung“, des offenen Betrugs. Letzteres gilt auch für „Wohngeld“, welches z. B. Armutsrentnern zusteht, und ich bin mir sicher, das betrifft ebenso die Grundsicherung, Blinden- oder Behindertengelder und sonstige „Transferleistungen“. Kindergeld wird vom Hartz-IV-Satz abgezogen. Krankenhausaufenthalte sind ebenso mit 10 €/Tag zu berappen wie Zuzahlungen für Medikamente und Hilfsmittel, denn die „Befreiung von Zuzahlungen“ ist de facto nur eine Minderung. Geschenke und Essenseinladungen müssen eigentlich gemeldet werden. Immer noch werden erhebliche Sanktionen für nicht begangene Pflichtverletzungen ausgesprochen. Praktisch jeder Spielraum, den die Ämter haben, wird zu ungunsten der „Kunden“ ausgenutzt. Das Rezept besteht darin, die Armut auseinander zu dividieren und Neid zu erzeugen, indem man die Gruppen trennt in Altersarmut, Kinderarmut, Armut von Alleinerziehenden etc. Jetzt, wo sich die Armut zu einer regelrechten Katastrophe ausgeweitet hat und weiter zunehmen wird, meint man mit „Warnrufen“ gegensteuern zu können. Habeck, Baerbock, Linder, Scholz und wie sie alle heißen schwätzen, lügen, verplempern sich in kleinlichen Diskussionen über Pendlerpauschalen für die, die noch arbeiten dürfen, Tankrabatte für die Energiekonzerne, 9-Euro-Tickets für Großstadtbewohner, „Heizkostenzuschüsse“ für Menschen, die sie nicht brauchen, wie Kanzler und Minister. (Armuts-)Rentner bleiben außen vor. Man „denkt“ an mehr Obdachlosenunterkünfte nur für nachts, Wärmebusse, Wärmestuben in den Kommunen wegen des zu erwartenden grünen Gasausfalls für die arme Bevölkerung. Die Tafeln müssen Menschen abweisen wegen Mangel an Spenden, obwohl täglich ein Drittel der Lebensmittel weggeworfen wird. Angeblich kommen die Preiserhöhungen für Energie erst im Herbst, real steigen sie seit den 2000er Jahren, traten als Preissprung nochmals 2021 und Anfang 2022 ein und treffen die Armen jetzt schon so massiv, daß manche noch kleinere Wohnungen suchen, die es nicht gibt und Leute zur Verzweiflung treiben.

Martina Dost
Vierlinden

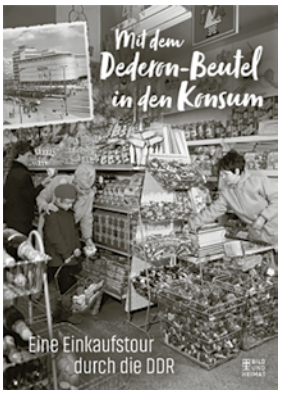
Nahrung, Getränke, Tabakwaren	34,70 %	155,82 €
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	9,76 %	43,82 €
Post und Telekommunikation	8,94 %	40,15 €
Bekleidung, Schuhe	8,30 %	37,26 €
Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung	8,48 %	38,07 €
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	6,09 %	27,35 €
Andere Waren und Dienstleistungen	7,98 %	35,77 €
Verkehr	8,97 %	40,27 €
Gesundheitspflege	3,82 %	17,14 €
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2,61 %	11,73 €
Bildung	0,36 %	1,62 €
Gesamt	**100 %**	**449,00 €**

BUCHTIPP

Mit dem Dederon-Beutel in den Konsum
Eine Einkaufstour durch die DDR

Nun ist es wirklich schon eine Reihe. Ich rede vom sechsten Band der DDR-Geschichten aus dem Berliner Verlag Bild und Heimat. Bücher zu fünf Themen sind schon erschienen: Urlaub, Schule, Arbeit, Sport, Armee. Nun also Einkaufen. „Äpfel gab es immer – Bananen selten. Seit der Übernahme der DDR durch die BRD gehen beim Thema Alltagsleben in der DDR Dichtung und Wahrheit Hand in Hand. Nicht immer wird nur gelogen, manchmal wird nur vergessen zu erwähnen, daß jene Zeiten einfach nicht mechanisch mit der Gegenwart verglichen werden können, hüben wie drüben. Die Wahrheit bleibt, es gab in der DDR ein kontinuierlich wachsendes Angebot an Nahrungsmitteln und Industriewaren zur Versorgung der Bevölkerung. Unterernährte Kinder gab es dank Krippen, Kindergärten und Schulspeisung nicht – eher waren es nicht wenige, die das Normalgewicht überschritten. Auf regelmäßige Kleidersammlungen für Bedürftige – wie es heute allerorts üblich ist – konnte verzichtet werden“, schreibt der ehemalige Vizechef des DDR-Statistik-Amtes, Dr. Wolfgang Kühn, in seinem Vorwort. Es folgen 17 vergnügliche kleine Geschichten voller Witz und Ironie. Der Verlag nennt das Buch ein authentisches Geschichtenbuch, dem kann ich mich völlig anschließen!

Uli Jeschke



Verlag Bild und Heimat, Hardcover, 176 Seiten, 14,99 €, ISBN: 978-3-95958-321-3

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Wie entsteht Mehrwert?

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender" (später umbenannt in „Stimme der DDR") eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs" in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

11. Juni 1978

Es ist seit eh und je so: Kein kapitalistischer Unternehmer investiert, wenn er keinen Gewinn machen kann. Denn die Eigentümer des Kapitals wollen, daß ihr eingesetztes Kapital größer wird, daß es sich verwertet. Ohne Gewinn für die Kapitalisten wird daher in einer kapitalistischen Gesellschaft nichts produziert. Gleichzeitig findet sich kaum ein Unternehmer, der nicht über die viel zu hohen Löhne der bei im beschäftigten Arbeiter lamentiert. Besonders laut ertönt das Klagelied in den Tarifrunden, wenn über neue Löhne verhandelt wird. Tatsächlich sind vom Standpunkt des Kapitalisten die Löhne Kosten. Steigen die Kosten, ob für Arbeit oder für Produktionsmittel ausgegeben, verringert sich der Gewinn für den Unternehmer. Denn der Gewinn ist immer der Überschuß des Verkaufspreises über die Kosten. Dieser Zusammenhang wird von niemandem ernsthaft bestritten. Worüber es aber große Meinungsverschiedenheiten gibt, das ist die Frage nach der Entstehung des Gewinns, also die Frage, wie es eigentlich möglich ist, daß die produzierten Waren mehr wert sind, als ihre Herstellung den Kapitalisten gekostet hat.

Die Frage nach der Entstehung des Wertüberschusses oder genauer gesagt des Mehrwerts – der kapitalistische Unternehmergewinn ist ein solcher Mehrwert – und nach dem Verhältnis des Mehrwerts zu den Löhnen ist überhaupt die entscheidende Frage der Politischen Ökonomie. Mit ihrer richtigen Beantwortung wird nämlich klar, was das eigentlich ist: Kapital bzw. ein Kapitalist. Dem Problem, wie der Mehrwert produziert wird, hat Karl Marx fast den ganzen ersten Band seines dreibändigen Hauptwerks „Das Kapital" gewidmet. Entsteht der Mehrwert daraus, daß der Kapitalist einfach einen Preisaufschlag macht? Daß er die in seiner Fabrik hergestellten Waren teurer verkauft, als sie wert sind? Sicherlich kommt so etwas oft in der Praxis vor. Aber wenn jeder Kapitalist nur durch Betrug an den Käufern (und das sind zum großen Teil auch wieder Kapitalisten) reicher würde, dann würden sich die Kapitalisten ja nur gegenseitig hereinlegen. Was der eine gewinnt, verliert der andere. Insgesamt kann auf solche Weise kein Mehrwert entstehen.

Wir sollten deshalb wie Marx davon ausgehen, daß bei kapitalistischer Produktion alle Waren zu ihren Werten gekauft und verkauft werden, nicht darunter und nicht darüber – und daß dabei trotzdem ein Überschuß entsteht. Dieser Widerspruch, und es ist zunächst einmal wirklich einer, kann nur gelöst werden, wenn es eine Ware gibt, die mehr Wert herstellen kann, als sie selbst gekostet hat. Eine solche Ware gibt es. Es ist die Arbeitskraft.

Das wollen wir jetzt verdeutlichen. Ein Kapitalist, der sein Geld anlegt, damit es mehr werden soll, muß damit erst einmal zwei verschiedene Sorten von Waren kaufen. Er braucht erstens Produktionsmittel, also Fabrikgebäude, Maschinen, Rohstoffe. Nehmen

Historische Textilfabrik

wir einen Tuchfabrikanten. Er braucht in seiner Weberei Webstühle als Arbeitsmittel und Garne als Rohstoffe. Zweitens braucht er diejenigen, die die Webstühle bedienen und das Garn zu Tuch verarbeiten – er braucht Arbeiter. Ohne Arbeiter – und das zeigt jeder Streik – stünden die Maschinen still, würde nichts produziert, so daß der Kapitalist auch nichts verkaufen und keinen Gewinn machen könnte. Der Wert einer Ware wird durch die Arbeit der Arbeiter gebildet. Seinem Inhalt nach ist der Wert einer Ware nichts als menschliche Arbeit.

Die Menge des von den Arbeitern geschaffenen Werts mißt sich an der gearbeiteten Zeit. Acht Stunden Arbeit bilden deshalb doppelt soviel Wert wie vier Stunden. Nehmen wir an, ein Arbeiter schafft in einer Arbeitsstunde einen Wert von 20 DM, so schafft er in 8 Stunden 8 mal so viel, also einen Wertbetrag von 160 DM. Was hat das Ganze nun mit der Entstehung des Mehrwerts zu tun?

Setzen wir dazu unser Beispiel fort. Wenn ein Arbeiter z. B. in der Tuchweberei einen ganzen Arbeitstag von 8 Stunden arbeitet, dann setzt er den in der Arbeit verbrauchten Produktionsmitteln einen neuen Wert zu, in unserem Fall einen neuen Wert von 160 DM. Wenn die verbrauchten Produktionsmittel, nämlich das Garn (Wir sehen einmal von dem Wertverbrauch des Webstuhls ab) vorher einen Wert von sagen wir 300 DM hatte, dann haben die gewebten Tuche jetzt einen größeren Wert. In ihnen ist zusätzlich zum vorausgesetzten Wert des Garns der vom Webereiarbeiter hervorgebrachte Wert von 160 DM enthalten. Die Tuche haben also einen Wert von 460 DM – 300 für Rohstoffe und 160 aus der Arbeit des Webers. Wenn der Kapitalist nun die fertigen Tuche für 460 DM verkauft, dann verkauft er sie zu ihrem wirklichen Wert.

Es ist nun klar, daß für den Kapitalisten kein Mehrwert herauskäme, wenn er 460 DM an Kosten gehabt hätte. 300 DM mußte er für den Kauf des Garns bezahlen. Es hängt jetzt alles davon ab, wieviel er dem Arbeiter an Lohn bezahlen mußte. Offensichtlich darf er ihm nicht den ganzen Wert seiner Arbeit von 160 DM vergüten. Wenn er ihm für einen Arbeitstag nur 80 DM bezahlt – das wäre ein Stundenlohn von 10 DM – dann hätte er einen Mehrwert, nämlich ebenfalls 80 DM. Denn er bezahlt 80 und erhält 160 neuen Wert. Die entscheidende Frage ist jetzt diese: Wenn der Kapitalist dem Arbeiter weniger bezahlt, als dieser an neuem Wert schafft, dann kauft er die Arbeit des Arbeiters unter ihrem Wert. Also beruht die Entstehung des Mehrwerts auf Betrug. Nämlich darauf, daß der Kapitalist dem Arbeiter nicht den Wert seines vollen Arbeitsertrags erstattet, sondern – bei unserem Beispiel – 80 DM pro Tag und Arbeiter Plus macht.

Tatsächlich sind an diesem Problem die besten Köpfe der ökonomischen Wissenschaft vor Marx gescheitert, z. B. die englischen Ökonomen David Ricardo und Adam Smith.

Auch Karl Marx hat viele Jahre an der Lösung des Mehrwerträtsels gearbeitet. Dabei klingt die Antwort im nachhinein verblüffend einfach: Der Arbeiter verkauft gar nicht seine Arbeit an den Kapitalisten. Was der Arbeiter verkauft und der Kapitalist kauft, das ist die Arbeitskraft. Warum ist das so ein bedeutender Unterschied? Die Arbeitskraft des Arbeiters ist nicht die von ihm geleistete Arbeit selbst, sondern die Fähigkeit zur Arbeit. Diese Arbeitsfähigkeit hat, wie jede andere Ware, auch ihren Wert, der bestimmt ist durch die zu ihrer Herstellung notwendige Arbeitsmenge. Was heißt das in diesem Fall? Die Fähigkeit zu arbeiten muß der Arbeiter nicht nur einmal erwerben – in der Ausbildung –, sondern er muß sie tagtäglich erhalten. Die Erhaltung der Arbeitskraft heißt für den Arbeiter zunächst, daß er sich am Leben

erhält. Er muß also essen, sich kleiden, muß wohnen, sich erholen usw., kurz: er muß seinen Lebensunterhalt besorgen. Die Mittel für seine Lebensführung muß er kaufen und bezahlen können. Der Wert dieser lebensnotwendigen Waren ist es deshalb, der den Wert der Arbeitskraft bestimmt. Obwohl es oberflächlich so aussieht, als ob im Lohn die Arbeit selbst bezahlt würde, sind es in Wirklichkeit die Lebenshaltungskosten, welche den Wert der Arbeitskraft ausmachen.

Was normale Lebenshaltung ist, das ändert sich im Laufe der Zeiten. Heutzutage gehören dazu der Kühlschrank und der Fernseher, der Jahresurlaub und anderes mehr. Alles das muß der Arbeiter mit seinem Lohn bezahlen können. Daß der Lohn auch tatsächlich mit dem geschichtlichen Anstieg des Lebensniveaus einigermaßen Schritt hält, ja vor allem, daß die Lohnhöhe mit der Steigerung der Preise für die notwendigen Unterhaltsmittel mitkommt, dies ist der wichtigste Inhalt der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter seit Existenz des Kapitalismus.

Um es zu wiederholen: Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert der zur Erhaltung der Arbeitskraft, sprich zur Lebensführung des Arbeiters, notwendigen Unterhaltsmittel. Braucht der Arbeiter auf den einzelnen Tag umgerechnet z. B. 80 DM zur Lebensführung, dann ist der Tageswert seiner Arbeitskraft 80 DM. Diese muß der Kapitalist zahlen, wenn er den Arbeiter einen Tag lang beschäftigen will. Zahlt er die 80 DM, dann kauft er die Arbeitskraft nicht unter, sondern zu ihrem Wert.

Wenn der Arbeiter jetzt die Fabrik betritt, in unserem Falle die Weberei, so wissen wir – davon sind wir ja ausgegangen –, daß er in einer Arbeitsstunde einen Wert von 20 DM hervorbringt. Also muß er 4 Stunden lang arbeiten, um 80 DM, den Wert seiner Arbeitskraft, auszugleichen. Diese zur Erhaltung der Arbeitskraft erforderliche Arbeitszeit nennt Marx notwendige Arbeit. In jeder Gesellschaftsform müssen die Produzenten erst einmal diese ihrer eigenen Erhaltung dienende Arbeitszeit ableisten. Nach vier Stunden hört die Arbeit aber nicht auf. Der Arbeitsvertrag war für einen ganzen Arbeitstag von 8 Stunden geschlossen worden. Nach 8 Stunden Arbeit hat der Arbeiter eine Wertsumme von 160 DM produziert, d. h. 80 DM über seine Erhaltung hinaus. Diese gehören aber nicht ihm. Seine Arbeitskraft ist zu ihrem Wert bezahlt worden. Die 80 DM gehören dem Kapitalisten, weil er mit dem Kauf der Arbeitskraft das Recht auf einen ganzen Arbeitstag erworben hat. Ohne daß ein Vertrag verletzt worden wäre, hat auf diese Weise der Kapitalist für eine Gegenleistung von 80 DM einen Betrag von 160 DM bekommen. Diese überschüssigen 80 DM sind sein Mehrwert. Die zusätzlichen 4 Stunden, also Stunde 5 bis 8, sind – vom Standpunkt des Arbeiters aus gesehen – Arbeit über die notwendige Zeit hinaus, sie sind Mehrarbeit. Es ist diese Mehrarbeit, die sich der Kapitalist ohne Bezahlung aneignen kann. Sie ist die Quelle des Mehrwerts.

Der Mehrwert ist also Mehrarbeit über den Wert der Arbeitskraft hinaus. Grundsätzlich stehen dem Kapitalisten zwei verschiedene Methoden zur Verfügung, den Mehrwert zu erhöhen. Die erste besteht darin, die gesamte Arbeitszeit noch weiter auszudehnen, also statt 8 Stunden z. B. 9 arbeiten zu lassen. Bei gleichbleibendem Wert der Arbeitskraft von 80 DM steigt der Mehrwert auf diese Weise von 80 auf 100 DM absolut an. Diese Methode nennt Marx den absoluten Mehrwert, weil er aus der absoluten Verlängerung des Arbeitstags entspringt.

Die zweite Methode zur Mehrwertsteigerung ist diejenige, bei gleichbleibender Länge des Arbeitstags den Anteil der Mehrarbeit am gesamten Arbeitstag zu erhöhen. Dies geht nur, wenn die notwendigen Ausgaben für die Arbeitskraft gesenkt werden. Braucht bei 8stündigem Arbeitstag, der 160 DM Wert ergibt, statt 80 nur noch 70 für die Arbeitskraft bezahlt zu werden, dann steigt der Mehrwert an, und zwar von 80 auf 90 DM. Insgesamt wird nach wie vor ein Wert von 160 produziert, aber der darin enthaltene Mehrwert ist relativ um 10 DM gestiegen. Diesen Mehrwert nennt Marx relativen Mehrwert.

Wie ist die Produktion des relativen Mehrwerts überhaupt möglich? Erstens durch einfaches Herunterdrücken des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft. Das versuchen die Kapitalisten in jeder Tarifrunde, aber nicht nur dann. Zweitens, indem der Wert der Arbeitskraft selber gesenkt wird. Dazu ist es allerdings notwendig, daß die Lebensmittel, deren Wert den Wert der Arbeitskraft bildet, ihrerseits im Wert sinken. Niedriger werden die Lebensmittel im Wert allerdings nur dann, wenn weniger Arbeit als zuvor in ihrer Produktion aufgewendet werden muß, d. h. wenn die Arbeitsproduktivität steigt. Ohne dies hier näher ausführen zu können, zeigt sich doch, daß die Kapitalisten ein großes Interesse an der Einführung von technischen Neuerungen, Rationalisierung usw. haben, weil dadurch letztlich der Wert der Arbeitskraft gesenkt und ihr eigener Mehrwert gesteigert wird.

Mit der Erklärung der Entstehung des Mehrwerts sind wir dem inneren Geheimnis der kapitalistischen Produktionsweise auf die Spur gekommen. Es zeigt sich, daß der Arbeiter für den Kapitalisten Mehrarbeit leistet – mit anderen Worten: daß er ausgebeutet wird.

Zugleich zeigt sich aber, daß diese Ausbeutung nicht auf dem Betrugsmanöver des einen oder anderen Kapitalisten beruht. Denn wir haben gesehen: Wenn alle Waren zu ihren Werten bezahlt werden – selbst dann gibt es Mehrwert. Die Arbeitskraft wird zu ihrem Wert bezahlt, und auch das vom Arbeiter hergestellte Produkt verkauft der Kapitalist zu seinem Wert. Kein Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise wird verletzt. Sondern es sind gerade diese Gesetze des scheinbar so gerechten Warentauschs zu Werten, welche – aus der Nähe betrachtet – die Ausbeutung derjenigen besiegeln, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft.

Keine noch so gut gemeinte oder noch so weitreichende Reform innerhalb der Grenzen des Systems – so wichtig Reformen auch sind – kann daher die grundlegende Ausbeutung der Arbeiter abschaffen. Erst eine sozialistische Produktionsweise bietet allen Arbeitern die Möglichkeit, wirklich für sich zu arbeiten.

Was man wissen sollte

Die Mär von einer Lohn-Preis-Spirale macht wieder die Runde. Sie ertönt stets, wenn Lohnabhängige mehr Lohn fordern.

Nun ist es die explodierende Inflation, die den Reflex Lohn-Preis-Spirale auslöst. Offensichtlich ist jenen, die das von sich geben nicht bekannt, daß die Begründer der freien Marktwirtschaft Smith und Ricardo vor über 200 Jahren diesen Gedanken einer Lohn-Preis-Spirale bereits verwarfen, als Unsinn erklärten.

Gegen Lohnkämpfe greift die Kapitalseite seither nicht ohne Erfolg zu dem Märchen und glaubt vielleicht gern selbst daran, daß steigende Löhne automatisch zu höheren Preisen führen. Bis heute läßt sich die Mehrheit der Lohnabhängigen diese Dummheit weismachen, weil sie logisch scheint. Was liegt näher, als steigende Löhne als steigende Kosten zu verkaufen, also als Inflationstreiber. Inflation ist ein Phänomen der Papiergeldwährungen, das heißt, die Preise steigen, die Kaufkraft sinkt, wie jeder merkt. Ohne Inflationsausgleich, ohne Lohnanpassung, die es ohnehin für die wenigsten gibt, schwindet noch mehr Kaufkraft. Simpel wird erklärt, Preise steigen mit den Kosten. Doch das hält keiner näheren Betrachtung stand, schon gar nicht bei Lohnkosten. Ursache explodierender Inflation sind weniger steigende Kosten, aber eher steigende Preise der Konzerne und Monopole, die ihre Profite sichern und steigern, die Teil von Preis und Kosten sind. Wer die Kalkulationspraxis kennt, weiß, Preise werden danach festgesetzt wie Preise, Kosten der Materialien erwartet werden, wobei die Börse ins Spiel kommt. Zudem erhöhen sich Lohnkosten nicht bei steigender Produktivität, was verschwiegen wird. Kapitalistische Anbieter kalkulieren enorme Gewinnspannen, was den Unterschied zwischen Preis und Kosten zeigt bzw. den Profit als ehrlichen, erarbeiteten Unternehmerlohn zu erklären sucht. Diese Unwissenheit machen sich die Unternehmer mir der Lohn-Preis-Spirale bis heute zur Verdummung zunutze.

Roland Winkler
Aue

Der Kapitalismus – eine historische Tendenz?

Gelegentlich wird gemeint, Karl Marx habe die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als einen sozusagen automatisch sich vollziehenden Vorgang aufgefaßt. Damit wird Bezug genommen auf das im Spätsommer 1867 im Verlag von Otto Meißner zu Hamburg erschienene 784 Seiten umfassende Werk „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Von Karl Marx. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprocess des Kapitals".

Einer der ersten Kritiker von Marx' Hauptwerk „Das Kapital" war der Führer der preußischen Geschichtsschreibung Prof. Heinrich von Sybel. Die „Kölnische Zeitung" (Nr. 89, 90 [1. Blatt], 92, 93, 94 und 95 [jeweils 3. Blatt]) vom 29. und 30. März sowie 2., 3., 4. und 5. April 1872) veröffentlichte von ihm „Die Lehren des heutigen Socialismus und Communismus. Zwei Vorträge, gehalten in Barmen." In der ersten Folge hieß es bezüglich des „größeren, höchst lesenswerthen Buche: Das Capital":

„Die Forderungen der modernen Socialisten beziehen sich in erster Linie auf eine Umgestaltung des industriellen Lebens. Zugleich aber suchen sie ihre Berechtigung nachzuweisen durch eine neue Auffassung der Grundlagen alles menschlichen Daseins, des Rechtes und des Staates, der Geschichte und der Philosophie. Das schließliche Urtheil über die Ausführbarkeit ihrer Ansprüche kann nur auf dem Standpuncte des praktischen Geschäftsmannes, die Auseinandersetzung aber mit ihren Grundsätzen nur auf dem Boden der Wissenschaft gelingen. [...]

Marx ist [...] ein eifriger Schüler der Hegel'schen Philosophie. Nachdem er vor 20 Jahren seinen Wohnort in London genommen, hat er mit einem unermüdlichen Fleiße die Verhältnisse der englischen Industrie, die Entstehung und das Heranwachsen ihrer einzelnen Zweige, die Lage der verschiedenen Arbeiterclassen, die Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Ackerbau studirt. Er hat dann diese Forschungen weit zurück in die Vergangenheit ausgedehnt, die Umwälzung der dortigen Lebenszustände durch die großen Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts untersucht und so den Ursprung der heutigen Verhältnisse in großem historischen Zusammenhange aufzufassen vermocht. Dabei ist er einer der gründlichsten Kenner der volkswirthschaftlichen Literatur in allen Ländern Europa's, so daß er sowohl von der theoretischen als von der praktischen Seite mit einer ganz seltenen Vorbereitung seine Aufgabe ergriffen hat. Sein Styl ist nicht eben erfreulich; als guter Hegelianer strebt er die ungeheuren Massen seines Stoffes auf die Entwicklungs-Momente eines einzigen Grundbegriffs zurückzuführen und wird dadurch in seinem Raisonnement oft unerträglich weitschweifig, oft in lästiger Weise schwerfällig. Bündig aber und geschlossen ist seine Erörterung im höchsten Grade; wer ihm die ersten Sätze zugibt, wird unwiderstehlich zur Anerkennung der letzten Folgerungen genöthigt."

Am Schluß seines zweiten Vortrages verwies von Sybel auf „die pariser Commune von 1871" und sagte: „Die in ihren Fundamenten bedrohte Gesellschaft hat noch immer, vor Allem in Deutschland, alle Mittel, die Gefahr zu beschwören und den Frieden herzustellen. Aber gelingen wird es nur dann, wenn sie die höchsten Kräfte des Menschen an die große Aufgabe setzt: angestrengte Arbeit des Gedankens und unermüdliche Liebe des Nächsten."

Von da an und im Lichte der dreimonatigen Herrschaft der Commune zu Paris 1871 wurde die Kritik am „Kapital" und überhaupt an den Schriften von Marx – und ab 1877 auch von Engels' Artikelserie „Anti-Dühriing" – in wachsendem Maße zum Angelpunkt des geistig-politischen Lebens.

Reliefporträt Heinrich von Sybels (1817–1895) auf seinem Grab auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof in Berlin-Schöneberg

Marx selbst hat das 24. Kapitel des ersten Bandes seines Werkes „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" überschrieben.[1]

Eine gesellschaftliche Tendenz ist eine Möglichkeit, die unter bestimmten *Bedingungen* zu einer Notwendigkeit verwirklicht wird, sie ist also kein Automatismus oder Selbstläufer unabhängig vom Verhalten der betroffenen Menschen.

Marx' Argumentation war – verkürzt – so: „Privateigentum, als Gegensatz zum gesellschaftlichen, kollektiven Eigentum [in der Urgesellschaft, die bis 1867 mindestens 90 % der Menschheit existiert hatte !!! – E. K.], besteht nur da, wo die Arbeitsmittel und die äußeren Bedingungen der Arbeit Privatleuten gehören."[2] Diese Produktion verewigen zu wollen, hieße die allgemeine Mittelmäßigkeit zu pflegen. Marx weiter: „Auf einem gewissen Höhegrad bringt sie die materiellen Mittel ihrer eignen Vernichtung zur Welt. Von diesem Augenblick regen sich Kräfte und Leidenschaften im Gesellschaftsschoße, welche sich von ihr gefesselt fühlen. Sie muß vernichtet werden, sie wird vernichtet. Ihre Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, daher die Expropriation [Enteignung] der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals. [...] Das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation [Ausbeutung – E. K.] fremder, aber formell freier Arbeit beruht. [...] Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs [Enteigner – E. K.] werden expropriiert. [...] Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaft [!!!] der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel."

Marx zitierte dazu aus dem mit Friedrich Engels 1848 verfaßten „Manifest der Kommunistischen Partei", S. 11: „Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert also vor allem ihren eignen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich ... Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehn, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse."[3]

Ist das alles nur „Schnee von gestern"? Hat sich in den 1,7 bzw. 1,5 Jahrhunderten seit dem Erscheinen des „Manifestes" und des „Kapitals" nicht in erstaunlicher Weise die „Lebendigkeit" dieser beiden Schriften gezeigt, weshalb sie längst Bestandteile des UNESCO-Weltkulturerbes geworden sind?

Wenn dies keine literaturgeschichtliche Rarität bleiben soll, bleibt die mühsame geistige Erschließung dieses Erbes als eine Hilfe für die Orientierung und Meisterung aktueller und möglicher Situationen eine Aufgabe jeder heranwachsenden Generation.

Prof. Dr. Eike Kopf

1 Siehe Marx/Engels: Werke, Band 23, S. 789.

2 Ebenda.

3 Ebenda, S. 789/790, 791.

Der 20. Juli 1944, der Bendlerblock und der Widerstand gegen den Faschismus

Mit großem Respekt wird jährlich am 20. Juli derer gedacht, die im Angesicht der unausweichlichen Niederlage des Deutschen Reiches im 2. Weltkrieg den Versuch zur Tötung Hitlers unternahmen. Mit einem erfolgreichen Attentat sollte die Grundlage für eine Absetzung der faschistischen Machthaber sowie die Voraussetzungen für die mögliche Beendigung des Krieges geschaffen werden. Das Scheitern des Vorhabens endete mit der Erschießung von Claus Graf Schenk von Stauffenberg und Mitstreitern sowie Todesurteilen durch das Reichsgericht unter Freisler, der das Todesurteil für die Geschwister Scholl fällte.
Leider wird mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Jahrestag des Attentates der Widerstand in seiner Gesamtheit auf dieses Ereignis reduziert.
Während Georg Elser bereits am 8. November 1939 das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller verübte, marschierte kurz zuvor Stauffenberg als Zweiter Generalstabsoffizier mit Kriegsausbruch (den er als Erlösung bezeichnete) mit seiner Division im Südwesten Polens ein. Die Geschwister Scholl wurden am 18. Februar 1943 beim Verteilen von Flugblättern in München verhaftet und unmittelbar danach hingerichtet. Stauffenberg wurde zur gleichen Zeit zum Oberstleutnant befördert und als Erster Generalstabsoffizier zur 10. Panzer-Division der Armee von Rommel nach Nordafrika versetzt. Von dort sandte er von Begeisterung getragene Feldpost nach Hause. Erst im Angesicht der bevorstehenden Niederlage der Wehrmacht fanden sich die Attentäter und wollten weitgehend isoliert ein wirkungsvolles Signal zum Widerstand sowie physischen Vernichtung Hitlers setzen. Ihr später Mut zum aktiven Widerstand verdient Anerkennung und Würdigung, sollte aber auch für jene Menschen gelten, die schon vor Machtantritt Hitlers vor den kriegerischen Absichten der Faschisten gewarnt und von Anbeginn den Widerstand organisierten. Tausende Frauen und Männer unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und Konfession wurden in Konzentrationslager verschleppt, viele von ihnen erhängt, erschlagen, verbrannt.
Mit dem Anschluß der DDR an die BRD begann eine offensive Revision des Widerstandsbildes. Der Handschlag Hindenburgs mit Hitler feierte mit dem Neubau der Garnisonkirche in Potsdam mit Millionen Steuermitteln seine öffentliche Wiederbelebung. Desserteure der Wehrmacht galten jedoch weiterhin als Vaterlandsverräter, Kriegerdenkmale wurden restauriert, aber antifaschistische Gedenksteine und Tafeln aus dem öffentlichen Raum entfernt. Während Kasernen der Bundeswehr, Straßen und Plätze die Namen faschistischer Wehrmachtsoffiziere tragen, betrieb man im Osten eine beispiellose Namenflederei bei antifaschistischen Widerstandskämpfern.
Bei dieser Art von Traditionspflege feiert faschistisches Gedankengut in der Bundeswehr, Polizei, Verfassungsschutz und in Ämtern seine Auferstehung. Adlersymbolik im Staatsemblem und Balkenkreuze an Bundeswehrfahrzeugen sowie eiserne Orden tun ihr übriges und rechte Strukturen verfestigen sich.
Heute wird das Ereignis vom 20. Juli konterkariert und offenbart eine gewisse Heuchelei, indem immer noch eine unrühmliche Nationalhymne gespielt und öffentlich im Bendlerblock mit der Vereidigung von Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr geworben und junge Menschen auf einen Krieg vorbereitet werden. Die Lehre aus dem Widerstand gegen die Faschisten aber muß lauten: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Raimon Brete
Chemnitz

Wie in Zschopau das Thälmann-Denkmal abgewickelt wird

In Zschopau gibt es ein Denkmal der Erinnerungskultur. Es ist unter der ID Nr. 9305626 als Gedenkstätte erfaßt und versinnbildlicht das Gedenken an den einstigen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl 1932 und Vorsitzenden der KPD Ernst Thälmann, den die Nationalsozialisten 11 Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern einsperrten und schließlich auf persönlichen Befehl Hitlers ermordeten.
Das Denkmal der Erinnerungskultur wurde 1976 unter Regie des damaligen Stadtbaudirektors, der Mithilfe des Hausmeisters und der Schüler der nebenstehenden Oberschule errichtet. Nach 1990 wurde es von der „Natur erobert“ und 2014 von den Schülern des nebenstehenden Gymnasiums wieder vom Pflanzenbewuchs befreit. Ein Verein stieß die Renovierung des Denkmals über die Denkmalbehörde mit Hilfe von Fördermitteln an. Der Eigentümer, die Stadt Zschopau, sanierte das Denkmal vor zwei Jahren.
Seither dient es als Ort der Erinnerung. Bürger, Mitglieder von Parteien und Vereinen besuchen es als Gedenkort für die Opfer des Faschismus regelmäßig und legen Blumen nieder. Es ist auch dem Gedenken an 30 in Zschopau 1941/42 verstorbene, kriegsgefangene Zwangsarbeiter, die in einem sogenannten Lazarettlager der Wehrmacht in der Stadt umkamen, gewidmet. Für sie gibt es keinen Erinnerungsort. Leider war das Denkmal seither mehrfach Angriffen und Vandalismus mit den Folgen von Sachbeschädigungen ausgesetzt. Zuletzt im Februar dieses Jahres, als vom schmiedeeisernen Schriftzug, „Ernst Thälmann ist niemals gefallen“, ein Buchstabe und ein Punkt entfernt wurden. Erneut wurde Strafanzeige gestellt. Wenige Tage danach waren aber alle Buchstaben des Schriftzuges verschwunden. Zunächst wurde wieder Sachbeschädigung mit Diebstahl vermutet. Aber mitnichten. Die Buchstaben waren auf Entscheidung der Stadtverwaltung abgenommen worden.
Nun ist ein Vierteljahr vergangen. Der gesamte Schriftzug fehlt immer noch! Ein Artikel in der örtlichen Zeitung erweckte unter der Überschrift „Denkmal – Stadt gibt nach drei Reparaturversuchen auf“ den Anschein, als müsse die Kommune erneut das Denkmal fast komplett sanieren. Man beruft sich auf einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und sicherte sich auch die Rückendeckung durch die Untere Denkmalbehörde. Vorstellungen, was mit dem Restdenkmal geschehen soll, wurden nicht entwickelt. Man könnte vermuten, daß das bei einigen ungeliebte Denkmal – um den Schriftzug beraubt – einen stillen Tod sterben soll.
Die Freunde des Zschopauer Denkmals der Erinnerungskultur für Ernst Thälmann haben in einem Begehren an das Landesamt für Denkmalpflege in Dresden gefordert, die Behörde möge von Amts wegen von der Stadt Zschopau, die gesetzliche Verpflichtung zur originalgetreuen Erhaltung des eingetragenen Denkmals einfordern. Auf das Ergebnis kann man gespannt sein.

Norbert Staffa
Großolbersdorf

Gegenwärtiger Zustand des Thälmann-Denkmals

BUCHTIPPS

**Die neue Militärmacht –
Welche Pläne verfolgt Peking?**

Jürgen Heiducoff

Die Volksbefreiungsarmee der VR China ist mit zwei Millionen Soldaten die personell stärkste Streitkraft der Welt. Zum einen wendet die Volksrepublik so viel fürs Militär auf wie etwa Indien, Großbritannien, Rußland und Frankreich zusammen (293 Milliarden Dollar), zum anderen ist das erheblich weniger als die USA ausgibt. (801 Milliarden). So groß die Relation ist, so verschieden sind die Ziele. Die Amerikaner wollen eine Weltordnung nach ihrem Gusto durchsetzen. Den Chinesen geht es um eine globale Friedensordnung.
Jürgen Heiducoff, einst Offizier der NVA, Beobachter der OSZE im Tschetschenienkrieg, Berater des deutschen Botschafters in Afghanistan, hat China bereist und dessen militärpolitische Intentionen untersucht. Er urteilt nüchtern, bewertet sachlich, eben wie ein Militär.

Verlag Das Neue Berlin, 224 Seiten, 18 Euro, ISBN: 978-3-36001-379-8

Leben wir in einer Demokratie?

Sören Pekrul

Politiker betonen bei jeder Gelegenheit, daß Deutschland die beste demokratische Verfaßtheit seiner Geschichte besitzt. In den Medien ist das Thema täglich präsent. In der Schule lernen die Kinder, daß sie in einer Demokratie leben. Doch was bedeutet Demokratie eigentlich? Leben wir wirklich in einer Demokratie? Welchen Einfluß hat der einzelne auf die Politik?
Diesen und anderen Fragen geht der Autor in seiner Abhandlung auf den Grund.

Herausgegeben von Gisela Pekrul, EDITION digital, 1. Juli 2022, 72 Seiten, ISBN: 978-3-96521-725-6 (E-Book), EAN: 9783965217263

„RotFuchs“-Veranstaltungen im September

■ Regionalgruppe **Rostock**

Am 3. September um 10 Uhr spricht Peter Ritter, Landesvorsitzender der Partei Die Linke in Mecklenburg Vorpommn, zum Thema: **Wie positioniert sich der Landesverband in den aktuellen politischen Kämpfen?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe **Strausberg**

Am 12. September um 15 Uhr – **Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Strausberg –** (Auswertung der zentralen Mitgliederversammlung, Rechenschaftsbericht und Wahl des neuen Vorstands)

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg (Plauderstübchen), Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe **Schwerin**

Am Mittwoch, dem 14. September, um 16 Uhr, spricht die Aktivistin der Friedensbewegung Doris Pumphrey zum Thema: **Die Friedensbewegung am Scheideweg**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe **Magdeburg**

Am 14. September um 16.30 Uhr spricht Edmund Peltzer, Vorsitzender der Regionalgruppe Leipzig, zum Thema: **Vom Bruderkuß zum Antiruß. Die unheilvolle Tradition des ukrainischen Nationalismus.**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ „RotFuchs“-Gruppe **Plauen**

Am 14. September um 17 Uhr spricht Hellmut Naderer (Cuba Si) zum Thema: **Kuba nach 60 Jahren Embargo – nicht nur ein Reisebericht**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe **Dresden**

Am 17. September um 10 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Was wir alles nicht über die VR China wissen**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**

Am 20. September um 18 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Die Bemühungen Chinas, fortschrittliche Strategien in der internationalen Zusammenarbeit zu entwickeln**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 20. September um 18 Uhr – Buchlesung mit der evangelischen Theologin Ilsegret Fink **„Erziehung zur Dummheit“ von Alexander Mitscherlich**
Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe **Halle**

Am 20. September um 15 Uhr spricht Generalmajor a. D. Sebald Daum zum Thema: **Ukrainekrise – Ursachen, Verlauf und Zusammenhänge**

Ort: Begegnungszentrum „Zur Fähre“, Böllberger Weg 150, 06128 Halle

■ Die **Regionalgruppe Leipzig**

lädt alle Freunde des „RotFuchs“ am **21. September um 20 Uhr** zur Teilnahme an der **Veranstaltung von GlobaLE Leipzig** ein. Blockade – Von der Belagerung Leningrads 1941–1944 bis zur NATO-Rußland-Auseinandersetzung heute (Lesung mit Rolf Becker, Musik von Schostakowitsch, Filmdokumente)

Ort: Peterskirche, Schletterstraße 5, 04107 Leipzig

■ Regionalgruppe **Berlin-Lichtenberg**

Am 22. September um 15 Uhr spricht der Toxikologe und international anerkannter Chemiewaffenexperte Dr. Walter Katzung auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der GRH TAG Lichtenberg zum Thema: **Von Litwinenko bis Navalny – Einsatz von Chemiewaffen und Toxinen**

Ort: LIBIZEM, Rhinstraße 9, 10315 Berlin (S-Bahn: Friedrichsfelde Ost, Bus 194, Tram 17,27,37)

LESERBRIEFE

Rußland – eine Gefahr für Deutschland?

Die Vermutung, daß Olaf Scholz unter Amnesie leidet, ist aus seiner Regentschaft in Hamburg bekannt. Aber die Aussage nach der NATO-Ratstagung in einem TV-Interview: „Jetzt ist Rußland *wieder* eine Gefahr!“ dürfte nicht daher rühren.

Rußland war noch nie eine Gefahr für Deutschland! Eher doch wohl die deutschen Ritterorden für Rußland. An der Seite Napoleons zogen deutsche Soldaten gen Moskau. Im August 1914 hat der deutsche Kaiser Wilhelm seinem Cousin Nikolaus den Krieg erklärt – nicht umgekehrt.

Mit dem „Wieder“ bedient Scholz die schon immer in der BRD kolportierte Lüge, Hitler sei Stalin zuvorgekommen.

Ich glaube daher nicht an einen Lapsus Linguae, denn diese ungeheuerliche folgenschwere Aussage paßt in die aktuelle ideologische und militärische Aufrüstung.

Der NATO-Staat Litauen provoziert durch Behinderung des Zugangs zu Ostpreußen den zu erwartenden Anspruch Rußlands auf einen Korridor. Hatten wir das nicht schon einmal?

Hitlers Forderung nach freiem Zugang zu Danzig – von Polen abgelehnt – und nun von Deutschland zum Anlaß für den längst geplanten Überfall auf unser Nachbarland genommen. Was folgte ist bekannt.

Gestützt auf die sicher nicht zufällige Stationierung eines großen deutschen Militärpotentials gerade in Litauen, dem Nachbarn Ostpreußens, läßt spekulieren, daß Scholz/Baerbock schneller als die AfD fordern: „Ostpreußen heim ins Reich“. Natürlich als dem Frieden dienende Maßnahme.

Klaus Baltruschat, Berlin

Was tun im Angesicht von Kriegstreiberei?

Diese Frage beschäftigt in der Zwischenzeit Millionen. Sie ist deshalb schwer zu beantworten, weil „die Lüge zur Staatsdoktrin geworden ist, wird die Wahrheit zur Verschwörungstheorie“. Aber da ist der demokratische Staat wachsam, vergißt aber dabei, daß die viel gelobte Demokratie nichts weiter ist, als die Herrschaft des Kapitals.

Besonders erschreckend ist für viele die Rolle der Grünen. Angetreten und belächelt, strickend im Bundestag einziehend, hätte es niemand für möglich gehalten, daß diese Partei den Krieg als Mittel zur Rettung der Menschheit vor einer drohenden Umweltkatastrophe erfinden würde. Mit einer Geschichtsvergessenheit und Verantwortungslosigkeit ohne Beispiel fordern sie schwere Waffen für die Ukraine. Das gab es schon einmal, nämlich bei der Panzerschlacht am Kursker Bogen im August 1943. Das faschistische Unternehmen „Zitadelle“ endete mit der endgültigen Niederlage der Faschisten durch die Rote Armee, trotz 8000 Panzer und über 2 Millionen Soldaten, die sich gegenüberstanden. Davon blieben ca. 400 000 auf ukrainischer Erde liegen.

Besonders enttäuschend ist die Rolle der Linken in dieser Auseinandersetzung. Dabei ist die Lage, historisch gesehen, komfortabel. Der Imperialismus hat für die derzeitige Krisenbewältigung keine Lösung außer Krieg. Wenn man das Kräfteverhältnis quantitativ bemessen sollte, sei auf das Treffen der Vertreter imperialistischer Staaten, das vor kurzem in Elmau stattfand, verwiesen, die 770 Millionen Menschen repräsentieren, während die Teilnehmer der BRICS-Konferenz Chinas, Rußlands, Indiens, Brasilien und Südafrika 3,4 Mrd. Menschen vertreten, die immerhin 25 % des weltweiten Bruttosozialprodukts erzeugen. Der Kapitalismus ist ein gefährlicher Zombie, der amerikanische Präsident verkörpert wie kein anderer eine Gesellschaft, die parasitär, faulend und verbrecherisch war und ist.

Peter Pöschmann, Döbeln

Welthunger – gewollt?

Kurz vor dem G7-Gipfel rief Deutschland zum Kampf für weltweite Ernährungssicherheit auf. Frau Baerbock behauptet, erst mit dem Angriff Rußlands auf die Ukraine habe sich die Hungerwelle zum Tsunami entwickelt. Dieses Problem liegt jedoch mit Sicherheit nicht, auch nicht zum größten Teil, an den Lieferausfällen von Weizen aus Rußland und der Ukraine. Zynischer kann man gar nicht argumentieren, wenn man nicht mögliche Transporte u.a. aus der Ukraine dafür verantwortlich machen möchte. Täglich gehen tausende und abertausende von Tonnen an schweren Waffen und Munition in die Ukraine und dann soll im Gegenzug kein Getreideexport möglich sein! Für wie dumm hält man uns?

Um den weltweiten Hunger für rund 345 Millionen Menschen zu bekämpfen, müßten die G-7-Staaten mindestens 13 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung stellen. Allein die Hälfte der 100 Milliarden, die Deutschland zusätzlich für die Rüstung ausgeben will, könnte für ca. vier Jahre den Welthunger beseitigen. Wäre das nicht ein kluger hilfreicher Entschluß, der Deutschland gut zu Gesicht stehen würde?

Ralf Kaestner, Bützow

Gier nach „Landmasse zwischen Ostsee und Pazifik“

In einem Artikel im Heft 5/2018 der Zeitschrift „Konkret“ hat Herrmann L. Gremliza schon damals sehr hellsichtig in zwei Sätzen beschrieben, worum es der „westlichen Wertegemeinschaft“ in ihrer Haltung zu Rußland vor allem geht: „(…) daß es bei dem siebzigjährigen Krieg gegen die Sowjetunion nicht bloß um den blöden Kommunismus gegangen ist, sondern vor allem um die Freiheit, die Landmasse zwischen Ostsee und Pazifik der Verwertung durch das Kapital einer Handvoll westlicher Führungskräfte zu unterwerfen.“ Dieses wissend, kann man sicher sein, daß Selenski – selbst wenn er wollte – mit Rußland nicht über eine Beendigung des Krieges verhandeln kann, ohne vorher die Genehmigung von Joe Biden und der „westlichen Wertegemeinschaft“ eingeholt zu haben. Und die bekommt er nicht, denn dieser Krieg bietet die großartige Gelegenheit, die Gier nach „Landmasse zwischen Ostsee und Pazifik“ zu befriedigen. Die baltischen Staaten haben sie schon, die Ukraine seit 2014 auch, fehlen nur noch Belorußland und Rußland. Dort muß ein Regime Change her mit der Einsetzung solcher Figuren wie Jelzin, mit denen man machen kann, was man will.

Ernst Leonhardt, Dresden

Nebenwirkungen des Krieges

Im Krieg zwischen der Ukraine und Rußland verlangt die Ukraine vehement ein Embargo für russisches Erdgas und Erdöl. Gleichzeitig aber fließt durch die Ukraine russisches Gas nach Westeuropa. Ein gutes Geschäft. Rußland zahlt jährlich im Milliardenbereich Transitgebühren an die Ukraine. Deutschland hat zu wenig Gas. Der Katar-Deal, auf den Wirtschaftsminister Habeck stolz war, ist geplatzt. Die EU hat den Gas-Notfallplan in Kraft gesetzt. Trotzdem liefert Deutschland Gas nach Marokko und Frankreich. Noch im Juni hielt Wirtschaftsminister Habeck an einer Übergewinnsteuer fest. Er meinte, „vom Krieg zu profitieren, das gehört sich eigentlich nicht“. Das Vorhaben, den Übergewinn zu besteuern, ist schon vom Tisch. Umgekehrt wird jetzt ein Schuh daraus. Ab 1. Oktober zahlen wir eine Gasumlage. Diese bringt den Konzernen, nicht nur der Mineralöl- und Rüstungsindustrie, Riesengewinne und dem Staat durch die Mehrwertsteuer komfortable Einnahmen. Laut EU-Recht darf der Staat auf die Mehrwertsteuer nicht verzichten. Hinzu kommt, daß die Inflation, gegenwärtig bei 7,5 %, weiter steigen wird. Sind das Geschäftsmodelle, die, wie Minister Habeck sagte, „wegführen auch von dem Reichtum, der durch fossile Energien entstanden ist und dadurch natürlich auch Herrschaftsstrukturen zementiert hat“? Wohl kaum! Eine zu versteuernde Pauschale von 300 € (Rentner ausgenommen) soll die höheren Energiekosten abfedern. Fazit: Für die große Mehrheit der Bürger steigen die Gaskosten und Preise enorm, während die Konzerne enorm hohe Gewinne einfahren werden.

Wilfried Schubert, Güstrow

Wer setzt Energie als politische Waffe ein?

Was für ein Vorwurf: Moskau setzt die Energie als politische Waffe ein! Ich frage, wenn jemand vertraglich vereinbarten Energieeinkauf nicht vollzieht, sich weigert Energie (Erdöl) abzunehmen in der Absicht, den Vertragspartner damit nicht nur abzustrafen, sondern sogar meistmöglich „zu ruinieren“, setzt dieser dann Energie etwa nicht als politische Waffe ein? Die Demagogie, Dummheit und Dreistigkeit einerseits und der Grad der Beleidigung des Verstandes der Bevölkerung andererseits sind bei den Regierenden und Meinungsmachern hierzulande grenzenlos hoch. Ob die Bevölkerung allerdings wirklich Verstand genug aufbringen wird, bleibt noch abzuwarten angesichts der grassierenden Russophobie.

Für den kommenden Herbst und Winter hat die Ampelregierung ihren Bürgern „Frieren und Hungern“ prophezeit. Warum eigentlich? Rußland war ein zuverlässiger und preiswerter Lieferant für Gas und Öl als Quelle für ausreichend Wärme und zudem Exporteur von Getreide für genügend Brot und Nährmittel. Die Verweigerung der Annahme dieser Leistungen hat die Bundesregierung zu verantworten, die nicht im Interesse der eigenen Bürger handelt, sondern unter dem Druck der bröckelnden transatlantischen Macht der USA steht. Sie trichtert den Menschen ein, kalte Füße, blaue Lippen und hungrige Mägen seien moralische Waffen gegen Rußland, gegen Putin. Doch eines ist klar: Kalte Wohnungen in Deutschland und Preisexplosionen für Lebensmittel werden Putin nicht in die Knie zwingen. Die Menschen hierzulande werden frieren und hungern wegen und für Biden, Stoltenberg, van der Leyen, Scholz, Habeck, Lindner und Baerbock. Sie, und die sie stützen, werden nicht frieren, nicht hungern, sondern sich an ihrer Macht über die Völker der Welt wärmen. Ausbeutung, Aufrüstung

und Kriegstreiberei nach außen und innen sind ihr primäres politisches Handwerkszeug, das ihnen entzogen werden muß! **Manfred Wild, Berlin**

Bundesregierung auf falschem Weg

Ich erfahre, daß unser politisches Handeln auf einer repräsentativen Demokratie basiert. Art. 20 (2) GG schreibt fest, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Auch Kurt Tucholsky sagte diesen Satz und spöttelte weiter: „Doch man hat nie gehört, daß sie jemals dahin zurückgekehrt ist."

Wen repräsentieren die deutschen Repräsentanten wirklich? Es kann doch nicht Volkes Wille sein, sich in Armut wiederzufinden. Welcher vernünftige Mensch sägt an dem Ast, auf dem er sitzt? Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist nun mal abhängig von Staaten, die ihnen die erforderlichen Rohstoffe in der benötigten Menge und Qualität liefern können.

Rußland war immer ein zuverlässiger Handelspartner und Deutschland mußte noch nicht einmal Weltmarktpreise zahlen. Nun wird uns erklärt, daß Rußland wie vorhergesagt, Gas und Öl als Waffe zu Schwächung des Westens einsetzt. Aber waren es nicht Politiker wie von der Leyen, Kramp-Karrenbauer, Baerbock oder Habeck, welche meinten, Rußland von der Position der Stärke begegnen zu müssen und dieses Land wirtschaftlich zu vernichten, indem Öl-und Gasimporte aus diesem Land abgelehnt werden?

Ist es nicht die hysterische westliche Russophobie, welche die Bundesregierung auf die wahnwitzige Idee brachte, Sanktionen gegen Rußland zu verhängen, welche die deutsche Wirtschaft deutlich stärker schwächt als die russische?

Es bereitet mir Sorge, wenn ich sehe, daß der Bundeskanzler, wann immer er sich zu diesem Thema äußert, dem gleichen Ritual verfällt. Es sind die „Totschlagargumente" Rechtsradikalismus, Verschwörungstheorie und jeder Kritiker ist ein Rußlandfreund. Rußlands Krieg in der Ukraine ist ganz bestimmt nichts, was sich ein vernünftiger Mensch wünschen würde. Dieser Krieg ist aber auch nicht geeignet, eigene politische Fehler vertuschen zu wollen. **Jürgen Barz, Wismar**

Mangel in Deutschland

In Deutschland herrscht Mangelware: Mangel an Gas, Energiemangel, Mangel an Erdöl, Rohstoffmangel, Dünger, Getreide … Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Warum? Weil der Westen meint, mit Sanktionen Rußland in die Knie zwingen zu können. Doch wie sich zeigt, erweisen sie sich als Bumerang, der nun auf uns zurückschlägt. Und das ist erst der Anfang. Man kann Rußland, dieses Riesenland, mit seinen vielen Ressourcen, die andere gerne ausbeuten würden, nicht ausschalten.

Wie kann die Bundesregierung der eigenen Bevölkerung solchen Schaden zufügen. Geschworen haben die Minister das Gegenteil.

In Deutschland, der EU und der NATO herrscht bei den führenden Kräften

- Mangel an Wissen
- Mangel an Verstand
- Mangel an Vernunft
- Mangel an Friedenswillen, um mit diplomatischen Mitteln den Konflikt zu lösen, die Sanktionen zu beenden und wieder zu einem normalen wirtschaftlichen Miteinander zu kommen.

Stephanie Meister, Halle

Retten Sie lieber unseren Erdball, Frau Baerbock!

Am 20.4.1936 wurde ich im Südharz geboren. „Heil Hitler", hieß es damals. Etwas später dann: „Sieg Heil". Das Volk jubelte, es ging voran. Dank „unserem Führer". Der fanatische Wille, diesesmal etwas Großartiges aus Deutschland zu machen und keine Niederlage wie 1918 zu erleiden, beflügelte die Massen. Das Ergebnis: über 50 Millionen Tote. Die Hetze gegen Rußland kannte keine Grenzen, es seien unsere Feinde, wurde erklärt.

Fünf Kilometer von meinem Elternhaus befand sich das Lager Dora im Kohnstein, ein KZ im Berg, eine riesige Stollenstadt. Häftlinge schufteten bis zu ihrem Tod in dem Kalkstollen. Ersatzleute kamen in Häftlingskompanien direkt aus dem KZ Buchenwald. Ihre „Entsorgung" nach ihrem Einsatz und Tod übernahmen zwei Verbrennungsöfen.

Anfang April 1945 zerstörten Bomber der Alliierten Nordhausen, die Stadt nur noch ein riesiger Trümmerhaufen. Und wieder Tote über Tote, mehr als 8000! Wozu das alles? Mit welchem Sinn?

Die jetzige Frage als Kriegskind stelle ich Frau Baerbock. Kennt sie unsere Vergangenheit nicht, den deutschen Militarismus, die deutschen Kriegsverbrechen und die ewige Russenhetze? Die Männer der neuerbauten Arbeitersiedlung Nordhausen-Niedersalza, sie blieben fast alle im Krieg. Informiert sie sich nicht über unsere Geschichte, bevor Rußland abermals zurückschlagen muß, vermutlich mit einem Atomschlag?

Es wird Zeit: Statt Waffen gegen Rußland zu richten, wäre ihr dringend zu empfehlen, lieber den heute schon deformierten Erdball zu retten.

Horst Becker, Jüterbog

Menschenrechtsbasierte Ampelpolitik zieht immer weniger

Menschenrechte waren und sind Klassenfragen in der Klassengesellschaft. Sie haben nie etwas anderem als der Verdummung der Massen gedient, Herrschaftsinteressen zu verbergen. Es funktioniert bis heute. Doch Glaubwürdigkeit damit zu erlangen, scheint für Baerbock und Co schwieriger zu werden, zumal deren politische Überzeugungskraft zu schwinden scheint. Einstige grüne Werte sind bereitwillig dem Machtstreben geopfert. Die Behauptung, "Putin ist schuld", zieht immer weniger. Daß Flucht und Vertreibung, Hunger, Krieg, Armut und Sterben im Mittelmeer mit Putin nichts zu tun haben, spricht sich herum. Das Menschenrechtsbasierte ist nicht mehr so leicht zu vermitteln, seit der Sozialismus dafür nicht mehr lohnende Ziele bietet. Die Kriege gegen den Terror haben nicht minder zutage gefördert, daß es nie um Menschenrechte ging und geht. Und schließlich regiert mit dieser Ampel eine politische Elite, die zu alledem politische Unfähigkeit und Untertänigkeit offenbart. Eine Ampelpolitik, die sich menschenrechtsbasiert versteht und nicht wahrnehmen will, wieviele Proteste und aufständige Bewegungen landesweit sicht- und hörbarer werden. Eine Linke, die sich in und um die regierende Politik weitgehend eingerichtet hat, bestenfalls symbolisch Kritik übt, wie kann sie eine echte Alternative sein für große Bevölkerungsteile?

Roland Winkler, Aue

Vom Kommunismus nichts wissen?

Ein Leserbriefschreiber, dessen Meinung kürzlich in einem in Schwerin verbreiteten Blatt abgedruckt wurde, meinte, China und Kuba wollten „vom Kommunismus nichts mehr wissen". Lassen wir dazu eine unverdächtige bürgerliche und christliche Protagonistin zu Wort kommen: Angelika Merkel durfte vor einigen Jahren in Peking an der Parteihochschule referieren. Daraufhin schrieb ich im „Blitz": „Die chinesischen Zuhörer werden sich da wohl an das Sprichwort erinnert haben: ‚Auch wenn eine Biene breite schwarze Streifen trägt, ist sie noch lange kein Tiger!'"

In Zeiten des Ukraine-Krieges sind die Tempo gewohnten chinesischen Verantwortungsträger gewiß noch sensibler geworden, was Friedrich Merz im Fernsehen mit der Bemerkung quittierte: „In jeder neu gegründeten chinesischen Firma in der BRD wird mindestens ein Kommunist zielgerichtet seinen Dienst machen."

Er muß es ja wissen. **Karl Scheffsky, Schwerin**

PDL keine wirkliche Linkspartei

Es ist nun die Zeit gekommen, die damals schon die Kommunisten vorausgesagt haben: Eine Linkspartei, die ohne erkennbares Ziel, nur im Dienste dieses Systems steht, ist keine wirkliche Linkspartei und wird wohl in die Bedeutungslosigkeit abdriften. Daß Deutschland in seiner USA-Hörigkeit den wirtschaftlichen Bumerang in Richtung Moskau wirft, dieser sich jedoch unversehrt auf dem Rückflug nach Deutschland und Europa bewegt, war vorauszusehen. Die Partei Die Linke konnte auch jetzt keine mehrheitlichen und überzeugenden Akzente gegen dieses politische Vorgehen setzen und sorgt durch ihre interne Uneinigkeit für ihre eigene Zersetzung.

Peter Dornbruch, Schwerin

Unsere Pflicht …

Zum Thema „Die Linke und der Ukraine-Krieg" äußerte sich das nd am 28.6. auf einer ganzen Zeitungsseite, auf der zugleich die Frage „Ist die Geschichte gerecht?" umfassend behandelt wurde. Der gewogene, immer auch auf Gerechtigkeit bedachte Leser aber fand n i c h t Sätze wie: „Nationalistische Kriegspropaganda, von welcher Seite auch immer, benennen wir und lehnen wir ab." Oder: „Geschichtsklitterungen werden von uns nicht hofiert."

Vielleicht könnten solche Sätze ganz angebracht sein – als Orientierung in der hierzulande herrschenden Mediengesellschaft, in der es zum abendlichen Nachrichtenritual gehört, die Forderung eines ukrainischen Präsidenten nach Waffen zu hören. Zur Geschichte und zu Legenden las ich schon bei Stefan Zweig (1881–1942) in „Sternstunde der Menschheit" (1927): Auch die Geschichte, auch sie, die leidenschaftslos sein sollte, klarsinnig und gerecht, auch sie neigt, wie die meisten Menschen, zur Seite des Erfolges, auch sie vergrößert noch nachträglich die Großen, die Sieger, und verkleinert oder verschweigt die Besiegten … Legende aber ist immer, gerade durch das Verführerische, durch den Abglanz der Vollkommenheit, der gefährlichste Feind der Wahrheit, und darum ist es unsere Pflicht, sie ständig zu überprüfen und die eigentliche Leistung auf ihr historisches Maß zurückzuführen. **Paul Jattke, Chemnitz**

Legt nieder allen Zwist und Streit!

Im Angesicht der steigenden Kriegsgefahr sehe ich es als dringend notwendig, daß wir uns an den immer mehr stattfindenden Demonstrationen und Kundgebungen mit unserem Standpunkt sichtbar für alle beteiligen. Ich nehme seit 1990 an mehreren Kundgebungen in Berlin und Brandenburg teil und muß jedesmal feststellen, daß man dort immer nur die Gleichen sieht. Von all meinen ehemaligen Kampfgefährten ist kaum jemand dabei. Auch die vielen linken Strömungen und Parteien erinnern

an die Zeit von 1931. Jeder, der jetzt den Frieden erhalten will, sollte sich an Thälmanns Aufruf vom 29. November 1931 zur Einheitsfront erinnern. Dieser Aufruf ist heute, 91 Jahre später, aktueller denn je. Jährlich treffen wir uns an Thälmanns Gedenkstätten, um seiner zu gedenken. Nun ist es aber an uns, seine Lehren in der Praxis umzusetzen. Und auch jetzt bewahrheitet sich wieder Bebels Zitat: „Wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten." Es ist an der Zeit, daß die noch inaktiven Genossen im Angesicht der Frage, Krieg oder Frieden endlich wach werden! Es müssen einfach mehr Menschen den Protest gegen die Kriegstreiberei auf die Straße bringen.

Boris Wunderlich, E-Mail

Gedenktafel für Interbrigadisten eingeweiht

Am 30. Juni trafen sich fast 100 Chemnitzerinnen und Chemnitzer an der Hans-Beimler-Stele und erinnerten mit Dankbarkeit an die Spanienkämpfer. An der Stele der gefallenen Interbrigadisten wurde eine Gedenktafel mit 24 Namen jener eingeweiht, die an der Seite der gewählten spanischen Regierung den Faschisten die Stirn boten. Stellvertretend seien genannt: Horst Menzel, Hans Ziegler, Alfred Gottwald, Käte Lichtenstein, Walter Janka und die drei, die sich am Neujahrstag 1937 mit dem Rad auf den Weg nach Spanien machten: Fritz Baumgärtel, Kurt Höfer und Otto Kreutzmann.
Die Würdigung ist die erste dieser Art in ganz Ostdeutschland seit 1989/90. Sie geht zurück auf einen Beschluß des Chemnitzer Stadtrates. Umgesetzt wurde das Vorhaben unter Federführung des städtischen Kulturbetriebes in engem Zusammenwirken mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) Chemnitz und dem Bürgerverein „Für Chemnitz". Entworfen und gefertigt wurde die Tafel von Volker Beier, der Ende der 70er Jahre auch die Stele fertigte.

Raimon Brete, Chemnitz

2. Parteikonferenz der SED prägte mein Leben

Am 1. September 1952 begann ich mein Studium an der Fachschule für Landwirtschaft in Klötze, wo uns die Auswertung der 2. Parteikonferenz der SED zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR uns voll in Anspruch nahm.
Im FDJ-Aktiv wurde insbesondere über die Rede unseres Präsidenten Wilhelm Pieck diskutiert, in der er auch darüber sprach, daß das, was wir schaffen, auch verteidigt werden muß, weil die Aggressivität des Revanchismus in der BRD immer mehr zunahm. Wir FDJler setzten uns daher das Ziel, unter der Jugend auf dem Land im Kreis Klötze für die neu gebildeten bewaffneten Organe der Kasernierten Volkspolizei (KVP) zu werben. So zogen wir im September 1952 von Dorf zu Dorf. Die Ergebnisse unserer Einsätze rechneten wir in der Kreisleitung der FDJ ab. Natürlich stellte ich auch mir die Frage, wann ich selbst den Weg zur Verteidigung der DDR und des Aufbaus des Sozialismus gehen werde.
So meldete ich mich für einen freiwilligen dreijährigen Ehrendienst in den Reihen der bewaffneten Organe. Am 1. Oktober 1952 trat ich meinen Dienst an, den ich in ehrenvoller Pflicht erfüllte, zum 30. September 1955 wurde ich verabschiedet.
Im gleichen Jahr setzte ich mein Studium an der Fachschule für Landwirtschaft in Oranienburg fort, das ich 1957 erfolgreich abschloß. Damit begann meine Arbeit als Agronom in der Landwirtschaft, zuerst auf der Insel Rügen und dann in einer LPG in der Börde. In beiden Orten nahm ich aktiv an der Gewinnung der letzten Einzelbauern für den Eintritt in die LPG teil. Dies vollendete sich in dem Ort im Kreis Rügen 1958 und in der Börde 1959. Das war mein persönlicher Beitrag in der Zeit von 1952 bis 1959 zur Erfüllung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED.

Werner Wild, Magdeburg

Meine Meinung zur Demokratie-Frage

Bezugnehmend auf den interessanten Artikel von Prof. Ekkehard Lieberam in „RotFuchs" 2/2022 („Demokratie als eigenständige Frage marxistischer Programmatik") bot Peter Elz im Juni-RF an, die Diskussion zur Demokratie-Frage weiterzuführen. Er stellt die historische Entwicklung der parlamentarischen Demokratie als „beste Hülle", als taugliche Form der Kapitalherrschaft und als wirksamen Klassenkompromiß in den Bereichen der Sozial-, Steuer-, Bildungs-, Gesundheitspolitik und der Arbeitsbeziehungen dar. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß es für neue Projekte zur Nutzung der parlamentarischen Demokratie als Umwälzungsform augenscheinlich einer tiefen Erschütterung der Kapitalherrschaft und grundlegend anderer Klassenmachtverhältnisse bedarf. Wie das geschehen soll, bleibt offen. Ebenso die Frage, wie eine „wirkliche Demokratie" organisiert sein muß, damit sie als eine wirkliche Volksherrschaft funktionieren kann. Doch dabei geht es immer auch um die tatsächliche Gestaltungsmacht, d. h. man muß auch heute im kapitalistischen System da mittun können, wo Entscheidungen gefällt werden und wo über die Zukunft bestimmt wird. Der Gefahr, daß ein Parlament die Belange der Wählerschaft nur noch als ein notwendiges Übel wahrnimmt, ist nicht hinnehmbar. Und hier kann man den beiden letzten Sätzen im Beitrag von Lieberam durchaus zustimmen: „Von der parlamentarischen Demokratie ist zu lernen. Ihre Übernahme bringt keine Lösung."
In diesem Lernprozeß sind alle Möglichkeiten zu nutzen, ob im Wahlkampf oder nach verlorenen Wahlen. Auch besteht die Gefahr, daß im Parlament nur noch mit zunehmender Entfremdung zum Wähler operiert wird. Wenn man Zukunft gestalten und Schlußfolgerungen für ein sozial gerechteres Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ziehen will, muß man auch die harten Realitäten der modernen kapitalistischen Produktionsweise analysieren und Strukturen für eine sozial gerechtere Daseinsweise herausarbeiten und sie im parlamentarischen Kampf durchsetzen wollen. Dazu gehört Sachkenntnis und Stehvermögen. Auch eine außerparlamentarische, von progressiven Kräften getragene Opposition in diesem Land kann durchaus wesentliche Positionen der Bevölkerung vertreten, wenn Parteien ihren Grundanspruch, die politische Willensbildung des Volkes zu vertreten, immer weniger umsetzen können.
Hier gilt auch der einfache, aber zielführende Satz: Durch breite Aktivitäten demokratischer, sozialer und gewerkschaftlicher Bewegungen müssen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändert werden. Nur mit einer und durch eine Partei seien politische Veränderungen zu erreichen, hat mir ein erfahrener Genosse vor vielen Jahren einmal mit auf den Weg gegeben. Wenn das heute noch richtig ist, gehört einer linken Partei in einem – wenn auch bürgerlichen – Parlament jegliche Unterstützung, und das vor den Wahlen und auch danach.
Lieberam spricht von einem unübersehbaren Siegeszug der parlamentarischen Demokratie in den kapitalistischen Industrieländern nach dem II. Weltkrieg. Er geht auch auf die Entwicklungen in der DDR ein und kommt zur Feststellung, daß sich hier „kein neuer überzeugender sozialistischer Demokratietyp herausbildete".
Hier war ein Hauptmangel der DDR vor ihrer Niederlage der absolute Mangel an Basisdemokratie. Bei Ekkehard Lieberam heißt es (S. 21): „Das für das Wirken der Partei geltende Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus' war in der Wirklichkeit wenig demokratisch und sehr zentral." Hinzufügen möchte ich nur: Und da es auch für die Wirtschaft und die Betriebe zu gelten hatte, war es – gelinde ausgedrückt - schädlich für die Gestaltung der ökonomischen Prozesse. Es beinhaltete die bedingungslose Unterordnung der unteren Einheiten (hier: der Betriebe) unter das führende Zentrum (hier: der wirtschaftsleitenden Staatsorgane) und verhinderte die Eigeninitiative der Betriebe zur Erhöhung ihrer Effizienz.
Ja, es gab BGL, Wettbewerb, Planvorgaben und -erfüllung usw. Doch hat das ausgereicht? Sind das nicht auch nur „Hüllen" (E. Lieberam) gewesen? Aber eigentlich sind das Diskussionen zum Gestern. Aber auch aus diesen muß man bei einer Demokratie-Gestaltung für die Zukunft lernen!

Dr. Jens Möller, Rangsdorf

In Weiterführung der Diskussion über Demokratie (RF Nr. 293) ist noch einmal zu unterstreichen, daß jemand, der sich seinem eigenen Gewissen verpflichtet fühlt und die vorherrschenden Ansichten der jeweiligen Parteiebene nicht teilt, keine Chance haben wird, in die erste Reihe aufzurücken. So wird bei „freien Wahlen" sichergestellt, daß nur Willfährige nach ganz oben kommen. Politische Entscheidungen, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegen, werden damit kaum möglich sein.
Neben offiziellen Wahlkampfspenden an die Parteien gibt es ja auch inoffizielle, wie z.B. die schwarzen Kassen des früheren Kanzlers Helmut Kohl. Gebraucht hat er sie, um politische Weichenstellungen in seinem Sinne und Interesse seiner Geldgeber vorzunehmen. Davon durfte der „freie" Wähler natürlich nichts wissen.
Kohl, der gegen seinen Amtseid verstieß, wurde nicht seines Amtes enthoben. Er bekam allerdings von seinen Geistesbrüdern und -schwestern, weil er ja recht arm war, jede Menge Spenden, um seine Strafzahlung zu begleichen.
Das wird Demokratie genannt.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Die höchste Stufe der Bewegung ist das Leben und die Fähigkeit des Denkens. Hier im Heim kann ich die Natur betrachten, aber leider gibt es für mich keinerlei Möglichkeit des geistigen Austausches, der mir trotz des erlittenen Schlaganfalls sehr fehlt, wie mein kleiner Vers verdeutlichen soll:

Bei frischer Luft und Sonnenschein
ist es am schönsten vor dem Heim,
das Sitzen unter dem Schirm macht das noch angenehmer.
Für uns Rentner geht es nicht bequemer.
Nur die geistige Nahrung fehlt dazu,
denn die braucht ein Alter außer der Ruh.
Auch ein Rundgang bietet sich an,
es hängen an Bäumen immer noch Blätter dran.
Doch ich halt Ausschau nach anderen Schätzen,
denn das Gespräch mit Freunden ist nicht zu ersetzen.

Karlheinz Oehme (87), Döbeln

Plakat der DGB-Jugend zu einer Antikriegstagsveranstaltung im September 1981 in Essen

■ Regionalgruppe **Frankfurt (Oder)**

Am 23. September um 15 Uhr spricht Dr. Hartmut König (Liedermacher und Mitbegründer des Oktoberklubs) zu seinem gleichnamigen Buch: **„Warten wir die Zukunft ab“**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (O.)

■ Regionalgruppe **Mecklenburg Vorpommern – Nord/West**

Am 28. September um 15 Uhr spricht Generalmajor a. D. Manfred Jonischkies zum Thema: **Die Rolle der Ukraine in der Geostrategie der USA**

Ort: Konferenzraum des Technologie-und Gewerbezentrums, Alter Holzhafen 19, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe **Cottbus**

Am 1. Oktober um 10 Uhr Oberst a D. Gerhard Giese zum Thema: **Wird der Ukrainekonflikt zu einem europäischen Krieg?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe **Neubrandenburg**

Am 1. Oktober um 10 Uhr spricht Dr. Holger Michael zum Thema: **Die historischen Wurzeln des Ukraine-Konfliktes und Lösungen der existentiellen Probleme der Welt**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete *RotFuchs* ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:
Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:
Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. sc. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:
Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:
Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:
„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.